

Liste Fritz. Tirol

Unsere Standpunkte für das
Tirol von morgen

Inhalt

1.	Vorwort	2
2.	Unsere Ziele, Ideen & Initiativen	3
2.1	Leistbares Wohnen & Ausverkauf der Heimat stoppen.....	3
2.2	Saubere Politik, Transparenz, Kontrolle & Bürgerbeteiligung.....	9
2.3	Pflege & Gesundheit.....	15
2.4	Mobilität & Verkehr.....	23
2.5	Umwelt- und Naturschutz	29
2.6	Familie & Kinderbetreuung	33
2.7	Tourismus	37
2.8	Asyl, Migration & Integration	41
2.9	Soziales	44
2.10	Arbeit.....	48
2.11	Jugend & Senioren.....	51
2.12	Frauen, Gleichbehandlung & Inklusion	53
2.13	Bildung & Schule.....	57
2.14	Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung	61
2.15	Energie.....	64
2.16	Wirtschaft & Industrie	68
2.17	Kunst & Kultur	71
2.18	Sport	74
2.19	Landwirtschaft & Agrargemeinschaften.....	77
2.20	Tierschutz	79

1. Vorwort

Liebe Tirolerinnen und Tiroler,

die Liste Fritz ist das soziale Gewissen in Tirol. Die Menschen wünschen sich Politikerinnen und Politiker, die ihre Sorgen, Ängste, Probleme und Wünsche ernst nehmen. Wir merken den Wunsch nach einem anderen politischen Stil in jedem Gespräch mit interessierten Menschen in unserem Land. Tirol braucht eine echter Veränderung, ein politisches Umstyling. Stillstand, Ankündigungen und Selbstinszenierung sind unter der neuen ÖVP-SPÖ Landesregierung nicht weniger geworden. Vielen Menschen in unserem Land geht es sehr gut, aber wir dürfen nicht auf jene Menschen vergessen, die sich selbst nicht helfen können. 127.000 Menschen in Tirol sind armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Das sind alarmierende Zahlen, die uns vor Augen halten, wie wichtig eine soziale Politik für die Menschen in unserem Land ist.

Die Liste Fritz rückt die Anliegen der Menschen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit in Tirol. Wir haben Lösungen und Lösungskompetenz für die wichtigsten Probleme und Anliegen der Menschen in Tirol. Unsere nachfolgenden Standpunkte zu 20 verschiedenen Politikbereichen und Themenfeldern zeigen, dass wir viele Ideen haben, Initiativen einbringen und Innovationen für unser Land fordern. Die Standpunkte der Liste Fritz sind selbstverständlich eine Momentaufnahmen. Unsere konsequente und unnachgiebige politische Arbeit im Tiroler Landtag wird immer wieder neue Themen hervorbringen, die diese Standpunkte ergänzen und vervollständigen werden.

Als Oppositions- und Kontrollpartei passen wir darauf auf, dass mit dem Steuergeld der Tirolerinnen und Tirol sparsam und zweckmäßig umgegangen wird. Wir brauchen das Geld für wichtige Innovationen und nicht zur Selbstbeweihräucherung der Landesregierung. Darauf haben wir ein Auge, dafür arbeiten wir.

Wir haben stets ein offenes Ohr für eure Anliegen, weshalb wir über jede Idee, jeden Input, jeden Wunsch und jede Anregung froh sind. Meldet euch bei uns, wenn ihr euch engagieren wollt, wenn ihr ein dringendes Anliegen habt oder ein Problem besprechen wollt. Wir als Liste Fritz sind zu 100% unabhängig, nehmen keinen Cent an Spendengeldern und machen Politik für alle Tirolerinnen und Tiroler!

Andrea Haselwanter-Schneider

Parteiobfrau Liste Fritz

2. Unsere Ziele, Ideen & Initiativen

2.1 Leistbares Wohnen & Ausverkauf der Heimat stoppen

Für die Liste Fritz ist es das erklärte Ziel, dass sich die Menschen in unserem Land mit ihrem Einkommen eine Wohnung oder ein Haus leisten können. Ohne sich auf 50 Jahre verschulden zu müssen, auf eine fette Erbschaft zu hoffen oder auf einen Lottogewinn angewiesen zu sein. Leistbares Wohnen für die Tiroler ist machbar und umsetzbar. Bisher scheitert es am Unwillen von ÖVP und SPÖ. Kein Wunder. Denn beide Regierungsparteien haben bereits wiederholt bewiesen, dass es ihnen an sozialem Gespür für die Nöte der Bevölkerung fehlt! Illegale Freizeitwohnsitze verknappen Grund und Boden, ohne ein ganzjähriges Wohnbedürfnis zu befriedigen. Knapper Grund bringt steigende Preise, so verteuern illegale Freizeitwohnsitze das Wohnen für alle Einheimischen. Für die Gemeinden entstehen zusätzliche Kosten für die zu schaffende Infrastruktur und aus den Tiroler Dörfern werden zusehends seelenlose Geisterdörfer, weil über viele Wochen niemand in diesen Häusern wohnt und sich am Dorfleben beteiligt. Die Ideen für leistbares Wohnen in Tirol liegen auf dem Tisch, es geht darum die Ideen umzusetzen. Wir als Liste Fritz wollen, dass die Tirolerinnen und Tiroler nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden müssen. Ein Ziel, das derzeit nicht weiter entfernt sein könnte, aber gemeinsam können wir das erreichen.

Leistbares Wohnen & Ausverkauf der Heimat stoppen – Unsere Ideen & Initiativen:

1. **Bedarfserhebung und Bedarfsplanung.**

Derzeit wird in Tirol das Falsche und für die Falschen gebaut. Es wird am Bedarf vorbei gebaut. Viel zu viele Wohnungen und Häuser entstehen im hochpreisigen Segment und werden hauptsächlich für Investoren und Spekulanten als Anlageobjekte gebaut. Bauen wir endlich wieder für jene Menschen, die es wirklich brauchen.

2. **Leerstandserhebung** für ganz Tirol endlich durchführen:

Nach dem Motto „Leerstand erheben, Leerstand beleben!“ wollen wir schon Gebautes auch fürs Wohnen nützen. Wer leerstehende Wohnungen und Häuser wieder beleben und auf den Markt bringen will, wer eine Abgabe auf Leerstand einheben will, muss wissen, wie viele Wohnungen und Häuser in Tirol leer stehen und warum. Im Landtag schon lange beschlossen und in Innsbruck teilweise durchgeführt, wartet die Leerstandserhebung für ganz Tirol immer noch auf Umsetzung! Als ersten Schritt haben wir durchgesetzt, dass das 2004 eingeführte Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) in allen Gemeinden Tirols auf den neuesten Stand gebracht wird.

3. Initiative „Sicheres Vermieten“ mit Schwerpunkt Innsbruck:

Nach Vorarlberger Vorbild haben wir als Liste Fritz diese Idee unter dem Namen „Gemeinnütziges Makeln“ im Jahr 2016 in den Tiroler Landtag gebracht. Damals noch abgelehnt hat der Landtag die Idee als „Sicheres Vermieten“ mittlerweile beschlossen. Jetzt müssen Taten folgen. In Innsbruck sind bereits Daten von 3.500 leerstehenden Wohnungen bekannt. Diese sollen nun aktiv kontaktiert und über die Möglichkeit, die Wohnung risikolos wieder auf den Markt zu bringen, informiert werden. Beim „Sicheren Vermieten“ treten Land Tirol und TIGEWOSI als Vermittler auf und vermieten preiswert. Der Vermieter hat keinen Aufwand, kein Risiko und bekommt die Wohnung garantiert im gleichen Zustand wieder retour.

4. Bereits gewidmetes Bauland mobilisieren und bebauen:

Mehr als 35 Millionen Quadratmeter Bauland sind derzeit in Tirol gewidmet, aber nicht bebaut. Weil dieses Bauland jederzeit bebaut werden kann, wollen wir es schrittweise mobilisieren. Dann müssen die Gemeinden nicht ständig neue, grüne Wiesen in Bauland umwidmen und zubetonieren.

5. Gemeinden zu Vertragsraumordnung und Bebauungsplan verpflichten:

Leistbares Wohnen braucht leistbaren Grund und Boden. Um zu leistbaren Gründen zu kommen, sollen die Gemeinden die Vertragsraumordnung verpflichtend anwenden müssen. Auf den so gewonnenen Grundstücken darf ausnahmslos leistbarer Wohnraum entstehen. Um auf großen Grundstücken riesige Monster-Wohnblöcke zu verhindern und die Tiroler Dörfer als Dörfer zu erhalten, sollen die Gemeinden verpflichtet werden, mittels Bebauungsplan vernünftige Rahmenbedingungen für Bauprojekte vorzugeben. Für Grundstücke mit mehr als 400m² soll ein verpflichtender Bebauungsplan sicherstellen, dass die Gemeinde Mitspracherecht im Sinne einer geordneten Verbauung bekommt.

6. Bebauungspflicht für gewidmetes Bauland einführen – Rückwidmung in Freiland nach 10 Jahren ohne Bebauung:

Viele gewidmete Baulandflächen in Tirol liegen als Finanzanlage- und Spekulationsobjekt brach. Das befeuert die Grundstückspreise in Tirol, der Sinn und Zweck der Widmung geht damit verloren. Was bei Neuwidmungen bereits gilt, soll mit einer Übergangsfrist und Ausnahmeregelungen (wenn Eigenbedarf glaubhaft argumentiert werden kann) auch für bereits gewidmetes Bauland eingeführt werden.

7. Uneingeschränktes Vorkaufsrecht für Gemeinden auf Freiland:

In ihrem Gemeindegebiet sollen Gemeinden noch vor der Umwidmung in Bauland, Grundstücke kaufen und nach erfolgter Umwidmung in Bauland zum Selbstkostenpreis an Bauwillige weitergeben. Dies sollen in erster Linie Gemeindebürger und gemeinnützige Bauträger sein. Spekulation ist den Gemeinden zu verbieten!

8. **5-Euro-Wohnen ausbauen:**

5-Euro-Wohnen bedeutet 5 Euro Miete pro Quadratmeter, garantiert für die ersten Jahre. Das 5-Euro-Wohnen geht auf einen Landtagsantrag der Liste Fritz für günstige Starterwohnungen zurück. Mehr Menschen brauchen leistbare Wohnungen, weshalb wir dieses Modell forcieren wollen.

9. **Freizeitwohnsitze absolut verbieten:**

In vielen Gemeinden ist die gesetzlich zulässige Freizeitwohnsitz-Quote von 8 Prozent der Haushalte bereits deutlich überschritten. Wohnen ist bereits sündteuer und jeder weitere Freizeitwohnsitz verknappt Grund und Boden und verteuert den Wohnmarkt weiter. Deshalb wollen wir keine weiteren Freizeitwohnsitze in Tirol und wir wollen den Ausverkauf Tirols stoppen! Wer seinen Hauptwohnsitz und damit den Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen hier begründen will, ist natürlich herzlich willkommen.

10. **„Taskforce“ des Landes gegen illegale Freizeitwohnsitze einrichten:**

Illegale Freizeitwohnsitze sind kein Kavaliersdelikt, sondern Gesetzesbruch! Eine eigene „Taskforce“ des Landes soll den Bürgermeister*innen daher bei der Kontrolle unter die Arme greifen und besonders Bürgermeister*innen in kleinen Gemeinden bei der Kontrolle helfen. Vielen Gemeinden fehlen das Geld sowie das Personal für die Kontrollen und die juristische Aufbereitung. Wer so wie die Liste Fritz illegale Freizeitwohnsitze verhindern will, muss die Kontrolle sicherstellen und verschärfen.

11. **Freizeitwohnsitzabgabe erhöhen:**

Die Freizeitwohnsitzabgabe hat bisher noch keinen Freizeitwohnsitz verhindert und keinen Lenkungseffekt gebracht. Im Jahr 2023 sind durchschnittlich pro Freizeitwohnsitz gerade einmal 470 Euro an Jahresabgabe angefallen. Wer sich im teuren Tirol mehr als 250 Quadratmeter Wohnnutzfläche als Freizeitwohnsitz leisten kann, soll viel mehr, nämlich bis zu 15.000 Euro jährlich zahlen. Die Leerstandsabgabe, die derzeit schon etwas höher als die Freizeitwohnsitzabgabe ist, soll auf dasselbe Niveau angehoben werden.

12. Eine neue **Grundsteuer C** soll das Horten von Bauland unattraktiver machen:

Bauern bezahlen derzeit Grundsteuer A und damit fast nichts für die landwirtschaftliche Nutzung von gewidmetem, aber nicht bebautem Bauland. Vom Bürger kassiert der Staat über die Grundsteuer B weit mehr. Mit einer Grundsteuer C könnte man brach liegendes, gewidmetes Bauland etwas höher besteuern. Bauern, die sich die höheren Kosten sparen wollen, können ihr Bauland verkaufen, tauschen oder in landwirtschaftliche Fläche zurückwidmen lassen.

13. **Widmungsgewinne abschöpfen:**

Wer sich beispielsweise sein Freiland in Bauland umwidmen lässt, hat mehr Nutzungsmöglichkeiten und der Grundstückswert erhöht sich um ein Vielfaches. Diese Wertsteigerungen entstehen durch die öffentliche Hand (Gemeinde) und erzeugen dort auch Kosten. Dennoch verbleibt der Umwidmungsgewinn vollständig beim Grundstückseigentümer. Das wird oftmals als ungerecht wahrgenommen, da die Wertsteigerung ohne ein Zutun des Eigentümers entsteht. Daher könnte ein Teil des Umwidmungsgewinns zu Gunsten der Gemeinde abgeschöpft werden. Allerdings zweckgebunden, sodass die Gemeinde die so lukrierten Gelder nur für leistbares Wohnen bzw. für öffentliche Interessen verwenden darf.

14. Wohnen überm Supermarkt oder anderen Gewerbeflächen umsetzen:

Verdichtung auf Teufel komm raus lehnen wir ab, nicht jede grüne Wiese darf verbaut werden. Wohnen überm Supermarkt oder über anderen Gewerbeflächen bringt sanfte Nachverdichtung und schafft in Städten und Ortsgebieten neuen Platz und neue Möglichkeiten. Wo Wohnbau über Supermärkten, Gewerbeflächen oder Parkplätzen nicht möglich ist, können öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Seniorenstuben, Veranstaltungsräume etc. entstehen.

15. Verbot von freifinanziertem Wohnen für Gemeinnützige Wohnbauvereinigungen:

Gemeinnützige Wohnbauträger sollen sich wieder auf ihr Kerngeschäft besinnen und die Schaffung von leistbarem Wohnraum für Menschen, die diesen dringend benötigen, umsetzen. Der Bau von freifinanzierten Wohnungen soll diesen Bauvereinigungen nicht gestattet werden.

16. Leistbarer Wohnbau soll leistbar bleiben – Maximal 1 Prozent Mieterhöhung pro Jahr in Mietwohnungen der gemeinnützigen Wohnbauträger:

Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften bekommen Steuergeld, um leistbaren Wohnraum zu schaffen. Aber auch dort explodieren die Kosten für die Mieter. Wir wollen, dass das Land mit seinen gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften Verantwortung übernimmt und den Anstieg der Mieten bremst. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften sollen daher ihre Mietsteigerungen auf maximal 1 % pro Jahr begrenzen.

17. „Erbbschaftswohnsitz“ als weitere Wohnsitzkategorie einführen:

Wer seinen Hauptwohnsitz in Tirol hat, hier ganzjährig wohnt und Steuern zahlt, aber beispielsweise das Elternhaus in einem anderen Bezirk geerbt hat, soll dort einen „Erbbschaftswohnsitz“ begründen können. Dafür soll dann keine Freizeitwohnsitzabgabe anfallen. Das ist fair und gerecht, weil diese Menschen derzeit durch die Freizeitwohnsitzabgabe zusätzlich finanziell belastet sind. Den geerbten Wohnsitz können sie nur gelegentlich nützen oder ihn verkaufen. Ein Verkauf aber hätte zur Folge,

dass diese Immobilien wohl wieder beim meistbietenden Ausländer landen und zu weiteren, illegalen Freizeitwohnsitzen werden.

18. Weitere Investorenmodellen und Chaletdörfer in Tirol verbieten:

Diese touristischen Auswüchse wollen wir beenden: Chaletdörfer verbrauchen viel Grund und Boden und so wie Investorenmodelle öffnen sie illegalen Freizeitwohnsitzen Tür und Tor. Damit befeuern Chaletdörfer und Investorenmodelle den Ausverkauf unserer Heimat. Zwar mögen einige Wenige davon profitieren, aber dem Großteil der Einheimischen bleiben nur Nachteile und Kosten.

19. Zum Verkauf stehende Hotels erwerben und für sinnvolle Wohnnutzung adaptieren:

Land, Gemeinden und gemeinnützige Baugesellschaften sollen solche ehemaligen Hotels, die oft mitten im Dorfzentrum stehen, erwerben und sie zu geförderten Wohnungen bzw. zu Wohngemeinschaften für ältere Menschen oder für generationenübergreifendes Wohnen um- und ausbauen. Private Bauträger haben schon gezeigt, dass es möglich ist, solche ehemaligen Hotels in Wohnraum umzufunktionieren.

20. Autobahn A12 bei Sieglanger/Mentlberg einhausen und Grund nutzen:

Es geht um Lärmschutz und Landgewinnung. Eine Machbarkeitsstudie haben wir als Liste Fritz (zusammen mit anderen) schon durchgesetzt. Sie soll Klarheit schaffen, wie die Autobahn eingehaust und eventuell überbaut bzw. genutzt werden kann. Im Bereich dieses Teilstückes der Autobahn A12 befindet sich die älteste Lärmschutzwand Österreich und diese muss von Seiten der ASFINAG erneuert werden. Hier hakt die Projektidee „Wohnen auf der Überholspur“ ein! Erfolgreiche Projekte in Wien, Deutschland und der Schweiz zeigen, dass es möglich ist.

21. Studierendencampus in Innsbruck endlich umsetzen:

Die Mietpreise in Innsbruck und Umgebung sind horrend. Studentisches Wohnen – zumeist in Wohngemeinschaften organisiert und auf Zeit angelegt – treibt die Preise am Wohnungsmarkt in die Höhe. Seit Jahren steigen die Studierendenzahlen an den Universitäten und Fachhochschulen Tirols, die Zahl der Plätze in Studierendenheimen stagniert dagegen nur. Ein neuer Studierendencampus hängt seit Jahren in der Planung fest, könnte aber Druck vom Wohnungsmarkt wegnehmen. Dieser Studierendencampus ist endlich umzusetzen.

22. Mehr Transparenz bei der Vergabe von Gemeindewohnungen:

Uns als Liste Fritz geht es um Fairness, Transparenz und gleiche Chancen für die Bürger! Manche Gemeinden haben Kriterien beschlossen, für die es Punkte gibt und daraus ergibt sich eine Rangliste, nach der geförderte Wohnungen vergeben werden. Andere Gemeinden lassen sich bei der Vergabe

von geförderten Wohnungen weniger offen in die Karten blicken, womit die Gefahr vor Mauseheilen gegeben ist. Das Land Tirol hat eine Wohnungsvergabe-Richtlinie beschlossen. Diese soll als Mindeststandard verpflichtend in allen Gemeinden zur Anwendung kommen. Die Landesregierung hat das zu kontrollieren.

23. Geldstrafe bei illegalen Freizeitwohnsitzen drastisch erhöhen:

Uns als Liste Fritz geht es um Gerechtigkeit! Wer seinen Wohnsitz in Tirol illegal als Freizeitwohnsitz nutzt, konnte bisher mit einer Strafzahlung von rund 4.000 Euro bei einem Strafraumen von bis zu 40.000 Euro rechnen. Angesichts teurer Immobilien sind das lächerlich niedrige Strafen. Sie haben null abschreckende Wirkung und verhindern keine Wiederholungstäter. Wir fordern daher eine drastische Erhöhung des Strafraumes und schlagen künftig 10% des immobilienwertes als Strafe vor. Bei einer 2 Millionen Euro teuren Immobilie wären bei illegaler Nutzung als Freizeitwohnsitz dann 200.000 Euro als Geldstrafe fällig.

24. Zweckentfremdungsverbot gesetzlich verankern:

Der zweckfremden Vermietung und Untervermietung von Wohnraum mittels AirBnB und anderer Plattformen soll mit einem Zweckentfremdungsverbot Grenzen gesetzt werden. Wohnraum ist zu Wohnzwecken zu nutzen. Je mehr Wohnungen zweckentfremdet werden, desto knapper wird das Angebot an Wohnraum und desto weiter steigen die Preise an. Das wollen wir mit strengen Spielregeln für die Vermieter verhindern.

25. Anreize für kreislauffähige und klimaneutrale Baumaterialien setzen:

Mehr Holz für Tirol, mehr nachhaltige Rohstoffe beim Bauen. Um bei Gebäuden CO₂ zu vermeiden, konzentriert sich die Politik hauptsächlich auf ihre Funktionsweise, wenn sie erst einmal gebaut sind. Es gilt aber schon früher anzusetzen: Die drei Materialien Beton, Stahl und Aluminium sind für 23 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Land Tirol mehr Anreize für die Verwendung von klimaneutralen Baumaterialien setzt und Betonrecycling forciert.

26. Wohnen, Arbeit, Infrastruktur – „Infrastrukturcheck für Neubauprojekte“ einführen:

Wohnen bedeutet nicht nur, Wohnungen zu bauen. Egal ob in Ballungszentren, Seitentälern oder in ländlichen Gemeinden, es ist wichtig, mit einer vernetzten Raumplanung möglichst viele Aspekte vor- und mitzudenken. Wer wohnt, muss einkaufen, braucht einen Arbeitsplatz, hat einen Arbeitsweg, muss zum Arzt und so weiter. Viel zu oft wird ein Wohnprojekt in die grüne Wiese gepflanzt, ohne die

Infrastruktur vor- und mitzudenken. Ein „Infrastrukturcheck für Neubauprojekte“ soll hier als erster Schritt Abhilfe schaffen.

27. Mit Baurecht für Gemeinden Spekulation im geförderten Wohnbau verhindern:

Unser Motto lautet „Einmal gefördert, immer gefördert“. Wer eine geförderte Wohnung einer gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft bekommt, darf sie 15 Jahre lang nicht verkaufen. Nach diesen 15 Jahren gibt es aber kaum eine Handhabe, solche Wohnungen werden an den Meistbietenden verkauft. Das lehnen wir als Liste Fritz ab, zumal diese geförderten Wohnungen mit dem Steuergeld aller Tiroler errichtet wurden. In den meisten Fällen hat den Baugrund für diese Wohnungen eine Gemeinde an die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft verkauft. Künftig soll die Gemeinde den Baugrund über ein Baurecht abgeben und damit für immer behalten. Das verhindert den Weiterverkauf und die Spekulation mit geförderten Wohnungen.

28. Einführung einer progressiven Grunderwerbssteuer:

Die Grunderwerbssteuer abzuschaffen, hilft vor allem Investoren und Spekulanten. Stattdessen halten wir die Einführung einer progressiven bzw. gestaffelten Grunderwerbssteuer für den richtigen Schritt. So soll die Grunderwerbssteuer für Erstkäufer einer Immobilie (junge Paare bzw. Familien usw.) entfallen, während schwergewichtige Baukonzerne bzw. Immobilienspekulanten sie weiterhin bezahlen müssen. In dieser Bundesangelegenheit können wir nicht selbst aktiv werden, wollen uns aber auf allen Ebenen dafür stark machen.

2.2 Saubere Politik, Transparenz, Kontrolle & Bürgerbeteiligung

Wo Liste Fritz draufsteht, ist Kontrolle drin und das ist in Tirol besonders wichtig. Ununterbrochen seit dem Jahr 1945 regiert die ÖVP in unserem Land. Die schwarze Allmacht hat sich auf allen Ebenen im Land ausgewirkt und blockiert allzu oft neue Wege und neue Ideen in unserem Land. Klientelpolitik regiert, Postenschacher ist an der Tagesordnung. Wer in Tirol etwas werden will, muss zumindest in einem Büro von Landesrat oder Landeshauptmann gearbeitet haben.

Wir als Liste Fritz haben uns viele Gedanken gemacht, damit Tirol in Zukunft mit sauberer Politik von sich reden macht. Das Einfachste wäre es, wir könnten uns als Parteien gemeinsam auf vernünftige und wasserdichte Spielregeln zu Transparenz und Kontrolle einigen. Anhand der Beispiele von Grünen und SPÖ haben wir in den vergangenen Jahren allerdings verstanden, dass die Parteien von Transparenz nichts mehr wissen wollen, sobald sie selbst in Regierungsverantwortung gekommen sind und

kontrolliert werden. Umso wichtiger ist unsere Rolle als Kontrollpartei und wir werden hartnäckig daran arbeiten, dass die Politik in Tirol sauberer und transparenter wird.

Saubere Politik, Transparenz & Kontrolle – unsere Ideen & Initiativen:

1. Spenden, Sponsorings und Inserate in Parteimedien verbieten:

Wer Geld an eine politische Partei spendet, der hat einen Hintergedanken und eine Absicht. Eine politische Partei wiederum, die Geld annimmt, ist nicht mehr unabhängig. Deshalb fordern wir dieses strenge Verbot von Spenden, Inseraten und Sponsoring für politische Parteien! So sollen politische Parteien, ihre Vorfeld- und nahestehenden Organisationen keine Spenden, keine Inseratengelder und kein Sponsoring annehmen dürfen.

2. Wahlkampfkostenobergrenze von zwei Euro pro Wahlberechtigten – mit Sanktionen:

Wir als Liste Fritz fordern eine Wahlkampfkostenobergrenze in Tirol. Aber eine mit Sanktionen bei Zuwiderhandeln bzw. bei Nicht-Einhaltung. Konkret schlagen wir zwei Euro pro Wahlberechtigten als maximale Ausgabe im Wahlkampf vor. Damit lässt sich ein vernünftiger Wahlkampf führen und wir verhindern Steuergeldverschwendung. Wir halten das für ein starkes Signal an die Wähler, dass sich die Parteien gegen Materialschlachten, Plakatflut und Inseratenwahnsinn aussprechen. Wer sich nicht an die Wahlkampfkostenobergrenze hält muss – zur Strafe – das zu viel ausgegeben Geld an das Land zurückzahlen!

3. Besetzung von Spitzenpositionen – volle Transparenz & öffentliche Hearings gegen ÖVP-Postenschacher:

Wer im Land Tirol etwas werden will, braucht das Parteibuch der ÖVP. Dieses ungeschriebene Gesetz hat früher gegolten und es gilt – zum Schaden der Bevölkerung – auch heute noch. ÖVP-Landeshauptleute und ÖVP-Landesräte setzen Günstlinge auf wichtige Posten. Ex-ÖVP-Landesrat Tratter wird nach einem laut Landesrechnungshof nicht gesetzeskonformen, 19-wöchigen Dauerurlaub zum Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft Neue Heimat Tirol ernannt! Gegen diesen ÖVP-Postenschacher wollen wir mit voller Transparenz und öffentlichen Hearings vorgehen.

4. Schluss mit Selbstbeweihräucherung von Landeshauptmann und Landesregierung:

Wir wollen Steuergeldverschwendung verhindern und die Millionen-Kosten für Repräsentation, Empfänge und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung deutlich kürzen. Weit mehr als 300 Veranstaltungen hat die Landesregierung bisher pro Jahr abgehalten. Sogar in Coronajahren mit Kontaktverboten waren es 285 Events (2020). Mehr als 4 Millionen Euro verschlingen solche repräsentativen Events. Dazu kommen jährlich bis zu 3 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit der

Landesregierung und für die Selbstbeweihräucherung des Landeshauptmannes in der Landeszeitung dazu. Damit wollen wir Schluss machen!

5. Ein Untersuchungsausschuss muss Minderheitenrecht sein:

Wenn – wie in Tirol – die Regierungsmehrheit das Sagen hat und die Spielregeln vorgibt, dann kontrolliert sich die Regierung quasi selbst. So passiert das bei Untersuchungsausschüssen, dem schärfsten Kontrollinstrument des Landtages. Das ist absurd und undemokratisch! Die Liste Fritz hat 16 Verbesserungsvorschläge gemacht: So sollen etwa nur jene zehn Abgeordneten, die den Untersuchungsausschuss einsetzen, auch den Untersuchungsgegenstand und den Untersuchungszeitraum vorgeben können. Die Regierungsparteien sollen mit ihrer Mehrheit den Untersuchungsgegenstand und den Untersuchungszeitraum nicht beliebig ausweiten und damit verwässern dürfen. Der Verfassungsgerichtshof soll als Schiedsrichter bei U-Ausschüssen zuständig sein.

6. Vergaben ohne Ausschreibungen dürfen nicht mehr vorkommen:

Der Millionen-Skandal um die HG Labtruck und die millionenschweren, freihändig vergebenen Aufträge in der Coronapandemie haben uns gezeigt, wie wichtig Transparenz und Kontrolle bei öffentlichen Aufträgen sind. Direktvergaben ohne Ausschreibungen und ohne Einholung von anderen Angeboten sowie ohne jede Informationen gegenüber dem Tiroler Landtag dürfen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

7. EU-Sanktionen mittragen – Immo-Deals von Russen bzw. zyprischen Firmen und Staatsbürgern in Tirol überprüfen:

Die EU-Sanktionen gegen russische Personen, Stiftungen und Unternehmen waren eine klare Antwort auf den Überfall Russlands auf den souveränen Staat Ukraine und den damit von Russland begangenen Bruch des Völkerrechts. Diese Vorgangsweise muss auch Tirol im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützen. So verlangen wir eine Überprüfung aller Immo-Deals von russischen Staatsbürgern in Tirol und wollen auch von Russen verwendete Schlupflöcher, etwa über zyprische Pässe und Firmen schließen. Investoren, die in Tirol Grund und Boden bzw. Immobilien erwerben wollen, sind genauestens zu überprüfen. Geldwäsche lehnen wir ab!

8. Volle Transparenz bei Deals mit dem Steuergeld der Tiroler:

Schluss mit Hinterzimmerpolitik und Geheimdeals, wie im Fall der Osttirol Investment Gesellschaft (OIG) und der Kalser Bergbahnen: 2008 hat sich die OIG – die hauptsächlich dem Land Tirol und dem Bund gehört – mit 6 Millionen Euro an den Kalser Bergbahnen des Schultz-Konzerns in Osttirol beteiligt. 2018 dann der Ausstieg, die 25 Prozent-Anteile wurden an die Schultz-Gruppe abgetreten. Von den

ursprünglichen 6 Millionen Euro sollte die OIG aber nur wenige tausend Euro bekommen. Die ÖVP wollte den Deal zudecken, die Liste Fritz hat ihn aufgedeckt! Jetzt laufen Gerichtsverfahren. Gegen solche Millionengräber für die Steuerzahler braucht es volle Transparenz.

9. Keine Auslagerungen von Landesaufgaben in eigene Gesellschaften:

Misswirtschaft und Missmanagement bei der ausgelagerten Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste GmbH (TSD) haben uns gezeigt, dass das Auslagern von Landesaufgaben in privatwirtschaftliche Gesellschaften große Nachteile bei der Kontrolle bringt. Wir als Liste Fritz waren gegen diese Auslagerung und werden auch in Zukunft ganz genau hinschauen, welche Landesaufgaben mittels Auslagerungen der Kontrolle des Landtages entzogen werden sollen.

10. Ausweitung der Kontroll- und Informationsrechte auf Landesunternehmen:

Wie arbeiten die Landesunternehmen TIWAG, HYPO Bank, Tirol Kliniken? Wenn beim federführend von der landeseigenen TIWAG errichteten Gemeinschaftskraftwerk Inn (GKI) die Baukosten von 461 Millionen Euro (Spatenstich im Jahr 2014) auf 620 Millionen Euro (Fertigstellung 2022) explodieren, hat der Landtag keine Information. Wenn die Landesbank Hypo Tirol in finanzielle Schieflage gerät, muss eine 230-Millionen-Sonderdividende der TIWAG die Landesbank retten. Wenn die Tirol Kliniken Betten sperren und damit Angebot verringern, ist die Landesregierung aber nicht der Landtag informiert. Wir als Kontrollpartei Liste Fritz fordern einen Beteiligungsausschuss des Landtages, um laufende Informationen von den Managern der Landesunternehmen zu erhalten.

11. Förderstopp für Unternehmen, die sich nicht an Gesetze halten:

Illegale Beschäftigung von Ausländern ist kein Kavaliersdelikt! Dieses grobe Vergehen darf nicht in einem Unternehmen passieren, an dem das Land Tirol beteiligt ist. Sowohl bei der Tiroler Sozialen Dienste Gesellschaft als auch bei der Tiroler Festspiele Erl Gesellschaft war dies der Fall. 9,3 Millionen Euro an Förderungen für die Tiroler Festspiele Erl haben die Tiroler Steuerzahler von 2018 bis 2023 gezahlt. Die Liste Fritz verlangt, dass sich jedes vom Land geförderte Unternehmen an die Gesetze halten und bei Zuwiderhandeln mit einem Förderstopp rechnen muss.

12. Transparenz bei der Abfallentsorgung – Schluss mit der „Geheimsache Müll“:

Müll ist ein Millionengeschäft, das alle Bürger mit ihren Müllgebühren bezahlen! Wie diese zustande kommen, ist aber Geheimsache. Während eine Tonne Abfall beim Abfallwirtschaftsverband Kitzbühel 130 Euro kostet, verlangt der Abfallentsorgungsverband Kufstein 232 Euro! Die Landesregierung verweigert nachvollziehbare Aufschlüsselungen, warum sich die Müllkosten derart unterscheiden und warum die Tiroler so unterschiedlich viel für den Müll zahlen müssen. Die Kontrollpartei Liste Fritz Das

ist ungeheuerlich, weil es die Gemeinden und Bürger trifft, sie zahlen für den Müll und dürfen dann nicht wissen, wie die Tarife zustande kommen und ob da alles seine Richtigkeit hat!

13. Steuergeldverschwendung für Umbenennungen, Umfärbungen und Rebrandings stoppen:

In den vergangenen Jahren haben solche Aktionen immer wieder zu unnötigen Kosten für die Tiroler Steuerzahler:innen geführt. Ob bei den Tirol Kliniken, für ein neues Landeslogo oder bei der unsinnigen und kostspieligen Umfärbeaktion der Busflotte des Verkehrsverbundes Tirol (VVT). Wegen kunterbunter Busse fährt kein Fahrgast mehr. Statt solcher Marketing-Gags auf Steuerzahlerkosten soll das Steuergeld für mehr und bessere Busse, für besser bezahlte Fahrer und für ein besseres Öffi-Angebot, etwa am Abend und auf dem Land, investiert werden. PR- und Marketing-Aktionen müssen einen Nutzen für die Bevölkerung haben!

14. Transparentes Landesbudget – Budgetausschuss statt Budget-Blindflug:

Laut Gesetz ist der Landtag der Chef des Landesbudgets. In Wahrheit bestimmt die Landesregierung. Ende 2019 hatte Tirol rund 270 Millionen Landesschulden, Ende 2023 sind diese auf rund eine Milliarde Euro (!) explodiert. Eine Vervierfachung innerhalb von nur vier Jahren. Für die Erstellung und den Vollzug des Landesbudgets ist die Landesregierung verantwortlich, der Tiroler Landtag ist dagegen im kompletten Budget-Blindflug unterwegs und kennt unterjährig nicht einmal den Kontostand des Landes! Um das zu ändern und Steuergeldverschwendung durch die Landesregierung zu verhindern, wollen wir als Liste Fritz einen ständigen Budgetausschuss im Tiroler Landtag einrichten.

15. Landesbudget transparent gestalten – versteckte Budgetposten offenlegen:

Jedes Jahr versteckt die Tiroler Landesregierung Millionen-Ausgaben hinter nichtssagenden Budgetzeilen mit so klingenden Bezeichnungen, wie „Sonstige Leistungen“. Mehr als 300 solche Budgetzeilen und mehr als 100 Millionen Euro versteckt die Landesregierung dort. Diese totale Intransparenz erschwert und verunmöglicht die Kontrolle, daher wollen wir diese Praxis abschaffen. Die Landesregierung soll klar benennen, wofür sie Geld ausgeben will.

16. Bezugsfortzahlung für ehemalige Mitglieder von Landesregierung und Landtag regeln:

Wenn Mitglieder der Landesregierung aus dem Amt ausscheiden, keinen neuen Job haben bzw. keinen Job, in den sie zurückkehren können, dann bekommen sie sechs Monate lang 75 Prozent ihres Gehaltes weiter bezahlt. Das sind derzeit zwischen 13.000 und 15.000 Euro brutto pro Monat. Wir sprechen uns dafür aus, diese Fortzahlung für sechs Monate auf 50 Prozent des Gehaltes zu reduzieren. Für Landtagsabgeordnete gibt es diese Regelung gar nicht, auch deshalb sind im Landtag wenig Arbeiter und Angestellte vertreten. Daher schlagen wir für Landtagsabgeordnete vor, eine Fortzahlung für drei Monate in der Höhe von 50 Prozent des Gehaltes neu einzuführen.

17. Cooling-Off-Phase für ehemalige Mitglieder der Landesregierung einführen:

Wir sprechen uns für eine Cooling-Off-Phase von einem Jahr für ehemalige Mitglieder der Landesregierung aus. In dieser Phase bzw. diesem Zeitraum soll es den betroffenen Personen nicht möglich sein, zum einen Leitungs- und Aufsichtsfunktionen in landeseigenen oder landesnahen Unternehmen zu bekleiden sowie zum anderen Tätigkeiten für Unternehmen auszuführen, mit denen die betroffene Person als Mitglied der Landesregierung in einer Geschäftsbeziehung stand. Dadurch wollen wir Absprachen und Interessenskonflikte minimieren.

18. Volksbefragungen ernst nehmen, Ergebnisse respektieren und umsetzen:

Volksbefragungen sind vor allem auf Gemeindeebene ein wichtiges Instrument zur Meinungs- und Willensbildung. Immer wieder halten sich Bürgermeister und Gemeinderat nicht an den Willen des Volkes. Rein rechtlich nichts Verwerfliches, aber politisch der falsche Weg. Als Liste Fritz und als Bürgerforum Tirol ist uns die stärkere Einbindung der Bevölkerung ein zentrales Anliegen. Die Meinung der Menschen vor Ort ist zu respektieren, ohne Wenn und Aber.

19. Innsbruck Stadtteilausschüsse wieder einführen:

Bei 130.000 Einwohnern, zahlreichen Stadtteilen und verschiedensten Interessen ist die Einbindung der Bevölkerung in der Landeshauptstadt Innsbruck eine besondere Herausforderung. Umso unverständlicher ist es, warum der Innsbrucker Gemeinderat im Zusammenspiel mit der Mehrheit des Tiroler Landtages (gegen die Liste Fritz) den direkten Draht in die Stadtteile einschränkt statt ihn auszubauen. Die Abschaffung des Stadtteilausschusses Igls nach 30 Jahren ist ein Schritt in die falsche Richtung gewesen. Die Liste Fritz will die Stadtteile aufwerten, stärker einbinden und mehr mitreden lassen, daher setzen wir uns für mehr Stadtteilausschüsse und weitere Instrumente der direkten Demokratie in Innsbruck ein.

20. Eigenen Verfassungsdienst für den Tiroler Landtag schaffen:

Zwischen Landesregierung und Landtagsabgeordneten kommt es immer wieder zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen. Zuletzt etwa zur Frage, ob eine 300-Betten-Obergrenze für Beherbergungsgroßbetriebe gesetzlich verankert werden kann. Obwohl der Landtag die Landesgesetze beschließt, hat er keinen eigenen Rechts- und Verfassungsdienst. Die Beratungen übernimmt die Abteilung Verfassungsdienst des Landes, die aber als Institution des Landes die Regierungsmeinung vertritt. Wir wollen eine eigene Rechtsabteilung für den Landtag, einen eigenen Verfassungsdienst des Landtages einsetzen.

21. Probleme bei der Ausgabe von Wahlkarten lösen:

Probleme bei der Ausgabe von Wahlkarten haben die Wahlen zum Landtag 2022, die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2024 in Innsbruck und die Europawahl 2024 begleitet. Viele Menschen warten noch heute auf ihre Wahlkarte und waren somit von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen. Landesregierung, Bundesregierung, Gemeindeverband und Post AG als Zusteller müssen den Ablauf dringend überarbeiten und verbessern. Es kann nicht sein, dass Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden, weil Ausgabe bzw. Versand von Wahlkarten nicht funktionieren.

22. Informationen zu Beratungen der Landeshauptleutekonferenz an den Landtag:

Die Landeshauptleutekonferenz ist ein informelles Gremium und die dort einstimmig gefassten Beschlüsse sind nicht bindend, haben aber politisch Gewicht. Vor allem bei Themen mit landespolitischer Tragweite sollte auch der Tiroler Landtag über die Vorgänge und Beschlüsse der Konferenz informiert werden. Die Verbindungsstelle der Bundesländer verfasst zu jeder Konferenz ein Protokoll, die Steiermark bringt dieses Protokoll dem dortigen Landtag zur Kenntnis, Tirol bis dato nicht. Wir wollen, dass Tirol dem Beispiel Steiermark folgt und dem Tiroler Landtag alle Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz vollinhaltlich mitteilt.

23. Unterstützungserklärungen für Parteien vor Wahlen digital möglich machen:

Was für die Unterstützung von Volksbegehren längst gilt und für Meldebestätigungen, Geburtsurkunden und vieles mehr den Weg zur Behörde spart, muss auch für die Unterstützung von Parteien zum Wahlantritt möglich sein. Unterstützungserklärungen für Wahlvorschläge bei Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen in Innsbruck sollen künftig mittels ID-Austria möglich sein. Damit können Bürger unkompliziert ihre demokratische Stimme nützen, sie müssen nicht mehr persönlich am Gemeindeamt erscheinen und ermöglichen so Parteien das Antreten bei Wahlen. Außerdem entlasten wir damit die Mitarbeiter in den Gemeindeämtern.

2.3 Pflege & Gesundheit

Die Pflege- und Gesundheitspolitik ist seit Jahren die größte Baustelle in Tirol. Der Mangel an Pflegepersonal spitzt sich immer weiter zu. Viele langjährige Pflegepersonen kehren dem Beruf den Rücken und orientieren sich anderweitig. Die Studiengänge und Ausbildungen bringen ihre Ausbildungsplätze teilweise nicht voll. Bis 2030 brauchen wir rund 7.000 zusätzliche Pflegepersonen in Tirol. Bis zum Jahr 2030 wird der Anteil der Pensionisten (65+) auf knapp ein Viertel der Bevölkerung ansteigen. Hinzu kommt eine weiterhin steigende Lebenserwartung der Menschen. Ein überwiegender

Teil dieser älteren Menschen wünscht sich zu Hause versorgt zu werden und dort alt werden zu können. Für uns bedeutet das, dass wir an allen Ecken und Enden ins Gesundheitssystem investieren müssen. Machen wir unser Gesundheitssystem besser heute als morgen zukunftsfit und setzen wir schrittweise eine Initiative nach der anderen um, um die Menschen zu entlasten. Das gilt sowohl für das medizinische und pflegerische Personal, als auch für alle Menschen, die Gesundheits- und Pflegemaßnahmen in Anspruch nehmen müssen und ihre Angehörigen. Wir können es uns nicht leisten, das Gesundheitssystem an den Rande des Kollaps zu bringen. Daher müssen wir jetzt entschlossen handeln und gute Ideen umsetzen!

Pflege & Gesundheit – Unsere Ideen & Initiativen:

1. Rechtsanspruch auf einen passenden Pflegeplatz umsetzen:

Jede Oma, jeder Opa, jede Mama, jeder Papa, jeder Mensch verdient eine passende Pflegeversorgung, wenn es notwendig ist. Dabei ist es entscheidend, dass wir einen guten Angebotsmix sicherstellen können. Heimplätze, mobile Pflege, 24-Stunden-Betreuung und Betreuung durch die Angehörigen mit entsprechender Entlastung der Angehörigen, können jeweils individuell die passende Lösung sein.

2. Faire Bezahlung in der Ausbildungszeit für angehende Pflegepersonen:

Was bei Polizeischülern bereits der Fall ist, muss auch bei angehenden Pflegepersonen möglich sein. Damit schaffen wir einen zusätzlichen Anreiz für die Ausbildung. Vor allem für Quereinsteiger, Umsteiger und Spätberufene, die sich die Ausbildung neben familiären Verpflichtungen nicht finanzieren können.

3. Landesförderung für 24-Stunden-Betreuung:

Nehmen wir uns ein Beispiel an Vorarlberg. Alle Familien, die eine 24-Stunden Betreuung in Anspruch nehmen, bekommen dort eine Landesförderung in Höhe von 500 Euro monatlich als Unterstützung. Damit entlasten wir die Familien und nehmen etwas Druck vom Pflege- und Gesundheitssystem.

4. Anstellung von pflegenden Angehörigen beim Land Tirol möglich machen:

Viele Menschen pflege ihre Angehörigen zu Hause und entlasten so das öffentliche Pflegesystem. Nehmen wir uns ein Beispiel am Land Burgenland und stellen wir die pflegenden Angehörigen beim Land Tirol an.

5. Mobile Pflege ausbauen und für die Zukunft sichern:

Um dieses Ziel erreichen zu können, brauchen wir einen Mitarbeiter-Pool beim Land Tirol. So könnten wir Menschen, die aus dem Pflegeberuf ausgeschieden sind, dazu gewinnen, wieder tage- oder stundenweise Aufgaben im Bereich der mobilen Pflege zu übernehmen. Für die zu pflegenden

Menschen müssen wir dringend die Stundendeckelung von 90 Stunden pro Monat aufheben. Die Menschen, die zu Hause betreut werden, haben immer höhere Pflegestufen, sodass die Pflegedienste mit 90 Stunden nicht mehr auskommen. Die Kosten für den Selbstbehalt für mobile Pflegedienste sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Folgen wir dem Beispiel aus dem Bundesland Kärnten, dort hat man die Selbstbehalte um 30 Prozent gesenkt und die Menschen in Zeiten der Teuerung entlastet.

6. 100 Millionen Euro Unterstützungsfonds für Heime und Sprengel:

Viele Pflegeeinrichtungen in Tirol waren in den vergangenen Jahren mit Mehraufwänden konfrontiert, die das knappe Budget nochmal deutlich belastet haben. Die Spitäler fängt das Land Tirol in einer solchen Situation immer großzügig ab. Ein 100 Millionen Euro schwerer Unterstützungsfonds soll Heime und Sprengel dahingehend absichern.

7. Mehr finanzielle Wertschätzung für das aktive Pflegepersonal:

Wir müssen das Pflegepersonal in Tirol mit besserer Bezahlung wertschätzen, damit nicht noch mehr Pflegepersonen ihren Beruf an den Nagel hängen und sich die Situation weiter verschärft. Gehaltserhöhungen, Einmalzahlungen und Boni sind ein Schlüssel dafür.

8. Wohn- und Pflegeplätze für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf sowie junge Menschen mit Pflegebedarf:

Wir brauchen in Tirol ausreichend Wohn- und Pflegeplätze für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf. Die letzte Bedarfsplanung dazu stammt aus dem Jahr 1996. Das Pflegeangebot in Tirol muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren! Gleiches gilt für junge Menschen mit Pflegebedarf. Diese Menschen einfach in Altenwohn- und Pflegeheimen unterzubringen funktioniert nicht. Sie brauchen speziell auf sie zugeschnittene Angebote.

9. Voraussetzungen für die Kurzzeitpflege verbessern:

Wenn pflegende Angehörige eine Auszeit brauchen, ist das eine kostspielige Angelegenheit. Einige tausend Euro müssen vorab auf den Tisch gelegt werden. Wir wollen, dass pflegende Angehörige die Möglichkeit haben, sich maximal 28 Tage im Jahr eine Auszeit von der Pflege zu nehmen, ohne dass sie dafür einen Kredit aufnehmen müssen. Nur so kann die Pflege zuhause langfristig sichergestellt werden.

10. Leerstehende Betten als Übergangspflegebetten nutzen:

Die Übergangspflege ist eine rehabilitative Pflege und Betreuung, die für einen bestimmten Zeitraum pro Kalenderjahr in Anspruch genommen werden kann. Nach einem Krankenhausaufenthalt ist es oft

nicht möglich, die betreuungspflichtigen älteren Menschen umgehend wieder in die häusliche Pflege zu entlassen. Leerstehende Stationen in Spitälern würden sich für die Adaptierung sehr gut eignen.

11. Minutenschlüssel reformieren:

Das Land Tirol teilt das Geld für die Alten- und Pflegeheime auf Basis eines Minutenschlüssels zu, der seit 1988 (!) unverändert gilt. Inzwischen hat sich die Welt aber verändert, die Tiroler werden älter, die medizinischen Möglichkeiten besser, in den Altenheimen gibt es viel mehr Menschen mit hohen Pflegegeldstufen und damit viel mehr Vollzeitpflegefälle. Das Modell von 1988 ist im Jahr 2024 längst nicht mehr aktuell und gehört überarbeitet.

12. Zukunftsplan für Umgang mit Demenzerkrankungen:

Heute werden noch rund 80% der von Demenzerkrankungen betroffenen Personen zu Hause von Angehörigen betreut. Auf dieses „System“ wird man sich langfristig aber nicht verlassen können. Es braucht heute schon eine klare Strategie, wie man in Tirol in den kommenden Jahren mit den immer mehr werdenden Betreuungsfällen umgeht.

13. 2-Säulen Finanzierung für Heimplatz ist genug:

Der Pflegeregress und damit der Zugriff auf das Vermögen sind zwar gefallen, der Zugriff auf das Einkommen des Ehepartners von Pflegebedürftigen im Rahmen der Unterhaltsleistung ist aber weiterhin möglich. In vielen Fällen hat das dazu geführt, dass den zu Hause lebenden Ehepartnern zu wenig Geld zum Leben bleibt. Wir als Liste Fritz sagen, dass die Finanzierung über das Einkommen der Pflegebedürftigen und das Pflegegeld genug ist. Der Zugriff auf das Einkommen des Partners soll, wie der Regress, fallen.

14. Kinderbetreuung am Arbeitsplatz Altenheim umsetzen:

Der Großteil des Betreuungspersonals ist weiblich, viele Frauen haben Betreuungspflichten, die Dienstzeiten sind sehr speziell. Hier könnte eine maßgeschneiderte Kinderbetreuung am Arbeitsplatz ein Anreiz sein, neues Personal zu bekommen und vorhandenes Personal zu halten.

15. Heimanwaltschaft aufwerten:

Die Pflegebedürftigen selbst, ihre Angehörigen, aber vor allem auch das Pflegepersonal brauchen eine kompetente Anlaufstelle. Die Heimanwaltschaft braucht mehr Personal und soll zukünftig nicht mehr weisungsgebunden, sondern frei agieren können.

16. Pflege als Schwerarbeit anerkennen:

Eine Entscheidung darüber trifft der Bund, aber wir als Land Tirol sollten uns dafür stark machen, dass Pflege als Schwerarbeit eingestuft wird. Aus verschiedenen Gründen kommen Pflegepersonen an ihre körperlichen und psychischen Leistungsgrenzen. Die Schwerarbeiterregelung würde es ihnen ermöglichen, mit 60 Jahren und ohne Abschlüsse in Pension zu gehen.

17. Einspringerdienste und Flexibilisierungszuschlag in Pflege reformieren:

Ein Bereitschaftsmodell soll Einspringerdienste einheitlich regeln. Neben dem regulären Dienstplan soll es einen Paralleldienstplan geben, bei dem an jedem Tag jemand für einen eventuell notwendig werdenden Dienst eingeteilt ist. Die Person, die für den Bereitschaftsdienst eingeteilt ist, kann sich an diesem Tag nichts anderes vornehmen, sodass die jeweils eingeteilte Person bei einem Personalausfall sehr schnell zur Verfügung steht. Der Flexibilisierungszuschlag – derzeit knapp 26 Euro pro Dienst – muss dringend erhöht werden.

18. Pilotprojekt “Wohnen im Seniorenheim” für Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege:

Viele Altenwohn- und Pflegeheime in Tirol haben leere Zimmer, weil das Personal fehlt. In manchen Heimen stehen sogar ganze Stockwerke leer. Hier soll ein Pilotprojekt ansetzen. Studierende der Gesundheits- und Krankenpflege können zu einem sehr günstigen Preis ein Zimmer mieten und im Gegenzug Hilfsleistungen in einem bestimmten Stundenausmaß pro Woche im Heim leisten.

19. Zwei-Klassen-Medizin stoppen:

Es darf nicht passieren, dass mangels Kassenärzte alle Menschen in den Wahlarztbereich gedrängt werden, weil ihnen schlicht nichts anderes mehr übrigbleibt. Gleiches gilt für die Versorgung in Krankenhäusern, wo Privatversicherte vielfach bevorzugt behandelt werden.

20. Sinnlose Angriffe auf funktionierende Strukturen im Gesundheitssystem vermeiden:

Der Angriff auf das funktionierende Notarztsystem in Osttirol war ein Angriff auf das funktionierende Gesundheitssystem im Allgemeinen. Die ÖVP-Gesundheitslandesräte haben damit unterstrichen, dass ihnen persönliche Befindlichkeiten wichtiger sind, als eine aufrechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Das darf in Zukunft nicht wieder passieren.

21. Spezialzentren für Gesundheit fördern und erhalten:

Wir als Liste Fritz haben uns 2019 für den Erhalt des Krankenhauses Natters als Spezialzentrum für Lungenerkrankungen stark gemacht und das war eine goldrichtige Entscheidung. Die Coronapandemie hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, Spezialzentren dieser Art in Tirol zu haben! Nicht jedes Krankenhaus

muss alle Leistungen anbieten, deshalb ist es umso wichtiger, dass sich die Häuser spezialisieren und untereinander koordinieren.

22. Gleiches Geld für gleiche Leistung bei Landes- und Bundesärzten:

Die Ungleichbehandlung von Landes- und Bundesärzten und die Ungleichbehandlung beim Gehaltsvergleich zwischen den verschiedenen Spitälern Tirols ist zu beheben oder zumindest weitestgehend an vergleichbare Niveaus anzugleichen.

23. Tiroler Labore bei der Diagnostik bevorzugt einbinden:

Die Probleme und undurchsichtigen Auftragsvergaben mit den PCR-Tests in Tirol haben uns gezeigt, dass wir in Zukunft verstärkt auf die Expertise heimischer Labore und Ärzte setzen müssen. Sollten in den kommenden Herbst- und Wintermonaten wieder Testleistungen gebraucht werden, müssen Tiroler Labore bevorzugt eingebunden werden.

24. Dem Landärztemangel entgegenwirken:

Die Anforderungen an Ärztstellen haben sich mit den Jahrzehnten verändert. Junge Ärzte achten verstärkt auf ihre Work-Life-Balance, auf Rahmenbedingungen vor Ort und darauf, welche Zusatzleistungen sie vielleicht von Gemeinden oder vom Land bekommen können. Die Modelle können von zusätzlichen finanziellen Anreizen, über ein spannendes Arbeitsumfeld, bis hin zu materiellen Vergütungen in Form von Unterkünften reichen.

25. Gürtelroseimpfung wird für Menschen ab 50 gratis:

Die Gürtelroseimpfung wird laut Impfplan des Gesundheitsministeriums für Menschen ab 50 Jahren empfohlen. Die Kosten dafür werden nicht übernommen und viele Menschen können sich die zwei Impfdosen um insgesamt knapp 500 Euro nicht leisten. 40.000 Menschen erkranken jedes Jahr an Gürtelrose und die Erkrankten verbringen im Schnitt 8,3 Tage stationär im Krankenhaus. Die Gratis-Impfung ist somit Investition in die Prävention, die sich lohnt und aufgrund der eingesparten Krankenhauskosten gerechtfertigt ist.

26. Zuständigkeit der Tiroler Patientenvertretung auf Bereich der niedergelassenen Ärzte erweitern:

In sieben von neun Bundesländern ist die Patientenvertretung auch für den Bereich der niedergelassenen Ärzte zuständig. Nur in Tirol und Oberösterreich nicht. Einen Landtagsbeschluss zur Ausweitung der Zuständigkeit hat es bereits 2011 gegeben, passiert ist seither nichts. Nachdem sich die Patientenvertretung selbst und auch der Rechnungshof für eine solche Ausweitung ausspricht, sollten wir diese endlich umsetzen.

27. Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrie verdoppeln:

Beinahe jedes dritte Kind und jeder dritte Jugendliche ist von psychischen Belastungen betroffen. Knapp 100 junge Menschen warten auf einen Platz in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bei derzeit 43 Plätzen reichen die Kapazitäten einfach nicht mehr aus. Die Klinikleitung selbst fordert eine Aufstockung auf die doppelte Anzahl Plätze. Diese Verdoppelung der Plätze muss so rasch wie möglich angegangen werden. Außerdem braucht es auch den niederschweligen Zugang zu einer psychischen Ambulanz in Innsbruck.

28. Nahversorgerförderung für medizinische Versorgung:

Eine Förderung für Ärztinnen und Ärzte, die bereit sind, eine der vielen offenen Kassenstellen im Bereich Allgemeinmedizin und im Bereich ausgewählter Mangelfächer in Tirol zu übernehmen und die sich im Zuge dessen verpflichten, zumindest 5 Jahre lang in Tirol zu ordinieren. Andere Bundesländer werden schon lange tätig, wenn es darum geht, Kassenstellen zu besetzen. Schaffen wir in Tirol Anreize und verringern wir die Hürden für die Niederlassung von Ärzten.

29. Quotenregelung für das Zahnmedizinstudium wiedereinführen:

Die Quote beim Zahnmedizinstudium wurde 2019/2020 aufgehoben, weil kein Mangel an Zahnärzten prognostiziert war. Mittlerweile sind knapp 50 Kassenarztstellen unbesetzt und dreiviertel der Studierenden im Zahnmedizinstudium sind keine Österreicher. Tirol braucht Ärzte für die Versorgung der Bevölkerung! Deshalb braucht es wieder eine Quotenregelung.

30. Ausbau Therapiemöglichkeiten für Jugendliche mit Essstörungen:

Essstörungen gehören zu den häufigsten psychiatrischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Die Heilungschancen sind gut, es braucht jedoch ein Nachsorgeprogramm. Pro Jahr werden an der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hall rund 70 betroffene Personen ambulant und stationär behandelt. Die Auslastung beträgt derzeit schon über 100 Prozent, 25 Jugendliche warten derzeit auf einen Platz. Um dem Bedarf gerecht zu werden, brauchen wir mehr Therapieplätze in Tirol.

31. Stipendium des Landes auf andere Mangelfächer ausweiten:

Um den akuten und drohenden Ärzt:innenmangel in Tirol abzufedern, sollen die bereits beschlossenen Stipendien für angehende Landärztinnen auf andere ärztliche Fächer, die ebenfalls unter akuten Nachwuchssorgen leiden, ausgeweitet und die Anzahl der zu vergebenden Medizin-Stipendien pro Jahr von derzeit 10 auf 25 zu erhöht werden.

32. Community Nursing ausbauen:

Das Projekt „Community Nursing“ ist als EU-gefördertes Pilotprojekt von 2022 bis 2024 finanziert angelaufen. In Tirol sind derzeit 5 Regionen daran beteiligt, den Menschen wohnortnahe in Pflege- und Gesundheitsanliegen zur Seite zu stehen. Wir hoffen auf eine Weiterführung und Weiterfinanzierung des Projekts und einen Ausbau, damit in Zukunft noch mehr Regionen eine „Community Nurse“ anstellen können.

33. „Masterplan Prävention“ soll Gesundheitsvorsorge in den Fokus rücken:

In Österreich und Tirol richtet sich die Gesundheitspolitik in der Regel darauf aus, kranke Menschen zu behandeln. Das große Potenzial schlummert allerdings in der Vorsorge, damit viele Menschen gar nicht erst krank werden. Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge müssen ausgebaut und gestärkt werden. Damit entlasten wir das Gesundheitssystem und auch das Budget. Ein gemeinsam mit Experten erarbeiteter „Masterplan Prävention“ soll bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen helfen.

2.4 Mobilität & Verkehr

Wer in Tirol an Mobilität und Verkehr denkt, kommt nicht daran vorbei auch an Staus, Lärm, Dreck und Millionen von LKW zu denken. Im Jahr 2023 sind 2,52 Mio. LKW über den Brenner gefahren. Im Vergleich zum Jahr 2013 (1,97 Mio. LKW) ist das eine Steigerung von mehr als einem Viertel. Dazu kommen noch rund 14 Mio. PKW, die jährlich über den Brenner fahren. Statt dem Ziel näher zu rücken, den LKW-Transitverkehr auf der Brennerautobahn in Richtung einer Million LKW pro Jahr zu drücken, geht es jedes Jahr stetig weiter nach oben. Heuer werden wir wohl wieder ein Rekordjahr, im negativen Sinne, erleben. Rund um den EU-Beitritt in den 90er-Jahren hat es eine LKW-Obergrenze von 1,6 Millionen LKW gegeben.

Die Verlagerung von der Straße auf die Schiene ist bis dato gescheitert. Und der von den Regierungsparteien als Allheilmittel hochgelobte Brennerbasistunnel wird nur teurer und teurer und von einer baldigen Fertigstellung kann keine Rede mehr sein. Erst im Jahr 2032 soll er nun in Betrieb gehen, Stand heute. Wie intensiv die Nutzung ohne Zulaufstrecken in den Nachbarländern und ohne verpflichtende Verlagerungsstrategie sein wird, steht aber sowieso auch noch in den Sternen.

Zukunftsfähige Verkehrslösungen beziehen alle Verkehrsteilnehmer:innen gleichermaßen mit ein. Die Verkehrswende zu schaffen und sowohl LKW-, als auch PKW-Fahrten zu reduzieren und klimafit zu machen ist für Tirol das Gebot der Stunde. Dazu müssen wir den Öffi-Verkehr in Tirol deutlich ausbauen und attraktiver gestalten. Erste Schritte sind mit dem Klimaticket gesetzt, jetzt geht es darum den eingeschlagenen Weg konsequent und rasch weiterzugehen.

Mobilität & Verkehr – unsere Ideen & Initiativen:

1. Strikte Abfahrverbote von Ostern bis Allerheiligen mit strikter Kontrolle:

Die vergangenen Sommer haben uns gezeigt, dass wir in Tirol dringend strikte Abfahrverbote auf der Inntal- und Brennerautobahn (A12 und A13) brauchen und begleitende Kontrollen unerlässlich sind. Auch im Außerfern und im Zillertal brauchen wir Ausweichverbote entlang der neuralgischen Routen, die strikt kontrolliert gehören! Die zeitliche Ausweitung der Abfahrverbote von Ostern bis Allerheiligen ist eine wichtige Antwort auf das immer weiter entzerrte Urlaubsverhalten der Menschen, die mittlerweile jedes Wochenende zur Fahrt in den Süden nützen.

2. Mautgelder aus Tirol in Tirol verwenden:

Die ASFINAG kassiert in Tirol Millionen an Mautgeldern und wir als Liste Fritz wollen, dass diese Millionen in Tirol für die Verbesserung von Lärmschutz und Straßeninfrastruktur entlang der vielbefahrenen Autobahnen und Straßen eingesetzt werden. Mediale Forderungen sind dafür zu

wenig, da braucht es vollen Einsatz. Üben wir gemeinsam Druck auf das Verkehrsministerium in Wien aus, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.

3. Vorhandene ROLA-Kapazitäten nützen und ausbauen:

Die Rollende Landstraße (ROLA) ist seit Jahren nicht ausgelastet und fährt mit freien Kapazitäten durchs Land. Währenddessen reiht sich auf der rechten Fahrspur der Tiroler Autobahnen ein LKW an den nächsten. Es reicht nicht auf die in weite Ferne gerückte Fertigstellung des Brennerbasistunnels zu warten. Wir müssen bereits jetzt jede Möglichkeit nützen, die LKW von der Straße auf die Schiene zu bekommen. Die Schweiz macht es uns vor. Dort zahlen LKW deutlich höhere Mauttarife, finden ein attraktives Verlagerungsangebot vor und unterliegen strengen Kontrollen!

4. LKW-Obergrenze durchsetzen:

In Tirol hat es schon einmal ein Kontingentsystem gegeben. Bis 2004 durften so maximal 1,6 Mio. LKW durch Tirol fahren. Dafür mussten alle Spediteure eigene Kontingente kaufen und sobald diese ausgeschöpft waren, hat es keine Durchfahrtsgenehmigungen mehr gegeben. Für solche Regelungen gibt es die Variante über ein elektronisches System – SLOT-System – oder über andere Varianten. Das System ist uns nicht so wichtig wie das Ziel: Wir als Liste Fritz wollen eine LKW-Obergrenze umsetzen und durchsetzen!

5. Maßnahmen für die Zeit der Luegbrücken-Baustelle umsetzen:

Für die Zeit der Baustelle Luegbrücke ist ein automatisches PKW-Dossiersystem für die B182 und die A13 zu prüfen, analog zum geplanten und in anderen Teilen Tirols bereits angewandten LKW-Dossiersystem. Darüberhinaus ist der zu erwartende Ausweichverkehr über die Strecke Fernpass-Reschen sowie durch Osttirol mit geeigneten Maßnahmen zu verhindern. Sowohl im Außerfern/Oberland als auch in Osttirol ist die Verkehrsbelastung jetzt schon hoch und das Straßennetz ist nicht für noch mehr Verkehr ausgelegt.

6. NEIN zum Fernpass-Scheiteltunnel – NEIN zur Maut:

Die schwarz-rote Landesregierung hat ihr „Fernpass-Paket“ präsentiert und die ablehnende Haltung der Außerferner und Tiroler Bevölkerung dafür kassiert. Wir als Liste Fritz sagen Nein zum Fernpass-Scheiteltunnel und Nein zur Maut im Außerfern! Das massive Verkehrsproblem löst die Landesregierung damit nicht. Im Gegenteil. Es ist zu befürchten, dass das Fahrverbot für LKW über 7,5t Gesamtgewicht fällt und noch mehr Schwerverkehr den Weg über den Fernpass nimmt. Die Maut fürs Außerfern benachteiligt den gesamten Bezirk, aber auch die anderen Tiroler, die im Außerfern zu tun haben.

7. Abfahrverbote im Zillertal und an der Jenbacher Straße auch im Sommer:

Konkret geht es um ein Abfahrverbot entlang der B169 Zillertalstraße, ein Abfahrverbot von der B171 Tiroler Straße auf die L294 Brucker Straße sowie ein Abfahrverbot an der L7 Jenbacher Straße (Kasbach) Fahrtrichtung Jenbach für ortsfremden Durchgangsverkehr. Das gilt derzeit an starken Reisetagen im Winter und soll auf den Sommer ausgeweitet werden.

8. Gratis Öffis für alle muss das langfristige Ziel in Tirol sein:

Es muss das langfristige Ziel des Landes Tirol sein, den Öffi-Verkehr in Tirol gratis anbieten zu können. Andere Länder und Städte zeigen vor, dass es machbar ist. Ein Start mittels Pilotprojekt in Innsbruck soll den Anfang markieren. Gratis Öffis unterstützen die Pendler und sind gut für alle Bürger. Gratis Öffis kosten viel Geld, aber bringen auch viel. Nicht zuletzt sinken die Ausgaben für Gesundheit drastisch, wenn weniger Menschen erkranken, weil weniger Auto gefahren wird und es so bessere Luft und weniger Staub sowie Feinstaub gibt.

9. Öffi-Ticket für Pendler, die keine Pendlerpauschale beziehen können:

Jene Pendler, für die die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmittel nicht zumutbar ist, bekommen das große Pendlerpauschale bereits ab 2 Kilometern Arbeitsweg. Alle anderen Pendler mit weniger als 20 Kilometer Arbeitsweg, die dafür Öffis benützen können, bekommen derzeit nichts. Wir als Liste Fritz wollen das ändern und diesen Pendlern ein kostenloses Öffi-Jahresticket geben. Damit entlasten wir mehr als 160.000 Arbeitnehmer in Tirol. Fünf andere Bundesländer setzen schon eigene Initiativen und packen auf Pendlerpauschale und Pendlereuro vom Bund noch ein eigenes Pendlerpaket obendrauf. Tirol ist hier noch säumig, das werden wir ändern.

10. VVT-PensionsPlus-Ticket rasch einführen:

Egal in welchem Alter, wer in Pension ist, soll ein vergünstigtes Öffi-Ticket bekommen. Derzeit haben Senioren erst ab 65 Jahren einen Anspruch auf ein vergünstigtes VVT-Ticket. Und zwar vollkommen unabhängig davon, ob sie in Pension sind oder weiterhin arbeiten. Besonders Frauen sind in Tirol von Altersarmut betroffen. Wir als Liste Fritz wollen ein eigenes VVT-PensionsPlus-Ticket einführen, damit alle Menschen, unabhängig vom Alter, mit Pensionsantritt ein vergünstigtes Öffi-Ticket bekommen.

11. Zillertalbahn auf Normalspur und Oberleitung umstellen:

Normalspur statt Schmalspur, auf den Gleisen und im Denken! Eine Zillertalbahn auf Normalspur hat gewaltige Vorteile. Einheimische, Touristen und der Güterverkehr kommen ins Zillertal bzw. vom Zillertal in die Welt, ohne umsteigen zu müssen. Das ist zukunftsweisend und eine Jahrhundertchance, um das Verkehrsproblem im Zillertal anzugehen. Die Zillertalbahn auf Normalspur und mit Oberleitung wird attraktiv und der Umstieg von der Straße auf die Schiene kann wirklich gelingen. Wenn Millionen

an Tiroler Steuergeld für eine neue Zillertalbahn fließen, dann für ein vernünftiges Projekt. Wir als Liste Fritz wollen eine Erneuerung der Zillertalbahn mit Normalspur und Elektrifizierung mittels Oberleitung. Das ist sinnvoll, erprobt, sicher und wirtschaftlich.

12. Wiedereinführung der Direktzugverbindung zwischen der Bezirkshauptstadt Lienz und der Landeshauptstadt Innsbruck:

Die Abschaffung des Direktzugs Lienz-Innsbruck durch die ÖVP im Jahr 2013 war ein schwerer Fehler und ein harter Schlag für Osttirol, für die Menschen und die Umwelt. Der Ersatzbus über das (Südtiroler) Pustertal verkehrt seit dem Jahr 2013 und hat seitdem Millionen Liter Diesel verbrannt und Tausende Tonnen CO² ausgestoßen. Die Liste Fritz kämpft für eine tägliche, umsteigefreie Zugverbindung am Abend und am Morgen, zwischendurch soll der Bus verkehren. Die Chance dafür lebt, die ÖBB kaufen neues Wagenmaterial, das 2026 nach Tirol kommt und für den grenzüberschreitenden Verkehr in Österreich und Italien geeignet ist. Der immer noch aufrechte Beschluss des Dreierlandtages zur Wiedereinführung des Direktzugs ist endlich umzusetzen.

13. Öffi-Anbindung in Tiroler Seitentäler verbessern:

Wer abends, etwa nach 20.00 Uhr, von den Bezirkshauptstädten und anderen wichtigen Orten mittels Öffi in die Seitentäler des Inntals oder umgekehrt von dort hinaus will, der hat derzeit keine Möglichkeit dazu! Es fehlen schlicht die Anbindungen bzw. fahren die letzten Busse bereits so früh, dass nicht einmal ein gemütliches Abendessen oder ein abendlicher Kinobesuch in den Bezirkshauptstädten möglich ist. Die Liste Fritz engagiert sich für mehr und bessere Anschlüsse des öffentlichen Verkehrs in die Täler hinein und aus den Tälern heraus.

14. Klimaticket Tirol tagesaktuell gültig machen:

Steinzeit statt digital! Das Klimaticket Tirol kann derzeit nur zum ersten des jeweiligen Monats beantragt und gekauft werden. Wer beispielsweise ab dem 14. eines Monats fahren möchte, muss sich dafür entscheiden, rückwirkend fast 2 Wochen umsonst zu zahlen oder zwei Wochen zuzuwarten. Das ist nicht mehr zeitgemäß, es muss möglich sein, das Öffi-Ticket auch tagesaktuell zu kaufen.

15. Ausbildungsticket Plus zur schnellen Entlastung auflegen:

Alle in Tirol, die derzeit in Ausbildung sind, sollen um den Preis von Schüler:innen und Lehrlingen von 99,80 pro Jahr fahren können. Ziel muss es sein, dass alle Studierenden sowie alle, die eine Ausbildung (z.B. in der Pflege) absolvieren und während dieser Zeit über wenig finanzielle Mittel verfügen, zum deutlich günstigeren Preis mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können.

16. Parkplätze in den Park & Ride Parkhäusern Telfs-Pfaffenhofen, Jenbach und Schwaz gratis zur Verfügung stellen:

Pendler:innen in Jenbach, Telfs-Pfaffenhofen und – sobald fertiggestellt – wohl auch in Schwaz müssen 200 Euro pro Jahr, 20 Euro pro Monat oder 2 Euro pro Tag zahlen, wenn sie mit dem Auto zum Bahnhof anreisen und dort im neuen Parkhaus parken wollen. Zahlen fürs Parken gilt aber nicht überall. In Matri am Brenner steht das Park & Ride Parkhaus kostenlos zur Verfügung. Wer mit den Öffis fährt, leistet einen Beitrag für unsere Umwelt und den wollen wir belohnen. Daher soll das Land Tirol die Park & Ride Parkplätze in Jenbach, Telfs und Schwaz kostenlos zur Verfügung stellen.

17. Carsharing, Regio-Taxis und innovative Kleinlösungen für Öffi-Anbindung ausbauen:

Nicht überall im ländlichen Raum wird der Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit großen Bussen und Zügen funktionieren. Dort braucht es einen Ausbau der innovativen „Kleinlösungen“ wie verstärktes Carsharing, Regio-Taxis (wie sie bereits in Osttirol gut angenommen werden) und andere Kleinbuslösungen. Wir als Liste Fritz unterstützen neue Ideen!

18. Fahrradmitnahme in Öffis verbessern:

Die Fahrradmitnahme in den Öffis darf keine Lotterie sein! Idealerweise ist die Fahrradmitnahme in den Öffis künftig garantiert. Bis es soweit ist, braucht es aber eine klare Regelung, damit die Kunden Klarheit haben und die Entscheidung, ob Fahrräder mit dürfen oder nicht, nicht einzig und alleine an den Busfahrerinnen und Busfahrern hängen bleibt. Das macht Stress und Ärger, der niemandem nützt. Fahrrad-Gepäckträger auf immer mehr Bussen sind ein erster richtiger Schritt, die Bedienung muss aber einfacher werden.

19. Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf Autobahnen zur Messung von Lärm und Luftgüte verwenden:

Lärm macht krank, daher bekämpfen wir Lärm, wo es nur geht. So wollen wir prüfen lassen, ob die auf den Verkehrsbeeinflussungsanlagen (VBA) zusätzlich zu den Kameras auch Instrumente zur Lärmmessung installiert werden können. So könnten bei Lärmüberschreitungen eines LKW mittels Kamerabild Rückschlüsse auf das Fahrzeug und somit auf den konkreten Verursacher der übermäßigen Lärmbelastung gezogen werden.

20. Ökologisches Pendlerpauschale:

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder auch des Fahrrads soll in der Höhe des Pendlerpauschales entsprechende Berücksichtigung finden. Wer ökologisch unterwegs ist und wem dies in Sachen Entfernung und Infrastruktur auch zumutbar ist, soll mehr bekommen. Wir müssen hier mit Anreizen arbeiten, diese fehlen aktuell. Dem Nachhaltigkeitsgedanken wollen wir auch in diesem Bereich zum Durchbruch verhelfen.

21. Gesamtverkehrskonzept als Leitlinie für Tirol erstellen:

Die Steiermark und Oberösterreich haben 2008 ein Gesamtverkehrskonzept erstellt und präsentiert, um die Verkehrsentwicklung und den Umgang mit dem steigenden Verkehr gezielt begegnen zu können. Auch für Tirol bringt so ein Gesamtverkehrskonzept viele Vorteile. Beispielsweise sowohl was neue Infrastruktur angeht, als auch bei der Koordination von Maßnahmen zur Reparatur bestehender Infrastruktur.

22. Verkehrslehre schon ab der 1. Klasse Volksschule:

Auf der Straße spielt sich immer mehr ab! Aufgrund von Nutzungskonflikten zwischen immer mehr LKW, Autos und motorisierten Zweirädern sowie immer mehr Radfahrern, Mountainbikern, E-Scooterfahrern und Fußgängern, brauchen wir eine verstärkte Sensibilisierung der Verkehrslehre für Kinder schon ab der 1. Klasse Volksschule.

23. Ja für Umfahrungen zur Entlastung der Bevölkerung, Ja für Umfahrung Sillian:

Wo Umfahrungen die Menschen entlasten und nicht nur für mehr Verkehr sorgen, wollen wir sie umsetzen. Etwa in der Osttiroler Marktgemeinde Sillian. Dort treten wir für eine bodensparende Nord-Umfahrung mittels Tunnel im Berg ein. Für uns als Liste Fritz gilt aber, Umfahrungen und bauliche Maßnahmen, die für noch mehr Verkehr oder gar neue Transitrouten sorgen, lehnen wir ab.

24. Lärmschutzkonzept und Lärmschutzprüfung für Projekte der Verkehrsinfrastruktur:

Immer mehr Züge auf der Bahnstrecke im Oberland, aber kein Lärmschutz mitten durchs Dorf. Am Beispiel des fehlenden Lärmschutzes in Silz zeigt sich, dass wir für den Schutz der Bevölkerung in Tirol dringend Maßnahmen für einen spürbaren Lärmschutz brauchen! Ein umfassendes Lärmschutzkonzept des Landes Tirol soll konkrete Maßnahmen vor Ort prüfen, eine verpflichtende Lärmschutzprüfung durch das Land soll Infrastrukturprojekte begleiten. In Silz hat die Landesregierung die Gemeinde zu überzeugen, ihre Blockadehaltung gegen den Lärmschutz aufzugeben und damit die Gesundheit der Bürger entlang der Bahnstrecke nicht länger zu belasten.

25. Verkehrsberuhigte Orts- und Stadtteilzentren in Städten:

Beim Lärmschutz kann Innsbruck Barcelona werden. Die Landeshauptstadt Innsbruck eignet sich dafür, so genannte „Superblocks“ oder auch „Supergrätzln“ wie in Barcelona, Wien und anderen Städten bereits umgesetzt, zu testen. Ziel ist es, den Verkehr innerhalb dieser „Superblocks“ zu beruhigen, die Aufenthalts- und Lebensqualität für die Bevölkerung zu steigern, städtische Hitzeinseln zu reduzieren und Städte insgesamt grüner zu machen.

26. Radland Tirol – Lücken schließen und neue Radwegverbindungen umsetzen:

Im Zuge der Rad-WM 2018 in Tirol wurde ein massiver Ausbau der Radinfrastruktur im Land versprochen, bis dato ist allenfalls Flickwerk zu sehen. Noch immer gibt es im Tiroler Radwegenetz große Lücken, auch wenn da und dort mit einigem Aufwand Radwege und sogenannte „Radwanderwege“ errichtet werden. Gerade auf den überregionalen Routen, etwa durchs Wipptal und über den Brenner oder bei der Anbindung des Mittelgebirges oder bei der Verbindung Innsbruck-Igls, tut sich noch viel zu wenig. Wir schlagen konkrete Planungen samt fixen Zeitplänen sowie eine gesicherte Finanzierung vor und wollen damit den Ausbau der Radinfrastruktur sicherstellen.

27. Umstieg auf emissionsfreie Busse vorantreiben:

Nicht alle Wege können in Tirol mit dem Zug zurückgelegt werden. Der Bus ist ein wichtiges Element im Öffi-Verkehr von VVT und IVB. Für die Zukunft erwarten wir uns, dass deutlich mehr emissionsfreie Busse zum Einsatz kommen. Verschiedene Antriebsvarianten sind dahingehend zu prüfen, die nötige Infrastruktur in Form von geeigneten Garagen und Werkstätten ist zu schaffen und natürlich ist der Umstieg auch finanziell zu berücksichtigen.

28. Vorrang für Fußgänger – mehr Sicherheit in Städten und Gemeinden:

In den Städten und Gemeinden ist der Fokus auf sicheres zu Fuß gehen zu stärken. Fußwege müssen breit genug, möglichst barrierefrei und ohne Stolperfallen sowie für die Nachtstunden gut ausgeleuchtet und sicher sein. Fußgänger sind im Straßenverkehr besonders gefährdet. Vor allem Kindern und älteren Personen wollen wir ein sicheres Vorankommen und Queren von Fahrbahnen ermöglichen.

2.5 Umwelt- und Naturschutz

Unser Klima verändert sich rasant und deshalb bekommt der Umwelt- und Naturschutz in den kommenden Jahren noch mehr Gewicht als bisher. Klimaschutz ist Menschenschutz! Auf den ersten Blick ist Tirol ein Naturparadies im Herzen der Alpen. Auf den zweiten Blick ergeben sich aber zahlreiche Herausforderungen, die wir in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen, um ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Mensch und Natur zu ermöglichen. Naturschutz steht in Tirol in ständiger Konkurrenz zu Interessen des Tourismus, der Wirtschaft, des Bodenverbrauchs und des Verkehrs. Die Nutzungskonflikte die daraus entstehen, haben viele Tiroler:innen bereits resignierend akzeptiert. Dabei gibt es viele innovative Lösungen, die in Tirol ein vernünftiges Miteinander von Umwelt- und Naturschutz sowie anderen Interessen möglich machen. Wir als Liste Fritz erwarten uns, dass Tirol mutig vorangeht, wenn es um den Umwelt- und Naturschutz geht. Bei den vorhergesagten Klimaveränderungen trifft es die Alpenregionen doppelt hart und wir müssen alles daran setzen, mit diesen Veränderungen umzugehen.

Hinweis: Die Liste Fritz setzt sich seit Jahren intensiv für Umwelt- und Naturschutz ein und hat bereits mehr als 50 Initiativen im Tiroler Landtag eingebracht. Liste Fritz Initiativen für den Umwelt- und Naturschutz finden sich auch in den Kapiteln „Leistbares Wohnen & Ausverkauf der Heimat stoppen“, „Mobilität & Verkehr“, „Bildung & Schule“, „Tourismus“ und vor allem im Kapitel „Energie“, wo alle Initiativen rund um erneuerbare Energieträger zusammengefasst sind.

Klimaschutz, Umweltschutz und Naturschutz sind Menschenschutz – unsere Ideen & Initiativen:

1. Nationalpark Karwendel als ersten länderübergreifenden Nationalpark schaffen:

Das Gute liegt so nah. Wie so oft. Mit einem Nationalpark Karwendel soll Tirol den ersten länderübergreifenden, internationalen und von der IUCN anerkannten Nationalpark bekommen. Das Karwendel ist Tirols ältestes und größtes Naturschutzgebiet und als Naturpark fest verankert. Wir als Liste Fritz wollen einen Nationalpark vor der Haustüre der Landeshauptstadt Innsbruck, weil er viele Vorteile für die Menschen, unsere Umwelt und den nachhaltigen Tourismus bringt.

2. EU-Biodiversitätsstrategie einhalten – Schutzgebietsziele erfüllen:

Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Landfläche in der EU unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Landfläche sollte unter strengen Schutz gestellt werden. Das 30 Prozent-Ziel haben wir in Tirol mit 25 Prozent Schutzgebietsfläche fast erreicht. Die 10 Prozent streng geschützte Gebiete erreichen wir trotz Nationalpark Hohe Tauern noch nicht. Wir Tiroler leben von unserem Natur- und Erholungsraum und müssen daher mit noch mehr Einsatz vorangehen.

3. Absoluten Gletscherschutz in Tirol gesetzlich verankern:

Uns sind unsere Gletscher heilig. Zumindest die, die noch da sind. Absoluter Gletscherschutz bedeutet das Verbot jeder Beeinträchtigung der Gletscher, ihrer Einzugsgebiete und ihrer im Nahbereich gelegenen Moränen. Derzeit ist die Errichtung von Anlagen, wie Liften, in einem bestehenden Gletscherschigebiet möglich und damit ist kein absoluter Gletscherschutz garantiert. Wir als Liste Fritz verlangen eine Änderung des Tiroler Raumordnungsprogramms mit dem Ziel, keine Skigebiete mehr am Gletscher zu errichten und unser letzten Gletscher zu schützen.

4. Studie zu Klimawandel und Gletscherschmelze in Tirol in Auftrag geben:

Was bedeutet der Klimawandel für den Natur- und Wirtschaftsraum in Tirol? Was bedeutet er für die Gletscherschigebiete und den (Winter)Tourismus in Tirol? Der Tourismus gehört zu Tirol, mit dem Kaunertaler, dem Pitztaler, dem Ötztaler, dem Stubai und dem Hintertuxer Gletscher gibt es auch fünf Gletscherschigebiete. Wie stark beeinflusst und verändert der Klimawandel unsere Natur, Umwelt und die Menschen? Welche Strategien und Maßnahmen sind notwendig? Eine umfassende Tirol-Studie soll Klarheit für die Zukunft schaffen und neue Wege aufzeigen.

5. Sonderflächenwidmung für Bodenaushubdeponien soll Gemeinden Mitbestimmung ermöglichen:

Wir als Liste Fritz setzen uns seit Jahren dafür ein, den Wildwuchs an Bodenaushubdeponien im gesamten Land einzudämmen. Diese Deponien bringen enorme Belastungen für die Anrainer und Gemeindebürger. Neben tausenden zusätzlichen LKW-Fahrten durch die Dörfer kommen vielfach noch Lärm-, Staub- und Feinstaubbelastung und je nach abgelagerten Materialien auch Gesundheitsgefahren auf die Bevölkerung zu. Die Liste Fritz will mehr Mitsprache für Bürger und Bürgermeister und hat eine verpflichtende „Sonderflächenwidmung für Bodenaushubdeponien“ vorgeschlagen. Noch blockieren die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ diese Lösung. Außerdem verlangen wir für jede Deponie eine Bedarfsprüfung.

6. „Klimaschutzjahr“ soll Menschen in Tirol für Klimaschutz sensibilisieren:

Klimaschutz ist Menschenschutz! Schon für das Jahr 2020 haben wir als Liste Fritz ein "Klimaschutzjahr" beantragt, um die Menschen für den Klimaschutz in Tirol zu sensibilisieren. Klimaschutz funktioniert nicht mit Drohungen und Verboten. Wir wollen die Menschen mit ins Boot holen und davon überzeugen, dass wir gemeinsam etwas Sinnvolles erreichen können. Wir stehen zu unserer Idee und sind nach wie vor überzeugt, dass ein „Tiroler Klimaschutzjahr“ ein guter Anstoß für mehr Klimaschutz und für mehr Bewusstsein dazu sein kann.

7. JA zu zweigleisigem Bahnausbau im Oberland – NEIN zu Naturzerstörung und Bodenfraß:

Der geplante zweigleisige Bahnausbau im Tiroler Oberland wirft seine Schatten voraus. Grundsätzlich bekennen wir uns zum Ausbau, aber mit Augenmaß. Die neue Bahntrasse muss entlang der bereits bestehenden Trasse erfolgen. Keinesfalls darf eine neue Bahntrasse – wie im Geheimen vorangetrieben – durch den geschützten Landschaftsteil der Milser Au, durch landwirtschaftlich genutzte, grüne Wiesen und mitten durch das Dorf Mils bei Imst führen. Als Liste Fritz sagen wir frühzeitig und rechtzeitig Nein zu diesem unsinnigen Bodenfraß und Nein zu dieser rücksichtslosen Naturzerstörung!

8. Mehr grün, weniger Beton – Entsiegelung von Flächen in Tirol vorantreiben:

Das Liste Fritz-Motto lautet: „Mehr Lebensqualität für uns Menschen!“ Ein versiegelter Boden ist durch einen Belag aus Asphalt, Beton oder Pflastersteinen luft- und wasserdicht abgedeckt. Bei Starkregen besteht Überschwemmungsgefahr, an Hitzetagen heizen sich diese Flächen unerträglich auf. Wir als Liste Fritz wollen tirolweit Flächen erheben lassen, die sich für eine Entsiegelung anbieten. Mehr Grün und weniger Beton! Vom Landhausplatz in Innsbruck über Parkplätze, brachliegende Wirtschafts- und Industrieflächen, unbewohnte verfallene Wohnbauten bis hin zu ungenutzten Verkehrsflächen. Solche Flächen sollen komplett oder in Teilen von versiegelten Flächen in Grünflächen umgestaltet werden.

9. Beschwerderecht für Landesumweltanwalt ausweiten:

Unsere Natur braucht eine starke Vertretung! Eine zentrale Aufgabe der Tiroler Umweltanwaltschaft besteht darin, die Interessen von Natur und Umwelt zu vertreten. Dies gelingt in Tirol aufgrund der an sich weitreichenden Rechte auch gut. Was bis dato aber noch fehlt, ist das „letzte“ Beschwerderecht im Instanzenzug. Konkret soll der Landesumweltanwalt als Interessensvertreter der Natur künftig auch gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Landesregierung oder des Landeshauptmannes in Naturschutzverfahren Beschwerde einlegen dürfen.

10. Weitere Stellen für das Freiwillige Umweltjahr (FUJ) in Tirol schaffen:

Derzeit bieten nur drei Organisationen jeweils eine Stelle für die Absolvierung eines Freiwilligen Umweltjahres in Tirol an. Im Burgendland bieten derzeit vier Organisationen bereits zehn Stellen für das FUJ an. Das Land Tirol soll sich dafür stark machen, dass in Landesbetrieben und landesnahen Organisationen weitere Stellen für das FUJ geschaffen werden, um Jugendliche für das Thema Umwelt- und Naturschutz zu begeistern.

11. Klimaneutrale Homepage für Land Tirol und Landesunternehmen:

Das Internet hat einen steigenden Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen. Der Stromverbrauch von Servern und Hosting ist enorm. Klimaneutrales Hosting ist derzeit noch eine Randerscheinung, aber wird immer wichtiger werden. Das Land Tirol soll mit gutem Beispiel vorangehen und Klimaneutralität bei der eigenen Homepage herstellen. In einem zweiten Schritt sollen Landesunternehmen diesem Beispiel folgen.

12. Betriebliches Umweltmanagementsystem nach EMAS für Landesunternehmen:

Die Österreichische Nationalbank, das Land Niederösterreich, die Landeskrankenanstalten Kärnten und viele private Unternehmen sind bereits EMAS-zertifiziert. Sie haben ein betriebliches Umweltmanagementsystem eingeführt und bemühen sich stets ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Die Landesunternehmen in Tirol, die mit Steuergeld der Tiroler:innen finanziert werden, sollen diesem Beispiel folgen und ein Umweltmanagementsystem einführen.

13. Baumschutzgesetz formulieren und Baumschutzzonen möglich machen:

Andere Bundesländer (Wien, Steiermark) haben ein Baumschutzgesetz, das unter anderem die Möglichkeit zur Schaffung von Schutzzonen für Bäume vorsieht. Innerhalb dieser Zonen dürfen Bäume nur mit behördlicher Genehmigung gefällt werden. Das soll dazu beitragen, dass in Städten und größeren Gemeinden die vorhandenen Bäume nicht einfach so umgeschnitten werden dürfen. Die Klimaveränderungen der letzten Jahre haben uns gezeigt, dass Bäume einen wichtigen Beitrag zur

Kühlung leisten können. Ein besonderer Schutzstatus ist vielerorts ein guter Schritt zur Absicherung des Bestands.

14. Moorschutz in Tirol noch besser verankern – Moor im Platzertal schützen:

Für den Klimaschutz sind Moore wahre Goldgruben der Natur. Keine andere natürliche Fläche ist in der Lage so viel CO₂ zu binden und damit zu verhindern, dass dieses aktiv zur Klimaveränderung beitragen kann. Tirol hat zwar eine Moorschutzstrategie, aber sie geht viel zu wenig weit. Flächen zu reaktivieren ist gut, aber wir verlangen viel mehr Anstrengung beim Schutz der noch vorhandenen Moorflächen. Für das geplante Megakraftwerk Kaunertal wollen Landesregierung und TIWAG gewaltige Moorflächen und Feuchtgebiete im Platzertal unwiederbringlich zerstören. Eine ernstgemeinte und wirksame Moorschutzstrategie muss das Platzertal vor der Zerstörung bewahren!

15. Beratungsstelle für Artenvielfalt beim Land Tirol einrichten:

Die Artenvielfalt zu erhalten ist eine Herausforderung auf vielen Ebenen. Neben der Versiegelung von Flächen, Pestizideinsatz, invasiven Arten und der Übernutzung natürlicher Lebensräume, gibt es noch zahlreiche weitere Einflussfaktoren. Jede noch so kleine Maßnahme hilft, beim Erhalt der Artenvielfalt. Eine kleine Blumenwiese im eigenen Garten, das Entfernen von invasiven Arten oder das Schaffen von Brutmöglichkeiten für Vögel. Jede/r Einzelne kann etwas dazu beitragen, viele Menschen wissen das allerdings nicht oder brauchen Hilfe bei offenen Fragen.

16. Förderzahlungen des Landes Tirol einem Klimacheck unterziehen:

Das Land Tirol zahlt viele verschiedene Förderungen aus. An Privatpersonen, an Firmen, an Vereine, an Organisationen. Ein Klimacheck soll klären, welche dieser Förderungen dazu beiträgt, Klima, Umwelt und Natur in Tirol zusätzlich zu belasten. Anhand einer genauen Analyse aller Förderungen kann dann über Verbesserungspotenzial bei den einzelnen Landesförderungen diskutiert werden.

17. Wasserschutz ist Umwelt- und Naturschutz – Tirol hat Nachholbedarf:

Tirol verfügt über einen echten Wasserschatz! Wasserknappheit ist noch kein beherrschendes Thema, Wasserschutz scheint daher nicht vordringlich. Falsch, Wasserschutz ist genauso wichtig wie der Schutz von grünen Wiesen und Wäldern. Mit Blick auf geplante Megakraftwerksprojekte, auf Ableitungen von Bächen und Megastauseen ist der Wasserschutz in Tirol absolut ausbaufähig. Wir als Liste Fritz setzen uns für die Bewahrung unseres Wasserschatzes ein und wollen den Schutz unseres Wassers sowie den Erhalt unserer Wildbäche und Seen sicherstellen.

2.6 Familie & Kinderbetreuung

Wir wollen Tirol zum familienfreundlichsten Bundesland Österreichs machen. Familien sollen sich in Tirol nicht nur wohl fühlen, sie sollen vor allem alle Chancen bekommen und bestmöglich bei den Herausforderungen ihres Alltags unterstützt werden. Kinderbetreuung ist natürlich immer noch der Schlüssel, um Familien entlasten zu können. Gerade in Tirol, wo die Menschen mit den niedrigsten Einkommen gleichzeitig die höchsten Lebenshaltungskosten stemmen müssen, braucht es die beste Kinderbetreuung. Viele Familien in Tirol müssen Vollzeit arbeiten gehen, um sich das Leben leisten zu können. Ohne große Probleme geht das aber nur in Gemeinden, die eine hervorragende Kinderbetreuung anbieten und in Tirol sind das immer noch zu wenige Gemeinden.

Familienpolitik ist eine Querschnittsmaterie und gute Familienpolitik wirkt in verschiedensten Aufgabenbereichen. Junge Familien brauchen leistbaren Wohnraum, eine gute Betreuung für ihre Kinder, Chancen in Ausbildung und Beruf, eine gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Sicherheit, anständige Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Deshalb finden sich viele Unterstützungsinitiativen der Liste Fritz für Tiroler Familien auch in anderen Themenbereichen.

Familie & Kinderbetreuung – unsere Ideen & Initiativen:

1. Echten Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz umsetzen:

Unser Ziel ist es, Tirol zum familienfreundlichsten Bundesland Österreichs zu machen. Jedem Kind seinen Kinderbetreuungsplatz: Dazu muss ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz gesetzlich fixiert werden. Der von ÖVP und SPÖ angekündigte Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes ist kein echter Rechtsanspruch! Nur ein echter Rechtsanspruch garantiert, dass die Gemeinden ganztägige und ganzjährige Betreuungsplätze schaffen und Familien damit entlastet werden.

2. VIF-Kriterien beachten – Voraussetzungen für ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuung in den Tiroler Gemeinden schaffen:

Der Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF) zeigt an, ob das Kinderbetreuungsangebot in einer Gemeinde mit einem Vollzeitjob vereinbar ist. Konkret heißt das, dass eine Kinderbetreuungseinrichtung mindestens 47 Wochen pro Jahr, 45 Stunden in der Woche, werktags MO-FR, an 4 Tagen wöchentlich mindestens 9,5 Stunden geöffnet haben muss und zusätzlich ein Mittagessen anbieten muss, um VIF-konform zu sein. In Tirol gibt es noch zu wenige Gemeinden, die VIF-konforme Kinderbetreuung anbieten können. Das Land Tirol muss die Gemeinden unterstützen, damit mehr Infrastruktur und mehr Personal zur Verfügung steht, um die Kriterien zu erfüllen.

3. Kinderbetreuung bezahlbar für alle Familien in Tirol machen:

Die Tiroler Familien müssen das teuerste Leben und Wohnen stemmen, verdienen im Österreich-Vergleich allerdings am wenigsten. Da kommt es oft auf jeden Euro an, der den Familien zur Verfügung steht. Die Tarife für die Kinderbetreuung unterscheiden sich von Gemeinden zu Gemeinde teils erheblich. Das Land Tirol soll sich dafür einsetzen, diese Tarife zu harmonisieren, um die Eltern zu entlasten und die Übersichtlichkeit im Tarifdschungel zu erhöhen.

4. Ausreichend Personal – Bildungschancen für alle Kinder beginnen im Kindergarten:

Die Bildung der Kinder soll nicht länger von der Bildung der Eltern abhängig sein. Wir wollen allen Kindern Bildungschancen geben. Der Kindergarten als erste Bildungseinrichtung stellt dabei die Weichen. Ausreichend pädagogisch ausgebildetes Personal und eine gute Betreuungsquote sind wichtig, um alle Kinder gleich gut fördern zu können und sie optimal auf den Start in ihre Schullaufbahn vorzubereiten. Spezialisten für die Bereiche Sprachförderung und um etwaige Defizite aufzuholen sollen in ausreichendem Ausmaß hinzugezogen werden.

5. Kinderbetreuungseinrichtungen - Sanierungsrückstände aufholen:

Neue Gebäude und Infrastruktur für Kinderbetreuung zu errichten ist wichtig, mindestens genauso wichtig ist es aber auch, bestehende Infrastruktur zu pflegen. In Innsbruck gibt es bereits Sanierungsrückstände bei Kinderbetreuungseinrichtungen, die dringend behoben werden müssen. Tirolweit dürfen wir es nicht so weit kommen lassen, dass dies zu einem flächendeckenden Problem wird.

6. Kindesabnahmen in Tirol – Unabhängige Ombudsstelle einrichten:

Eine unabhängige Ansprech- und Anlaufstelle, eine Ombudsstelle für mutmaßlich ungerechtfertigte Kindesabnahmen soll ehestmöglich eingerichtet werden und den Betroffenen entsprechende Hilfestellung in dieser Ausnahme- und Krisensituation bieten. Zum einen geht es um eine Betreuung der Eltern, damit diese mit der Situation zurechtkommen, zum anderen sollen auch kompetent rechtliche Möglichkeiten für das weitere Verfahren und die etwaige rechtliche Bekämpfung der Kindesabnahme aufgezeigt werden.

7. Angebot für Mutter-Kind-Wohnen ausbauen:

Das Mutter-Kind-Wohnen ist ein wichtiges Instrument, damit es erst gar nicht zu Kindesabnahmen kommt. Dort lernen Mütter in geschützten und rund um die Uhr betreuten Mutter-Kind-WGs, alles was sie wissen müssen, um sich gut um ihr Kind kümmern zu können. Vor allem für Alleinerziehende sind solche Angebote eine tolle Unterstützung. Eine Wohnmöglichkeit in Imst, eine in Innsbruck-Land und zwei in Innsbruck können den Bedarf bei weitem nicht decken.

8. Ausreichend Plätze für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zur Verfügung stellen:

Kinder und Jugendliche aus Krisenfamilien müssen oft sofort aus ihren Familien genommen werden. Da ist es nicht nur wichtig einen Unterbringungsplatz zu finden, sondern den richtigen und geeigneten. Leider scheitert es in Tirol schon an der Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze. Fast 100 Kinder und Jugendliche hat das Land Tirol jahrelang in anderen Bundesländern und anderen Staaten betreuen lassen. Das Platzangebot ist immer noch knapp. Hier braucht es dringend neue Infrastruktur, neue Trägervereine und neues Personal, um die Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu betreuen.

9. Lehrberuf „Kindergartenassistentenz“ einführen:

Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass bereits nach Abschluss der Pflichtschule mit einer Ausbildung im Bereich der Kinderbildung- und Kinderbetreuung begonnen werden kann. Tirol soll als „Pilotregion“ ein neues Ausbildungskonzept testen und dafür grünes Licht beim Bund einholen. Schon heute ist es schwierig, genügend Elementarpädagog:innen zu finden bzw. langfristig zu halten. Vor diesem Hintergrund kann der Lehrberuf „Kindergartenassistentenz“ eine Möglichkeit sein, zur Lösung dieses Problems beizutragen.

10. Qualitätsvolle Verpflegung in Kinderbetreuungseinrichtungen:

Die Gestaltung der Mahlzeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine große Herausforderung. Ziel muss es sein, die Kinder möglichst gesund und mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln zu verpflegen. Weiters sollte die Menge an weggeworfenen Lebensmitteln so gering wie möglich ausfallen. Wir erwarten uns stetige Evaluierungen und Verbesserungen bei dieser Herausforderung. Das Land Tirol soll Anstrengungen in diesem Bereich auch finanziell unterstützen.

11. Tätigkeit für Tagesmütter/Tagesväter wieder attraktiver gestalten:

Neben einem grundsätzlich verbesserten institutionellen Kinderbetreuungsangebot glauben wir, dass ein Grund dafür auch die teilweise geringe Bezahlung der Tagesmütter bzw. Tagesväter ist. Tagesmütter und Tagesväter sind ein immer noch sehr wichtiges Ergänzungsangebot im Mix aus verschiedenen Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das Land Tirol muss die Trägerorganisationen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten, damit dieses ergänzende Angebot auch in Zukunft erhalten bleiben kann.

12. Schwimmkurse bereits im Kindergartenalter fördern:

Jedes Tiroler Kind soll schwimmen lernen. Ertrinkungsunfälle werden für Kinder, Jugendliche und Erwachsene wieder vermehrt zur Gefahr, weil nicht alle Menschen die Möglichkeit haben an

Schwimmkursen teilzunehmen. Das kann finanzielle Gründe haben, kann aber auch daran liegen, dass immer weniger Schwimmbäder zur Verfügung stehen. So früh wie möglich Schwimmkurse anzubieten und die Auslastung in den vorhandenen Bädern entzerren kann dabei helfen, die Zahl der Ertrinkungsunfälle zu senken. Das Land Tirol soll nicht nur das Schulschwimmen, sondern bereits im Kindergartenalter Schwimmkurse fördern und möglich machen.

13. Kindergärten mit hohem Migrationsanteil zu Sprachkindergärten machen:

Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration für Menschen, die ohne Sprachkenntnisse in unser Land kommen. Im Kindesalter lernen sie die Sprache besonders schnell, weshalb spezielle Sprachkindergärten dabei helfen sollen. Kindergärten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund bekommen zusätzliche Fachkräfte zur Verfügung gestellt. Damit werden die Kinder durch alltagsintegrierte sprachliche Bildung früh in ihrer Sprachentwicklung unterstützt.

2.7 Tourismus

Der Tourismus gehört zu Tirol, aber die Auswüchse des Tourismus haben immer mehr Tiroler satt! Es gibt zahlreiche Alarmsignale: Übererschließungen mit dem Mantra „Immer noch mehr, immer weiter hinauf, keine Grenzen“. Ständige Verkehrsprobleme aufgrund der An- und Abreise, dazu komplett zugestaute Täler. Massiver Arbeitskräftemangel mit immer weniger Tirolern, die im Tourismus arbeiten wollen. Die Verantwortlichen im Tiroler Tourismus müssen diese Alarmsignale erkennen und ernst nehmen, sich diesen Auswüchsen selbstkritisch stellen und offen gegenüber Kritik und Kritikern auftreten. Wenn sie weiterhin all jene, die diese Fehlentwicklungen aufzeigen, als Feinde des Tourismus denunzieren, wird die Stimmung gegenüber touristischen Projekten im Land nicht besser werden.

Aus unserer Sicht ist es zentral, wie sich der Tiroler Tourismus gegenüber der Herausforderung Nummer 1, dem Klimawandel, verhält: Sieht er nur die Bedrohung oder nützt er die Chance? Schafft es der Tiroler Tourismus beispielsweise die Nummer 1 beim Umgang mit der Klimaveränderung zu werden? Wie kommt künftig wenigstens die Hälfte der jährlich rund 12 Millionen Gäste mit den Öffis in den Tirol-Urlaub? Wenn es den Verantwortlichen mit Klasse statt Masse ernst ist, dann müssen sie jene Projekte, die dieser Zielsetzung diametral widersprechen, abblasen und andere Wege gehen. Wir als Liste Fritz setzen uns für klare Spielregeln ein, an die sich alle halten müssen. Gleiche und Gleichere darf es nicht mehr geben. Ein Gesamtkonzept und ein neuer Fahrplan sollen den Tiroler Tourismus klimafit und zukunftsfit machen, die Akzeptanz gegenüber dem Tourismus erhöhen und ihn als wichtigen Wirtschaftszweig sichern.

Tourismus – unsere Ideen & Initiativen:

1. Stopp für Skigebietszusammenschlüsse und fixe Ausbaugrenzen:

Tirol hat genug Skilifte und genug Skigebiete. Ein Umdenken in der Bevölkerung ist schon seit Jahren spürbar, weil sie die Auswüchse des Tourismus als massive Belastung jeden Tag ertragen müssen. Die zuletzt vorangetriebenen Pläne zum Zusammenschluss von Skigebieten wollten aus großen Skigebieten riesengroße Skigebiete machen. Die Notwendigkeit dafür ist nicht gegeben, die Natur dankt es uns, wenn wir hier mit Maß und Ziel agieren. Das von der Landesregierung 2024 neugefasste Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogrammes (TSSP) trägt dem nicht Rechnung und ist zu überarbeiten, etwa mit der Festlegung auf fixe Endausbaugrenzen.

2. Regionaler Bettenstopp im Tourismus soll zusätzliche Belastung verhindern:

Dieser Bettenstopp soll nach regionalen Gesichtspunkten angedacht und bewertet werden. Jedoch sollte nicht die Menge, also die reine Anzahl entscheidend sein, sondern die damit einhergehende Wertschöpfung. Klasse statt Masse, Qualität statt Quantität lauten die Schlagworte! In manchen Regionen können neue Betten durchaus noch Sinn machen, während andere Regionen bereits über die Belastungsgrenze gekommen sind.

3. Großhotels und Bettenburgen gesetzlich neu regeln und beschränken:

Großhotels mit mehr als 300 Betten sollen zukünftig nur mehr in besonders begründeten Fällen möglich sein. Denn je mehr Betten, desto mehr Probleme gibt es was die Bodenversiegelung, den zusätzlichen Verkehr, die Urlauber- und Mitarbeiterkonkurrenz betrifft. Deshalb wollen wir eine gesetzliche Regelung einführen, die Bürgern, Bürgermeister*innen und Betreibern Rechtssicherheit bietet. So soll künftig die „Sonderfläche für Beherbergungsgroßbetrieb“ im Tiroler Raumordnungsgesetz in zwei Kategorien, nämlich 150-300 Betten sowie 300 Betten und mehr, unterteilt werden. Wer ein Großhotel mit mehr als 300 Betten errichten will, muss das dann besonders begründen.

4. Genehmigte und tatsächliche Bettenanzahl bei Großbetrieben überprüfen:

Das Land Tirol hat eine Bettenobergrenze von 330.000 Betten politisch eingefordert. Bei der genauen Anzahl der derzeit in Betrieb befindlichen Betten pro Hotel ist Tirol aber weiter im Blindflug unterwegs. Um allen Tricks betreffend Betten und Auslegungen bei der Belegungsanzahl Einhalt zu gebieten und um einen wirklichen Überblick zu erhalten, soll die Landesregierung die tatsächliche Bettenanzahl sämtlicher Beherbergungsgroßbetriebe in Tirol feststellen und überprüfen. Wer sich an die Gesetze hält, darf nicht der Dumme sein!

5. Weniger touristische Hubschrauberflüge, weniger Lärm:

Wir setzen uns für eine Bewilligungspflicht für Hubschrauberflüge ein, wenn damit Personen für touristische Zwecke, etwa vom Flughafen Innsbruck ins Ötztal oder auf den Arlberg geflogen werden sollen. Das Tiroler Naturschutzgesetz soll dahingehend abgeändert werden. Aktuell sind touristische Zubringer- und Bespaßungsflüge mittels Hubschrauber zwischen Flugplätzen in Tirol ohne Ausnahme möglich. Die Behörde hat darauf keinen Einfluss und darüber keine Kontrolle. Die Bürger, insbesondere im Umkreis des Flughafens Innsbruck, leiden unter dem Lärm!

6. „Der Tiroler Weg“ im Tourismus – evaluieren, nachschärfen, nachbessern:

Im Jahr 2021 hat die schwarz-grüne Landesregierung den „Tiroler Weg“ im Tourismus ausgerufen und Perspektiven dazu schriftlich festgehalten. Nachhaltiger und qualitätsvoller sollte der Tourismus in Tirol werden. Die Zeiten des „Höher, schneller, weiter und größer“ sollten vorbei sein. Im touristischen Alltag merkt man davon wenig. Papier ist geduldig, deshalb fordern wir eine umfassende Evaluierung der 2021 festgeschriebenen Ziele und ein konkretes Nachbessern. Die politischen Forderungen brauchen eine rechtliche Grundlage.

7. Detailliertes Zukunftskonzept für einen anderen Tourismus vorlegen:

Tirol braucht mehr als nur ein paar Perspektiven, ein paar warme Worte reformieren den Tiroler Tourismus nicht. Vor allem schaffen sie kein Umdenken bei den Touristiker:innen vor Ort. Unser Land braucht ein Zukunftskonzept für einen anderen Tourismus in Tirol! Wir müssen den gemäßigten, qualitätsvollen touristischen Angeboten Vorrang einräumen, Abläufe wie die An- und Abreise neu denken und unseren Tourismus klimafit und zukunftsfit machen. Dafür braucht es konkrete Leitlinien, die vor Ort umgesetzt werden können und den Betrieben eine Orientierung geben, welche Weiterentwicklungen sie anstreben sollen.

8. Tourismusabgabe reformieren – nicht mehr jeder Tiroler soll zahlen:

Den 34 Tourismusverbänden in Tirol stehen jährlich mehr als 230 Millionen Euro zur Verfügung. Rund 140 Millionen Euro kommen über den Pflichtbeitrag, die sogenannte Tourismusabgabe herein. Nach dem Liste Fritz-Motto „Wer wirklich vom Tourismus profitiert, soll zahlen!“, wollen wir eine Reform der Tourismusabgabe. Erstens sollen viel weniger zahlen müssen und zweitens soll die Tourismussteuer vom Gewinn, nicht vom Umsatz berechnet werden. Derzeit ist die Tourismusabgabe eine Tourismussteuer, die fast jeder Tiroler zahlen muss, das wollen wir ändern! Außerdem erfolgt die Einhebung der Tourismusabgabe starr und unflexibel. Bei nachweislichen, unterjährigen Veränderungen der Umsätze oder bei Betriebsauslösung müssen auch unterjährig Änderungen und Anpassung der Tourismusabgabe möglich sein.

9. Ein Euro pro Gästenächtigung für Klimaschutzprojekte im Tiroler Tourismus:

Wir als Liste Fritz schlagen vor, Tirol künftig zur klimafreundlichsten Urlaubsdestination der Welt umzugestalten! Wir nehmen 1 Euro pro Gästenächtigung, was vor Corona rund 50 Millionen Euro pro Jahr entsprochen hat, und fördern daraus zweckgebunden, Klimaschutzprojekte im Tiroler Tourismus. Damit lassen sich kurzfristig die klimaschonende Anreise per Bahn genauso finanzieren wie mittelfristig die Umstellung der Seilbahnen auf nachhaltige Energie oder langfristige der Plan, Pistenraupen mittels grünem Wasserstoff zu betreiben.

10. Stadt Innsbruck beleben – überzogene Mieten für Gastgärten kürzen:

Es ist schwer, in Innsbruck gastronomisch Fuß zu fassen, noch schwerer ist es, einen Gastronomiebetrieb über Jahre hinweg erfolgreich zu führen. Unter anderem liegt das an strengen Vorschriften und den damit einhergehenden Kosten. Die Mietkosten für den Gastgartenbetrieb sind in Innsbruck enorm und liegen teilweise bis zu 300 Prozent über jenen in Salzburg und Wien! Es geht uns um Gerechtigkeit für Betriebe und Betreiber, um ein tolles Angebot für Bürger und Gäste. Daher Schluss mit solch unnötiger Zusatzbelastung, wir wollen die Mietkosten für Gastgärten wieder auf ein vernünftiges und vergleichbares Niveau einpendeln.

11. Schrittweise zur Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel in der Gastronomie:

Ein Antrag der Liste Fritz hat dazu geführt, dass in landeseigenen Unternehmen mehr heimische Lebensmittel verwendet werden. Regionalität und Saisonalität sind ein wichtiger Faktor für Landwirtschaft, Gastronomie und vor allem die Gäste. Immer mehr Menschen wollen wissen, woher das Fleisch für Ihr Schnitzel kommt. Es ist unser Ziel, eine Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel in der Gastronomie schrittweise einzuführen. Eine Regelung über ein spezielles Anreizsystem ist ebenso denkbar, wie zunächst nur ein paar Produktgruppen zu umfassen. Letztlich hilft das den Bürgern als Kunden, den Betrieben für ihr Geschäft und den Bauern als Lieferanten.

12. Seilbahner müssen Betriebspflicht im Sommer ernst nehmen:

Immer wieder versuchen einzelne Seilbahnbetriebe (wie die Schultz-Gruppe in Osttirol) die Sommer-Betriebspflicht ihrer Bahnen zu umgehen. Das ist nicht zu verstehen und nicht zu akzeptieren. Da geht es ja nicht nur um einen Seilbahn-Betrieb, sondern da steckt viel mehr dahinter: Es geht um die Gastronomiebetriebe am Berg, um Ganzjahresarbeitsplätze, um ausgewogene Saisonen, um ein tolles Angebot auch im Sommer und letztlich um eine Mitverantwortung für den Tourismus. Die Betriebspflicht im Sommer ist eine gesetzliche Vorgabe, sie ist ernst zu nehmen und einzuhalten. Dafür wollen wir sorgen, da darf es keine Gleichen und Gleichenen geben.

13. Tourismusbetriebe müssen bessere Rahmenbedingungen für Personal schaffen:

Nicht einmal jeder zweite Mitarbeiter im Tiroler Tourismus kommt aus Tirol! Wer, wenn nicht Menschen aus Tirol, sollen Tourismus, Gastfreundschaft, Kulinarik und Lebensgefühl in Tirol vermitteln können? Es ist daher falsch, wenn die Tourismusbranche im Kampf gegen den Personalmangel im Tourismus nach immer mehr ausländischen Arbeitskräften schreit und dafür die Politik unter Druck setzt. In erster Linie sind es aber die Betriebe und Unternehmen selbst, die die Rahmenbedingungen schaffen müssen, um attraktiv für mehr und einheimisches Personal zu werden. Als Politik können wir unterstützend eingreifen, beispielsweise die Kinderbetreuung ausbauen, um mehr einheimische Mitarbeiter für den Tourismus zu finden. Ihre Hausaufgaben muss die Tourismusbranche aber selber machen.

2.8 Asyl, Migration & Integration

Unser Anliegen ist es, in der politischen Debatte endlich Asyl und Zuwanderung auseinanderzuhalten. Wer vor Krieg oder Verfolgung zu uns flieht, sucht um Asyl an und bekommt Schutz. Wer zu uns kommt, um sich ein besseres Leben aufzubauen, der wandert zu und wir entscheiden, ob wir ihm eine neue Heimat bieten können oder nicht.

Eine vernünftige Einwanderungspolitik regelt also den Umgang mit Menschen, die aus anderen Ländern kommen, um sich hier ein besseres Leben aufzubauen. Hier werden wir nicht alle aufnehmen können und wir sollen uns als Staat aussuchen, wen wir aufnehmen können und wen nicht. Kriterien dafür sind, welche Ausbildung und Qualifikation eine Person hat und ob wir diese Arbeitskraft brauchen können. Etwa, weil die Person in einem Mangelberuf arbeitet. Wer zuwandert und Arbeit findet, kann sich ein Dach über dem Kopf leisten kann und sehr bald auf eigenen Füßen stehen. Wir wissen, dass wir mittel- und langfristig zusätzliche Arbeitskräfte brauchen werden.

Selbstverständlich müssen wir uns um die Menschen kümmern, die bei uns Schutz suchen. Sie brauchen eine Unterbringung, eine Beschäftigung, der sie nachgehen können und sie brauchen möglichst rasch Klarheit darüber, ob sie in Österreich und Tirol bleiben dürfen. Die Asylverfahren sind zu beschleunigen.

Der Schlüssel zur Integration von Menschen aus anderen Ländern ist die Sprache. Wenn Menschen Deutsch lernen, finden sie sich in den Gemeinden und am Arbeitsplatz leichter und besser zurecht. Von der einheimischen Bevölkerung werden sie leichter und schneller akzeptiert und integriert. Generell gilt, Integration heißt fordern und fördern.

Letztlich wird vieles in Sachen Asyl, Migration und Integration in Wien entschieden. Was die Unterbringung von Asylsuchenden anbelangt soll Tirol seine Betreuungsquote erfüllen. Von der

Bundesregierung müssen wir nicht nur eine Asylpolitik, sondern vor allem eine vernünftige Zuwanderungspolitik verlangen.

Asyl, Migration & Integration – unsere Ideen & Initiativen:

1. Asylsuchende in Tirol mit Deutschkursen und Bildungsinitiativen unterstützen:

Asylwerber:innen in Tirol brauchen Hilfe zur Selbsthilfe. Ein Schlüssel zu gelungener Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Wenn wir den Menschen diese Unterstützung anbieten, ist diese auch anzunehmen. In der von uns geforderten „3+3 Formel“ für Asylwerber:innen sind 3 Stunden Deutschunterricht pro Tag und 3 Stunden gemeinnützige Arbeit Säulen der Betreuung und Integration. Diese Angebote sind zu schaffen. Die Kapazitäten zur Unterbringung und Betreuung sind dahingehend auszurichten, dass Tirol für eine mögliche weitere Flüchtlingswelle besser als 2015 gerüstet ist.

2. Asylsuchende mit 3 Stunden gemeinnütziger Arbeit pro Tag beschäftigen:

Die zweite Säule unserer „3+3 Formel“ für Asylwerber:innen besteht aus 3 Stunden gemeinnütziger Arbeit pro Tag. Dadurch haben die Asylwerber:innen eine sinnvolle Beschäftigung, kommen mit Einheimischen in Kontakt und können im Idealfall ihre gerade erst gewonnenen Sprachkenntnisse festigen. Entsprechende Angebote sind zu schaffen. Es kann nicht sein, dass Asylwerber:innen den ganzen Tag in ihren Unterkünften verbringen (müssen) und sich langweilen, während genügend gemeinnützige Aufgaben zu erledigen wären.

3. Abschiebung von Asylwerber:innen in Mangelberufen verhindern:

Die Reaktionen aus der Bevölkerung haben uns gezeigt, dass die Abschiebung von engagierten und gut integrierten Menschen auf breite Ablehnung stößt. Regelmäßig löst es besonderes Kopfschütteln aus, wenn Menschen abgeschoben werden sollen, die sich gerade in einer Ausbildung für einen Mangelberuf befinden. Der Fall einer Asylwerberin aus Kamerun, die mitten in ihrer Ausbildung zur Pflegefachassistentin abgeschoben werden sollte, hat die Schiefelage des Asylsystems offenbart. Nicht anders ist es bei Köchen, Kellnern etc. Tirol kann darüber nicht selbst entscheiden, aber sich beim Bund dafür einsetzen.

4. Rot-Weiß-Rot-Karte für Asylwerber:innen, die in Mangelberufen arbeiten wollen:

Das Ausländerbeschäftigungsgesetz gibt vor, dass Menschen eine gewisse Mindestpunktezahl erreichen müssen, bevor sie bei uns arbeiten dürfen. Das gilt unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben wollen und betrifft auch Menschen, die ihre Ausbildung in Österreich absolviert haben. So kann der absurde Fall eintreten, dass jemand in Österreich ausgebildet wird, die sprachlichen Kenntnisse nachweisen kann, in einem Mangelberuf arbeiten möchte und trotzdem nicht genügend

Punkte zusammenbekommt. Gerade für Mangelberufe ist es mittlerweile unumgänglich, diese Kriterien anzupassen und bei entsprechender sprachlicher Eignung eine Rot-Weiß-Rot-Karte auszugeben.

5. Aufenthaltstitel für Asylwerber:innen in Lehre:

Um die oft lange Wartezeit auf den Asylbescheid sinnvoll zu überbrücken, ist es das Beste, eine Ausbildung zu absolvieren. Unabhängig davon, in welcher Berufssparte Asylwerber:innen eine Lehrausbildung beginnen, sollen sie diese auch in Österreich abschließen können. Dafür brauchen wir eine Garantie, denn die Menschen und die Betriebe, bei denen sie lernen, müssen sich darauf verlassen können. Eine Abschiebung soll während der Lehrzeit mit einem Aufenthaltstitel unmöglich werden..

6. Über humanitäres Bleiberecht wieder auf Landesebene entscheiden:

Das humanitäre Bleiberecht auf Landesebene war in der Vergangenheit die letzte Instanz, die es Asylwerbern ermöglicht hat, trotz negativem Asylbescheid im Land zu bleiben. Die Verantwortlichen auf Landesebene haben leider keine Handhabe mehr in dieser Frage und können auch kein humanitäres Bleiberecht für die Betroffenen aussprechen. Dabei wissen die Verantwortlichen auf Landesebene meist wesentlich besser darüber Bescheid, wie gut integriert ein Asylwerber ist. Wir wollen die Möglichkeit des humanitären Bleiberechts wieder als Instrument des jeweiligen Landes ermöglichen.

7. Tiroler Soziale Dienste GmbH (TSD) wieder in den Landesdienst eingliedern:

Wir als Liste Fritz haben die Auslagerung der Flüchtlingsagenden in eine privatwirtschaftliche Gesellschaft von Beginn an kritisiert. In der TSD stecken Millionen an Steuergeld, mit denen sorgsam umzugehen ist. Die TSD und vor allem die engagierten Mitarbeiter brauchen einen Neustart. Die Landesregierung soll sich zu ihrer Aufgabe bekennen und die Flüchtlingsbetreuung endlich wieder in den Landesdienst eingliedern. Das millionenteure Chaos der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass das Modell „ausgelagerte Flüchtlingsbetreuung“ in Tirol gescheitert ist.

8. Flüchtlingsunterbringung – kleine Einheiten statt Großquartiere:

Es ist nachvollziehbar, dass nicht in jeder Kleinstgemeinde Flüchtlinge unterzubringen sind, aber es braucht eine vernünftige Bezirksquote, nach der die Flüchtlinge fair und gerecht aufzuteilen sind. Großquartiere sind und bleiben eine Notlösung, finden vor Ort keine Akzeptanz und schaffen eine spürbare Barriere bei Fragen der Integration. Kleine Einheiten hingegen können dabei helfen, dass Menschen schneller Anschluss vor Ort finden und sich leichter integrieren.

9. Asylverfahren beschleunigen – Menschen Sicherheit und Planbarkeit geben:

Eines der größten Probleme im Asylwesen sind die immer noch viel zu langen Verfahren. Die Menschen, die zu uns flüchten, brauchen Sicherheit und eine Perspektive. Es kann daher nicht sein, dass die Asylverfahren Jahre dauern und die Betroffenen über Jahre in der Luft hängen. Haben sie untätig auf den Asylbescheid gewartet, ist die Zeit vergeudet. Haben sie in dieser Wartezeit aber unsere Sprache gelernt oder eine Ausbildung begonnen und werden sie dann abgeschoben, bricht ihre Welt zusammen. Mit jahrelangen Asylverfahren ist niemandem geholfen und die Bundesregierung muss dieses Problem endlich in den Griff bekommen.

10. Sport schafft Integration – Sportvereine unterstützen:

Neben der Sprache und der Arbeit ist ein weiterer Schlüssel zu gelingender Integration der Sport und Sportvereine. Dort finden Asylwerber:innen in der Regel schnell Anschluss, eine sinnvolle Betätigung und im Idealfall auch viel Spaß. Unterstützung brauchen die Sportvereine vor allem bei der Koordination und bei etwaig auftretenden Problemen. Dafür sollte das Land Tirol mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen sowie eine Koordinationsstelle schaffen.

11. Gesetze einhalten, Werte akzeptieren:

Egal, ob jemand als Asylwerber zu uns flüchtet oder als Zuwanderer auf ein besseres Leben bei uns hofft, für jeden gelten selbstverständlich unsere Gesetze und unsere Werte. So haben Eltern beispielsweise ihre Kinder im Kindergarten und in der Schule zu unterstützen, Respekt vor Lehrpersonen inklusive. Die Missachtung von Frauen und von demokratischen Grundsätzen, religiöser und politischer Extremismus oder Abkapseln in Parallelgesellschaften haben keinen Platz. Straffällig gewordene Asylwerber werden abgeschoben.

2.9 Soziales

Den Menschen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Das war schon immer ein zentraler Antrieb der Liste Fritz. Vielen Menschen in Tirol geht es sehr gut. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch viele Menschen gibt, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Sie sind auf ein starkes Sozialnetz angewiesen und das müssen wir möglichst dicht knüpfen, um diesen Menschen wieder auf die eigenen Beine zu helfen. Fakt ist, dass die Tiroler:innen seit Jahren mit den geringsten Einkommen im Österreich-Vergleich gegen das teuerste Leben und Wohnen ankommen müssen!

Denen helfen, die es brauchen! 127.000 Menschen in Tirol sind armuts- und ausgrenzungsgefährdet, 26.000 Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten! Das sind erschreckende Zahlen und für uns in Tirol ein klarer Auftrag. Als soziales Gewissen setzen wir uns als Liste Fritz im Tiroler Landtag laufend dafür ein, die armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen zu unterstützen. Das Spektrum der Hilfe

geht dabei von Beratung- und Betreuungsleistungen über direkte finanzielle Unterstützungen bis hin zu Sozialtarifen bei Energiekosten.

Soziales Tirol – unsere Ideen & Initiativen:

1. Den Bezieher:innenkreis für Heizkostenzuschuss, Mietzinsbeihilfe, Schulstarthilfe und andere Sozialleistungen erweitern:

Die Einkommensgrenzen für viele Sozialleistungen werden der Realität der Menschen in Tirol vielfach nicht gerecht. Seit Jahren das teuerste Leben und gleichzeitig die geringsten Einkommen, damit haben viele Tiroler:innen zu kämpfen. Wir wollen für die Sozialleistungen die Einkommensgrenzen der Wohnbauförderung heranziehen, damit wir mehr Menschen entlasten können und damit wir endlich auch dem Mittelstand unter die Arme greifen können.

2. Sozialleistungen laufend an Inflation und Teuerung anpassen:

Sozialleistungen verlieren Jahr für Jahr an Wert, weil sie nicht jedes Jahr angepasst werden. Die bisherigen, sporadischen Erhöhungen haben den Wertverlust nicht ausgleichen können. Eine Kopplung an die Inflation verhindert willkürliche Erhöhungen oder deren Verhinderung durch die Politik. In Zeiten hoher Inflation sorgt die automatische Anpassung dafür, dass die Menschen gleich viel für ihr Geld bekommen, wenn sie Sozialleistungen beziehen.

3. Einen Sozialtarif auf Strom und Gas einführen:

Bereits mehrfach haben wir diese soziale Hilfestellung im Tiroler Landtag beantragt. Die Höhe des vergünstigten Sozialtarifs für Strom und Gas soll sich mindestens am vergünstigten Tarif orientieren, den Großkunden aus Industrie und Wirtschaft in Tirol erhalten. Das sind mindestens 20% Vergünstigung auf die geltenden Tarife. Tausende Menschen in Tirol kämpfen darum, sich eine warme Wohnung leisten zu können. Höchste Zeit für einen Sozialtarif..

4. Tirol muss den günstigsten Strompreis in Österreich bieten:

Tirol besitzt einen Schatz, die Wasserkraft. Rund 1.000 Kraftwerke – riesige, große und kleine – gibt es im Land. Das Landesunternehmen TIWAG gehört zu 100% den Tiroler:innen. Es liegt daher auf der Hand, dass die Tiroler Bevölkerung einen unmittelbaren Nutzen von der Energieerzeugung im Land haben muss. Wir verlangen, dass die Tiroler Bevölkerung den günstigsten Strompreis in ganz Österreich erhält. Es darf nicht sein, dass die Tiroler:innen immer stärker mit immer höheren Preisen belastet werden, während Energieunternehmen Millionengewinne machen!

5. Den Stromhärtefonds um 150.000 Euro aufstocken:

Der Stromhärtefonds wird von den Energieversorgungsunternehmen TIWAG, IKB und Energie West befüllt. Der Fonds wird von der AK-Tirol treuhänderisch verwaltet und wird bei Bedarf auf Anfrage seitens der Energieversorgungsunternehmen wieder neu dotiert. Zwischen 2016 und 2021 mussten an die 1.200 Tiroler Haushalte aus diesem Notfonds unterstützt werden. Eine laufende Anpassung und Aufstockung des Stromhärtefonds ist besonders im Hinblick auf die gestiegenen Energieversorgungskosten angebracht. Der einmalige Unterstützungsbetrag aus dem Fonds sollte zudem von 100 auf 150 Euro angehoben werden.

6. Persönliche Budgetberatung für alle ermöglichen:

Tirol ist seit Jahren sündteuer beim Leben und Wohnen. Durch die Teuerung sind immer mehr Tiroler:innen betroffen. Gerade jetzt, wo viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihr Leben finanzieren sollen, sind solche Beratungsleistungen enorm wichtig. Ein sinnvoller Vorschlag der Schuldenberatung Tirol, die eine solche Anlaufstelle gefordert hat. Ziele sind eine Verbesserung im Umgang mit Geld in privaten Finanzfragen, Unterstützung in der Planung von Haushaltsbudgets und Schuldenprävention. Nach dem Motto „Schulden vermeiden ist besser als hintennach Privatkonkurse organisieren“ unterstützen wir die Schuldenberatung Tirol. Sie soll die notwendigen 100.000 Euro mehr Budget vom Land Tirol erhalten.

7. „Housing First“ endlich auch in Tirol etablieren:

Zuerst die Wohnung, dann alles weitere. So lautet der Ansatz von „Housing First“ gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit. In Tirol ist „Housing First“ bisher nur auf Sparflamme angelaufen und im Zug anderer Projekte sind einzelne Wohnungen dafür verwendet worden. Nachdem alleine in Innsbruck mehrere hundert Stadtwohnungen leerstehen und sofort für leistbares Wohnen zur Verfügung stehen, erwarten wir uns mehr Anstrengungen durch die zuständige Soziallandesrätin das Projekt „Housing First“ in Tirol breiter auszurollen.

8. „Care Leaver“ bis zum 21. Lebensjahr weiterbetreuen:

Rund 850 Tiroler Jugendliche wachsen laut Statistik Austria aus unterschiedlichsten Gründen nicht bei ihren Familien auf. Sie leben in Wohngemeinschaften, Pflegefamilien oder Heimen. Mit Beginn der Volljährigkeit endet der Anspruch auf diese Betreuung von einem Tag auf den anderen. Bis zum 21. Geburtstag gibt es derzeit eine Anschlusshilfe, die aber extra beantragt werden muss und nicht immer genehmigt wird. Ein Rechtsanspruch auf eine Weiterbetreuung soll den jungen Menschen den Start in ihr Leben auf eigenen Beinen etwas erleichtern.

9. Gerechtigkeit für die Opfer der Kinderbeobachtungsstation Nowak-Vogl:

Bis in das Jahr 1987 und über einen Zeitraum von über drei Jahrzehnten waren tausende Kinder in der psychiatrischen Kinderbeobachtungsstation der Maria Nowak-Vogl des Landeskrankenhauses Innsbruck untergebracht. Viele von ihnen wurden Opfer von Misshandlungen, sexuellen Erniedrigungen und Medikamentenversuchen. 250 Opfer wurden bis dato entschädigt, mit Entschädigungssumme zwischen 500 Euro und in einem einzigen Fall bis zu 25.000 Euro. Wir als Liste Fritz setzen uns für Menschlichkeit und Gerechtigkeit ein und wollen alle Opfer gleich behandeln, daher soll jedes Missbrauchsoffer 15.000 Euro erhalten. Das kann kein Schadneersatz sein, aber es geht um ein wichtiges politisches Signal zur Übernahme von Verantwortung durch das Land Tirol!

10. Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung:

Die Zahl der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen in Tirol liegt bei knapp 127.000 Menschen. Beinahe jede/jeder Fünfte ist davon betroffen. Erschreckend und gleichzeitig ein Weckruf für die Tiroler Sozialpolitik. Ein Aktionsprogramm gegen Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung soll verschiedene Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung in den Fokus rücken. Kinderarmut in Tirol zu bekämpfen ist uns ein ganz besonderes Anliegen. Kein Kind soll bei uns in Armut leben müssen.

11. Sozialvereine mit ausreichend Budget ausstatten:

Die Tiroler Sozialvereine knüpfen ein wichtiges Netz für Menschen in Bedrängnis und Not. Aber regelmäßig rufen die Tiroler Sozialvereine um Hilfe, wenn es darum geht ein Budget für das kommende Jahr zu erstellen. Die vom Land Tirol zur Verfügung gestellten Mittel werden nicht automatisch jedes Jahr indexiert und an die aktuelle Teuerung angepasst. Die verantwortungsvolle Planung hinsichtlich Personal und machbarer Beratungsleistungen werden so unnötig erschwert. Eine automatische Indexierung und Anpassung an die Inflation sind eine dringend notwendige Absicherung für die wichtige Arbeit dieser Sozialvereine.

12. Sozialökonomische Betriebe zukünftig absichern:

Sozialarbeitsplätze sind Hilfe zur Selbsthilfe, sie bieten den Betroffenen einen Job, ein Einkommen, eine Perspektive und langfristig die Chance wieder im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In den vergangenen Jahren waren diese Arbeitsplätze immer wieder gefährdet, weil der Bund die Finanzierung nicht sichern wollte. So etwas darf nicht wieder passieren. Die Tiroler Landesregierung muss ihren Einfluss in Wien geltend machen und notfalls selbst eine Überbrückungsfinanzierung auf die Beine stellen.

13. Gutscheinsystem für Obdachlose auf ganz Tirol ausrollen:

Gutscheine für den Sozialmarkt statt Bargeld auf die Hand. Dieses System für den Umgang mit Obdachlosigkeit und Betteln haben wir in Innsbruck beantragt und es konnte erfolgreich umgesetzt werden. Damit soll verhindert werden, dass organisierte Gruppen im großen Stil Geld kassieren

können, während jene Menschen auf der Strecke bleiben, die wirklich Unterstützung brauchen könnten. Eine kleine, sinnvolle und menschliche Maßnahme, um obdachlosen und aus Armut bittenden Menschen in Tirol möglichst niederschwellig helfen zu können.

2.10 Arbeit

Mit mehr als 350.000 Beschäftigten sind so viele Menschen in Tirol in Arbeit wie noch nie. In der Industrie, in der Land- und Forstwirtschaft, im Tourismus und Dienstleistungsbereich. Als Selbständige oder Angestellte. In Ein-Personen-Unternehmen, Kleinst- und Kleinbetrieben oder in Großunternehmen. Viele Arbeitsplätze in Tirol hängen am Tourismus und die damit verbundenen Herausforderungen sind nicht immer leicht zu bewältigen. Niedrigere Löhne, Saisonarbeit und zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit. Arbeitszeiten, die oft schwer mit einer Familie vereinbar sind. Das alles sind Themen, welche die Arbeitnehmer:innen in Tirol jeden Tag beschäftigen. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen, vieles wird aber in den jeweiligen Unternehmen entschieden. Ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik sind am Arbeitsmarkt unerlässlich und strategische Entscheidungen können sich langfristig auf vielen Ebenen auswirken.

Wir als Liste Fritz sind aus einer Bewegung zur Arbeitnehmervertretung entstanden und in dieser Tradition schauen wir ganz besonders darauf, dass es den Arbeitnehmer:innen in Tirol gut geht. Damit das gelingt, ist an vielen Stellschrauben zu drehen. Initiativen zum Thema Wohnen, zur Kinderbetreuung, zu Bildung & Ausbildung, zu Anreizen, Förderungen und innovativen Pilotprojekten können sich positiv auf den Tiroler Arbeitsmarkt auswirken. Daher sind viele Initiativen auch in anderen Themenbereichen zu finden und nicht nur beim Themenblock „Arbeit“.

Arbeit – unsere Ideen & Initiativen:

1. Pilotprojekt „Jugendbildungszentrum“ in Tirol entwickeln:

Im Jahresdurchschnitt sind in Tirol rund 1.600 junge Menschen unter 24 Jahren arbeitslos. Ein Jugendbildungszentrum kann Sprungbrett und Bindeglied für junge Menschen auf der Suche nach Arbeit sein. Das Angebot richtet sich an Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren. In Niederösterreich gibt es bereits sieben solcher Zentren, die von AMS und EU zusätzlich gefördert werden. Individuelle Betreuung, eine Eignungsanalyse, sozialpädagogische Begleitung und ein großes Kursangebot zeichnen dieses Projekt dort aus. Wir wollen Gutes nach Tirol bringen, weshalb die Landesregierung ein entsprechendes Pilotprojekt „Jugendbildungszentrum“ einführen soll.

2. Umstieg in einen Handwerksberuf erleichtern – Anreizbonus für Spätberufene:

Neben der Pflege-Branche ist es vor allem das Handwerk, das Quereinsteiger gezielt sucht. Und immer wieder findet. Zum einen wirkt das gegen den Fachkräftemangel. Zum anderen auch gegen den

Nachwuchsmangel. Ein beruflichen Neustart in höherem Alter oder mit entsprechender familiärer Situation ist nicht einfach, gerade finanziell. Mit einem Lehrlingslohn von einigen hundert Euro im Monat lassen sich keine Wohnung und sonstige Alltagskosten eines erwachsenen Menschen und dessen Familie finanzieren. Ein Anreizbonus in Form eines Stipendiums setzt genau da an und entlastet die Menschen, die das Handwerk spät für sich entdecken.

3. Leistung muss sich wirklich lohnen – nicht nur in Sonntagsreden:

Leistung muss sich lohnen. Stimmt. Aber das trommeln ausgerechnet jene, die in Regierungsverantwortung das Gegenteil davon machen! Im aktuellen Steuer- und Abgabenvergleich der 38 OECD-Länder weist Österreich die dritthöchste Quote auf. Die ÖVP hat in den Jahren, in denen sie in der Regierung ist, entgegen ihrer eigenen Forderung aber eine leistungsfeindliche Politik gemacht. Immer mehr Tiroler:innen arbeiten Teilzeit, immer öfter lohnt sich Vollzeitarbeit nicht. Damit sich Leistung in Tirol lohnt, muss Vollzeitarbeit entlastet werden. Zudem wollen wir mehr Menschen aus der Teilzeit in die Vollzeit bringen, etwa mit verbesserter Kinderbetreuung, und auch arbeitenden Pensionisten entlasten.

4. Arm trotz Arbeit – Initiativen setzen und Armut bekämpfen:

Mehr als 25.000 Tiroler:innen gelten als „working poor“! Sie gelten als arm, obwohl sie arbeiten! Ein Grund: Während die Menschen im Österreich-Durchschnitt ca. 35 Prozent des Einkommens fürs Wohnen ausgeben, müssen die Menschen in Tirol mit 42 Prozent am meisten fürs Wohnen beiseitelegen. Kein Wunder, dass viele armutsgefährdet sind, obwohl sie arbeiten. Die Teilzeitquote ist zu hoch, weil viele Tiroler:innen noch Betreuungspflichten erfüllen müssen. Für Kinder oder alte Menschen. Die Liste Fritz setzt sich deshalb unter anderem vehement für den Ausbau der Kinderbetreuung, für mehr Unterstützung für pflegende Angehörige und für eine wertschätzende Bezahlung der jeweiligen Arbeitskräfte ein. Wohnen günstiger machen bedeutet auch den Ausverkauf Tirols zu verhindern.

5. Mehr Frauen in Führungspositionen – Tiroler Landesunternehmen haben Vorbildfunktion:

Ein Großteil der Führungspositionen in Wirtschaftsunternehmen sind nach wie vor männlich besetzt. Auch in den Landesunternehmen und den Betrieben, an denen das Land Tirol beteiligt ist, sieht das nicht viel besser aus. Dabei wollen wir, dass die Landesunternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und die Chancen für die vielen kompetenten Frauen in Tirol erhöhen, damit sie eine Spitzenposition bekommen. Leider sind diese Jobs in der Vergangenheit zu oft im ÖVP-Postenschacher versunken. Für die Liste Fritz gilt deshalb „Kannst du was, nicht kennst du wen?“.

6. Einstieg und Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtern:

Aktive Frauenpolitik unterstützt Frauen vor allem auch dann, wenn es darum geht wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Nach längerer Abwesenheit, etwa durch eine Karenzierung, müssen wir den Frauen Beratungs-, Coaching- und Mentoringprogramme zur Verfügung stellen, damit sie möglichst rasch und möglichst niederschwellig den Weg zurück zum Alltag im Job finden.

7. Arbeiten in der Pension – Anreize setzen statt Arbeitswillige benachteiligen:

Viele Tirolerinnen und Tiroler könnten sich vorstellen, über ihre Pension hinaus nebenbei zu arbeiten. Mit der zusätzlichen Besteuerung auf den Zuverdienst rechnet sich das allerdings für die wenigsten Menschen und macht den Arbeitsmarkt für bereits pensionierte Arbeitnehmer:innen nicht attraktiv genug. In den kommenden Jahren gehen geburtenstarke Jahrgänge in Pension und der Arbeitsmarkt wird diese Lücken so schnell nicht füllen können. Aus diesem Grund und weil wir das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen schätzen, verlangen wir Anreize fürs Arbeiten in der Pension und ein Ende dieser ungerechten, doppelten Besteuerung.

8. Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz stärken – Arbeitsschutz ausbauen:

Gesundheit beginnt bei Prävention und Prävention spielt am Arbeitsplatz eine wichtige Rolle. Schließlich verbringen wir viel Zeit an unserem Arbeitsplatz. Betriebliche Gesundheitsprogramme, Evaluierung und Verbesserung von ergonomischen Rahmenbedingungen durch Beratung vor Ort oder ein Fokus auf das Thema Hitze am Arbeitsplatz. Schaffen wir Anreize, damit Unternehmen diese Themen ernst nehmen und sich verstärkt um Gesundheitsprävention kümmern.

9. Coachingangebote für Lehrlinge und Lehrbetriebe ausbauen:

Tirol muss nicht jedes Rad neu erfinden, erfolgreiche Ideen aus anderen Bundesländern wollen wir nach Tirol holen. So hat das Land Steiermark ein Coaching- und Beratungsservice für Lehrlinge und Lehrlingsbetriebe aufgebaut. Sowohl die Lehrlinge selbst, als auch deren Betriebe können sich dort beraten lassen und bekommen Hilfe bei allen Herausforderungen in der Lehrlingsausbildung. Eine solche Beratungsstelle wollen wir auch in Tirol schaffen.

10. Plattform für Ausschreibungen im öffentlichen Dienst:

Ausschreibungen für Stellen im öffentlichen Dienst finden sich nicht gesammelt auf einer übersichtlichen Plattform. Ein Nachteil für die potenziellen Arbeitnehmer:innen, als auch für den jeweiligen Arbeitgeber. Stellenausschreibungen durch das Land Tirol, die Gemeinden und für landes- und gemeindenahen Gesellschaften sollen zukünftig zentral eingesehen werden können, um dieses Potenzial nicht ungenutzt zu lassen. Diese Stellen weiterhin zusätzlich in Medien und auf Jobportalen auszuschreiben, kann eine sinnvolle Ergänzung sein.

11. Lebenslanges Lernen fördern:

Kurs- und Weiterbildungsangebote richten sich oft an Menschen, die voll im Berufsleben stehen. Das Förderangebot ist auch auf diese Zielgruppe angepasst. Lebenslanges Lernen kann aber über das reine Berufsleben hinausgehen. Lebenslanges Lernen kann für ältere Menschen bedeuten, dass sie gesellschaftlichen Anschluss haben oder sich ihre Selbstständigkeit möglichst lange bewahren können. Die Angebote und Fördermittel sollten daran angepasst werden und den Menschen die Möglichkeit geben, wirklich ein Leben lang lernen zu dürfen.

2.11 Jugend & Senioren

Die Interessen von jungen und älteren Menschen gleichermaßen im Blick zu haben muss unser Ziel sein. Wir wollen die Generationen verbinden und allen Menschen in Tirol das Leben so zufriedenstellend wie möglich gestalten. Politik für junge Menschen dreht sich meist um die Themen Bildung, Mobilität, Wohnen, Digitalisierung und Sport. Politik für ältere Menschen dreht sich meist um medizinische, pflegerische oder finanzielle Belange, wenn es etwa um ihre Pension geht. Das ist alles nicht falsch, aber es wird dem Generationendialog nicht einmal im Ansatz gerecht. Politik für junge und alte Menschen muss sich in erster Linie um die Teilhabe am sozialen Miteinander drehen. Wo müssen wir junge Menschen abholen, damit sie sich besonders gut entfalten können? Wo müssen wir die älteren Menschen mehr einbinden, damit sie ein aktives Altern im Kreise vieler gleichgesinnter Menschen genießen können? Das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen sollten.

Bei vielen Ideen und Initiativen in diesem Bereich sind wir auf den Bund angewiesen oder brauchen externe Kooperationspartner, wie Vereine. Die Hebel, die wir in Tirol selbst in Bewegung setzen können, sollten wir in Bewegung setzen und dann nicht davor zurückschrecken, den Bund an seine Aufgabe zu erinnern und Initiativen auch von der Bundesregierung einzufordern.

Jugend & Senioren – unsere Ideen & Initiativen:

1. Semesterticket Tirol auch für Studierende über 27 Jahre anbieten:

In den Genuss des vergünstigten Studierendentickets kommen Studierende nur, wenn sie jünger als 27 sind. Alle älteren Studierenden müssen den vollen Preis für das Klimaticket Tirol zahlen. Bei „günstigem Studienerfolg“ und einem Nachweis von mindestens 15 ECTS-Punkten pro Semester soll das vergünstigte Studierendenticket in Zukunft auch für Studierende über 27 Jahre zur Verfügung stehen.

2. Dem Netzwerk „Age friendly Cities and Communities“ der WHO beitreten:

Die Initiative „Age friendly Cities and Communities“ ist ein Netzwerk der Weltgesundheitsorganisation. Mehr als 1.000 Städte sind dem Netzwerk bereits beigetreten und verpflichten sich damit, besonders auf die Bedürfnisse älterer Menschen zu achten. Konkrete Verpflichtungen sind nicht daran geknüpft, es geht vor allem um die Vernetzung untereinander und darum, voneinander zu lernen. In Österreich ist bisher nur Wien beigetreten. Wir wünschen uns, dass Tiroler Städte diesem Beispiel folgen.

3. Jungen Menschen Platz zur Entfaltung bieten – konsumfreie Räume für junge Menschen schaffen:

Am Beispiel Innsbruck sieht man, wie wichtig konsumfreie Räume für junge Menschen sind. Innsbruck hat als größte Stadt Tirols zu wenige davon und das merkt man auf den Straßen der Landeshauptstadt. Die versuchte Problemlösung über Alkoholverbote in der Öffentlichkeit führt nur zu einer Verdrängung und Verlagerung des Problems. Für ganz Tirol gilt, dass junge Menschen mehr konsumfreie Räume zur Freizeitgestaltung brauchen. Das trifft auf städtische Lebensräume ebenso zu, wie auf Dörfer und Gemeinden, die zumindest ein Jugendzentrum oder ähnliches anbieten sollten.

4. Offene Jugendarbeit in Tirol ausbauen:

Jugendarbeit passiert in Tirol immer noch klassisch in Schulen und Vereinen. Die offene Jugendarbeit ist ein wichtiges Ergänzungsangebot, dass sich vor allem an junge Menschen richtet, die nicht Mitglied in einem Verein sein wollen und den offenen, niederschweligen Zugang zu solchen Angeboten brauchen. Die Angebote können vielfältig sein, sowohl stationär als auch temporär in Form von offenen Veranstaltungen. Offene Jugendarbeit kann eine wichtige Rolle bei der Integration spielen.

5. Suchtprävention und Jugendschutz ausbauen:

Das Netzwerk zur Suchtprävention in Tirol muss engmaschiger werden und bereits früh genug ansetzen, damit spätere „Suchtkarrieren“ frühzeitig verhindert werden können. Neben einer entsprechenden finanziellen Ausstattung der zuständigen Vereine, muss die aktive Arbeit zur Suchtprävention auch in den Schulen weiter ausgebaut werden. Neben niederschweligen Anlaufstellen braucht es auch das aktive Zugehen auf die jungen Menschen, um sie vor der Sucht zu bewahren. Der Jugendschutz sollte in einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Bundesländer koordiniert werden, damit nicht weiterhin in jedem Bundesland andere Regeln gelten.

6. Antragstellungen für Förderungen online und offline anbieten:

Eine Förderung beim Land Tirol zu beantragen ist für viele Menschen eine große, bürokratische Herausforderung. Es ist erfreulich, dass viele Behörden ihre Dienste mittlerweile online anbieten und die Menschen nicht mehr zwingend den Behördenweg selbst gehen müssen. Für ältere Menschen kann das allerdings zur zusätzlichen Herausforderung werden, besonders dann, wenn, manche Förderungen

nur mehr online beantragt werden können. Das darf nicht sein, ältere Menschen und Menschen, die sich mit den Onlinediensten schwer tun, müssen weiterhin die Möglichkeit haben, Anträge für Förderungen in analoger Form zu stellen.

7. Kinder- und Jugendanwaltschaft mit ausreichend Personal ausstatten:

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft in Tirol ist eine wichtige Anlaufstelle für junge Menschen, wenn es um ihre Rechte oder aber auch um Gewaltschutz geht. Durch die vielen Krisen und Probleme der vergangenen Jahre ist die Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft nicht weniger geworden. Deshalb ist es wichtig, die Kinder- und Jugendanwaltschaft mit ausreichend, vor allem juristisch geschultem, Personal auszustatten, um das enorme Beratungs- und Informationspensum stemmen zu können.

8. Netzwerk gegen Einsamkeit im Alter aufbauen:

Immer mehr Menschen werden immer älter. Immer mehr Menschen werden aber auch alleine alt und das kann für diese zur Einsamkeitsfalle werden. Wir wollen vor allem die aktive Teilhabe in Vereinen, die Arbeit von Freiwilligeninitiativen und die digitale Teilhabe weiter ausbauen, um zu verhindern, dass sich Menschen im Alter der Einsamkeit ausgesetzt sehen. Unser Ziel ist es, Orte der Begegnung und Vernetzung zu schaffen und den Menschen ein soziales Netz zu bieten.

9. Weiterbildung auch im Alter – Kursangebot speziell für ältere Menschen:

Lebenslanges Lernen soll in Tirol nicht nur eine Floskel bleiben sondern vor allem auch für die älteren Menschen möglich sein. Gemeinsam mit Volkshochschulen und anderen Kursanbietern könnte das Land Tirol ein speziell gefördertes Kursangebot für ältere Menschen hervorbringen. Für die älteren Bürgerinnen und Bürger eine Win-Win-Situation, weil sie geistig fit bleiben, aktiv Zeit mit anderen verbringen und so den Anschluss an die Gesellschaft nicht so schnell verlieren. Damit Kurskosten nicht zum Ausschlussgrund werden, braucht es dafür auch finanzielle Unterstützung.

10. Junge Menschen politisch einbinden – Jugendlandtag und Jugendgemeinderat umsetzen:

Was in anderen Bundesländern bereits seit Jahren wunderbar funktioniert, kann auch für Tirol nicht falsch sein. Ein Jugendlandtag – zumindest einmal im Jahr – soll junge Menschen für Politik interessieren, ihnen das politische Handwerk näherbringen und sie damit auch für die Zukunft an den politischen Prozess gewöhnen. Zusätzlich sollten auch die Gemeinderäte aufgefordert werden, selbst Initiativen zu setzen und immer wieder Jugendgemeinderäte oder Jugendforen in den Gemeinden abzuhalten.

2.12 Frauen, Gleichbehandlung & Inklusion

Der Wille ist erkennbar, aber von echter Gleichbehandlung sind wir in Tirol noch meilenweit entfernt. Frauen hinken beim Einkommen immer noch weit hinter ihren männlichen Kollegen hinterher. Die Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeit wird nach wie vor mehr von Frauen als Männern übernommen. Ähnlich sieht es bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung aus. Ein möglichst barrierefreies Leben sollten wir ihnen ermöglichen und somit sicherstellen, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Auch hier erfüllen wir viele Ziele noch nicht. Vieles geht nicht von heute auf morgen und ist einem kontinuierlichen Prozess des Fortschritts und Wandels unterlegen, das ist auch uns bewusst. Aber in Tirol geht dieser Fortschritt nicht nur in zu geringer Geschwindigkeit voran, sondern vielfach fehlt es einfach an Ideen und Initiativen, die drängende Problem rascher lösen könnten.

Wir als Liste Fritz sind davon überzeugt, dass Tirol sowohl in der Frauen und Gleichbehandlungspolitik, als auch bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung mehr leisten kann, als es bisher der Fall war. Wir erwarten uns hier einen Kraftakt, damit endlich ein Ruck durch Tirol geht und viele Herausforderungen der Vergangenheit angehören.

Frauen, Gleichbehandlung & Leben mit Behinderung – unsere Ideen & Initiativen:

1. Frauenhäuser und Notschlafstellen für Frauen ausbauen:

Die Plätze in Frauenhäusern und Notschlafstellen für Frauen in Tirol sind seit Jahren zu gering. Der Ausbau und Neubau von entsprechender Infrastruktur verläuft schleppend und ist angesichts der erschreckenden Zahlen zur Gewalt gegen Frauen in Österreich nicht akzeptabel. Wir erwarten uns dahingehend mehr Anstrengung und mehr Tempo, damit endlich ausreichend Plätze in Frauenhäusern und Notschlafstellen für Frauen zur Verfügung stehen. Eine Versorgung in allen Tiroler Bezirken ist sicherzustellen.

2. Gleiches Geld für gleiche Arbeit – Frauen endlich besser bezahlen:

Eine Forderung für die verschiedenste Hebel auf allen Ebenen in Bewegung gesetzt werden müssen. Die Politik schafft die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, auch in Tirol. Und diese Rahmenbedingungen sind mitverantwortlich dafür, dass die Lohnschere zwischen Männern und Frauen immer noch weit auseinanderklafft. Ein wichtiger Schlüssel ist der Ausbau der Kinderbetreuung. Die Liste Fritz fordert daher seit Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz! Aber wir müssen auch aktiv Bewusstsein schaffen und Schranken durchbrechen. Klassische Frauen- und Männerberufe sind ein Konstrukt aus der Vergangenheit und Mitschuld an der Lohnungleichheit.

3. Sinnvolles Modell zum Pensionssplitting auf Schiene bringen:

Für die Jahre der Kindererziehung können Männer und Frauen ihre Gutschriften am Pensionskonto teilen. Wie hoch diese Teilgutschriften ausfallen und ob die Pension für diese Jahre geteilt wird ist derzeit freiwillig. Das derzeitige Modell ist noch nicht ausgereift genug, um Altersarmut vor allem bei Frauen zu verhindern und den Gender-Pay-Gap zu schließen. Hier braucht es ein kluges Anreizsystem und ein gutes Modell zum automatischen Pensionssplitting, das Frauen im Alter wirklich etwas bringt.

4. Lebensleistung bei Pension einbeziehen – Altersarmut beenden:

Neben einer ordentlichen Lösung beim Pensionssplitting wäre es längst überfällig, dass Familien-, Betreuungs- und Pflegezeiten für die Pension miteinbezogen werden können. Care-Arbeit ist ebenfalls Arbeit und sollte nicht freiwillig und unbezahlt verrichtet werden müssen. Um Altersarmut, vor allem für Frauen, bestmöglich verhindern zu können, muss die Bundesregierung eine Möglichkeit finden, diese Zeiten der Care-Arbeit besser in die Pensionszeitenregelung einfließen zu lassen.

5. Gewalt an Frauen – Notrufnummern und Notrufkennwörter niederschwellig bekanntmachen:

In Niederösterreich werden Notrufnummern für Frauen auf Milchpackungen gedruckt. Solche Milchpackungen werden nämlich täglich von bis zu sechs verschiedenen Menschen in die Hand genommen. Andere Bundesländer drucken die Nummern auf Konzert- und Veranstaltungstickets. Spezielle Kennwörter, um auf Gewalt hinzuweisen und Hilfe anzufordern, wie etwa „Luisa ist hier!“ oder „Ich muss zu Dr. Viola“ müssen noch bekannter werden und sollten niederschwellig bekanntgemacht werden.

6. Heimweg für Frauen sicherer machen - Heimwegtelefon in Tirol einrichten:

In Graz, Salzburg und anderen Städten funktioniert dieses Service bereits, auch auf dem Oktoberfest können sich Frauen jedes Jahr telefonisch nach Hause begleiten lassen. Das schafft Sicherheit und im Falle einer Gefahrenlage kann die Person sofort lokalisiert werden. Meist reicht es allerdings schon aus, wenn die Person telefoniert, um potenzielle Gefahren abzuwenden.

7. Gewaltschutzambulanz auch für den Westen Österreichs einrichten:

In den geplanten Gewaltschutzambulanzen sollen Verletzungen nach Gewalt dokumentiert werden und Spuren gesichert werden. Diese Befunde sollen dann im Zuge von Gerichtsprozessen als Beweise verwendet werden können. Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt erhalten dort die Möglichkeit, sich rund um die Uhr kostenlos und verfahrensunabhängig untersuchen zu lassen. Laut Planungen des Bundes sollen solche Ambulanzen in Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten zur Verfügung stehen. Im Westen Österreichs braucht es dringend auch eine solche Einrichtung zum Gewaltschutz.

8. Lohn statt Taschengeld für Menschen mit Behinderung:

Menschen mit Behinderungen leisten sowohl am ersten Arbeitsmarkt als auch in Werkstätten wertvolle Arbeit. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass jemand, der einer Erwerbsarbeit nachgeht, dafür gerecht entlohnt wird. Dies gilt nicht für Menschen mit Behinderung. Die Bundesregierung hat im Frühjahr 2024 zwar einen ersten Schritt gemacht, das ist jedoch noch viel zu wenig. Dauerhaft dürfen keine anderen Regelungen für arbeitende Menschen mit Behinderung gelten.

9. Pilotprojekt „Stille Stunde“ in Supermärkten auch in Tirol einführen:

In sieben Bundesländern gibt es sie bereits, nur in Tirol und Vorarlberg noch nicht. Die „Stille Stunde“ für ein Einkaufen in Ruhe, bei gedimmtem Licht und mit reduziertem Geräuschpegel soll vor allem reizempfindlichen Menschen den Einkauf im Supermarkt erleichtern. Schätzungen zufolge gibt es in Tirol ca. 15.000 Menschen mit Autismus, für die eine „Stille Stunde“ im Supermarkt wichtig wäre. Die Landesregierung soll mit den Supermärkten in Kontakt treten und sich für ein Pilotprojekt zur „Stillen Stunde“ auch in Tirol stark machen.

10. Barrierefreiheit im Alltag – offline und online:

Barrierefreiheit hat für Menschen mit Behinderung viele Facetten. Für Menschen mit Sehbehinderung sind es taktile Leitelemente an Kreuzungen, Gehsteigen, aber auch in öffentlichen Gebäuden, die ihnen helfen. Für Menschen im Rollstuhl sind es Rampen, Lifte und andere Hilfsmittel um Niveauunterschiede zu überwinden. Aber nicht nur im täglichen Leben, sondern auch im Internet gibt es vielfältige Behinderungen. Der Abbau dieser Hindernisse soll ein ständiges Bestreben sein.

11. Bus & Bahn barrierefrei für alle Menschen:

Barrierefreiheit im Alltag beginnt für Menschen mit Behinderung ganz oft bei der Mobilität. Selbstständig von A nach B kommen ist für viele eine Herausforderung, weil Barrierefreiheit in Bus & Bahn nur teilweise umgesetzt sind. Bei der Bestellung neuer Garnituren ist daher besonders auf Barrierefreiheit zu achten. Bei den Haltestellen, Bahnhöfen und Einstiegen ist eine Infrastrukturoffensive zur Verbesserung der Barrierefreiheit dringend notwendig, weil noch immer nicht alle Haltestellen ausreichend barrierefrei sind.

12. Peer Begleitung als Arbeit anerkennen und Buddy Projekte fördern:

Professionelle Peer-Arbeit, in Form von Peer-Beratung, Genesungsbegleitung und Peer-Lehre soll Eingang ins Tiroler Teilhabegesetz finden und als vollwertige Tätigkeitsform anerkannt werden. Buddy-Projekte für Menschen mit Behinderung sollten ausgebaut und speziell gefördert werden, damit sich mehr Menschen dafür interessieren und diese Projekte unterstützen.

13. Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente in leichter Sprache:

Behördenwege können für Menschen mit Behinderung durch viele Barrieren erschwert werden. Eine davon ist die komplizierte Amtssprache, die in vielen Dokumenten zur Anwendung kommt. Ein Rechtsanspruch auf Dokumente in leichter Sprache soll diesem Problem entgegenwirken und Behördengänge für Menschen mit Behinderung erleichtern.

2.13 Bildung & Schule

Die Verantwortung für bildungs- und schulpolitische Entscheidungen ist eine komplizierte Schnittmenge zwischen Land und Bund. So wenig Einfluss, wie es oft suggeriert wird, hat das Land Tirol bei bildungspolitischen Weichenstellungen allerdings nicht. Besonders im Pflichtschulbereich und was die Gebäudeinfrastruktur angeht, hat das Land Tirol erhebliches Mitbestimmungsrecht und das sollte auch sinnvoll für unsere Kinder und Jugendlichen genützt werden. Schließlich sind Bildung und Ausbildung essentielle Bausteine im Leben unserer nachkommenden Generationen. Mit einer zukunftsweisenden Bildungspolitik können wir die Weichen dafür stellen, dass die Kinder und Jugendlichen in Tirol bestmögliche Rahmenbedingungen vorfinden, um ihre Schullaufbahn zu ihrem Vorteil nützen zu können.

Dabei geht es vor allem darum, die Bildungsungleichheit schrittweise abzubauen und allen Kindern die gleichen Chancen ermöglichen zu können. Das gelingt uns mit speziellen Förderungen in finanzieller und personeller Hinsicht. Aber auch eine moderne Schulinfrastruktur trägt dazu bei, dass sich die Kinder und Jugendlichen entfalten können. Gemeinsam mit der Bundesregierung muss das Land Tirol alle Hebel in Bewegung setzen, um unser Schulsystem endlich ins 21. Jahrhundert zu bringen und die Reformrückstände der vergangenen Jahrzehnte aufzuholen.

Bildung & Schule – unsere Ideen & Initiativen:

1. Landesförderung für Kinder mit Lernstörungen:

Kinder mit Lernstörungen haben eine spezifische Beeinträchtigung beim Erwerb des Lesens, Schreibens oder Rechnens trotz normaler bis überdurchschnittlicher Intelligenz. Eine Therapie ist für viele Familien in Tirol schwer zu finanzieren, weshalb wir eine Förderung für diese Familien umsetzen wollen.

2. Sonderpädagogischer Förderbedarf (SPF) – mehr Personal, mehr Stunden:

Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) bekommen je nach Bedarf zusätzliche Stützlehrpersonen an die Seite gestellt, um dem regulären Unterricht besser folgen zu können bzw. Inhalte in der Schule gesondert zu erarbeiten. Das Stundenausmaß dafür ist derzeit meist

überschaubar und deckt nur wenige Unterrichtsstunden in der Woche ab. Hier braucht es dringend mehr ausgebildetes Personal und in der Folge mehr bewilligte Stunden zur speziellen Förderung.

3. Pflichtgegenstand „Bildungs- und Berufsorientierung“ in allen Schultypen einführen:

Das Unterrichtsfach „Bildungs- und Berufsorientierung“ ist derzeit hauptsächlich an Mittelschulen als verbindliche Übung in der 3. Klasse bzw. 7. Schulstufe implementiert. Die Entscheidung über den weiteren Weg in der Bildungs- und Ausbildungslandschaft kann für Schüler:innen und Eltern eine besondere Herausforderung darstellen. Deshalb sollten alle Schüler:innen der 7. und 8. Schulstufe aller Schultypen in den Genuss eines Pflichtgegenstands „Bildungs- und Berufsorientierung“ kommen.

4. Pflichtgegenstand „Digitale Grundbildung“ in der Volksschule einführen:

Die Nutzung digitaler Medien nimmt enorm zu, vor allem bei jungen Menschen im Alter bis zu 10 Jahren. Ebenso überschlagen sich die Angebote im Bereich „Gaming“ und es werden soziale Medien in der Anzahl und im Angebot immer umfangreicher. Die Inhalte nehmen im exponentiell rasanten Tempo zu, dementsprechend wird auch die Verfügbarkeit und die Nachvollziehbarkeit vertrauenswürdiger Quellen erschwert. Aus diesem Grund sollte der Unterricht im Bereich „digitale Grundbildung“ schon frühzeitig beginnen. Am besten soll bereits in der dritten, verbindlich spätestens ab der vierten Klasse der Volksschule mit der digitalen Grundbildung begonnen werden. Mindestens eine Wochenstunde soll verpflichtend im Lehrplan verankert werden.

5. Tirols Schulen besser ausstatten:

Gerade in der Coronakrise hat sich gezeigt, dass die Schulen den Sprung ins digitale Zeitalter noch nicht überall und noch nicht ausreichend geschafft haben. Klassenräume müssen mit ausreichend modernen Unterrichtsmitteln, einer smarten Tafel oder anderen Möglichkeiten zur smarten Vernetzung ausgestattet werden. Dafür braucht es einerseits die bestmögliche Infrastruktur, andererseits aber auch ausreichend geschultes Lehrpersonal dafür.

6. Gewährung von Schulassistenten darf nicht ausschließlich von Familienbeihilfe abhängen:

Schulassistent:innen werden zur Unterstützung bei täglichen Anforderungen, zur Unterstützung bei der Basisversorgung, zur Unterstützung bei schulischen Anforderungen, zur Unterstützung bei empfohlenen therapeutischen Maßnahmen, zur emotionalen Unterstützung und zur Stärkung der Persönlichkeit herangezogen. In Tirol wird als Hauptkriterium die Zuerkennung einer erhöhten Familienbeihilfe herangezogen. Wird gutachterlich festgestellt, dass die Leistung herabgesetzt wird, dann kann das betroffene Kind die Schulassistenten nicht mehr in Anspruch nehmen. Dies ist auch dann der Fall, wenn die behandelnden Ärzt:innen des Kindes keine Verbesserung des Zustandes erkennen

können. Das ärztliche Attest, das eigentlich ein Hauptkriterium für die Zuerkennung ist, wird bisher außer Acht gelassen.

7. Förderung von Schulgärten in Volks- und Mittelschulen Tirols:

Schulgärten bieten vielfältige Lernanlässe und sind in der gemeinsamen Betreuung zwischen Schüler:innen und Lehrpersonen ein gelungenes Anwendungsbeispiel für Sozial-, Fach-, Methoden- und Selbstkompetenz. Es gibt verschiedene Möglichkeiten Schulgärten anzulegen und zu nützen. Im Vordergrund steht immer die Bildung zur Nachhaltigkeit und zu Umwelt- und Naturschutz. Andere Länder fördern das Anlegen von Schulgärten bereits seit Jahren. Tirol sollte sich diesen Initiativen anschließen und Schulgärten fördern.

8. Luftfilter- und Belüftungsanlagen in allen Schulen installieren:

Während der Coronapandemie waren die Luftfilter- und Belüftungsanlagen in unseren Schulen immer wieder Thema. Mittlerweile ist die Diskussion darüber wieder eingeschlafen und moderne Anlagen sind in den wenigsten Schulen verbaut worden. Dabei wäre die Installation solcher Anlagen eine sinnvolle Investition in mehrerlei Hinsicht. Nicht nur für die Filterung von Krankheitserregern sondern vor allem für eine stetige Kontrolle der CO₂-Levels in den Klassenzimmern, die tendenziell immer zu hoch ist und durch ausreichend Frischluftzufuhr bekämpft werden sollte.

9. Konzept Schulstraße sinnvoll erweitern:

Was in Südtirol bereits Standard vor Schulgebäuden ist, sollte in Tirol auch weiter ausgerollt werden. In unmittelbarer Umgebung der jeweiligen Schulgebäude ist das Fahren mit motorisierten Fahrzeugen zu Stoßzeiten von Schulbeginn am Morgen und Schulschluss am Nachmittag verboten, die Schüler:innen können sicher zu Fuß zu den öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu den Fahrzeugen ihrer Eltern gelangen, die mit etwas Abstand zur Schulstraße auf ihre Kinder warten können. Das erhöht die Sicherheit von Schulkindern erheblich.

10. Angebot an Ganztageschulen in Tirol ausbauen:

Unterricht, Hausaufgaben, Freizeit und Sport. Und danach ist frei! Damit entlasten wir die Kinder von den organisatorischen Aufgaben und auch die Eltern sind nicht mehr Nachhilfelehrer. Viele Eltern müssen einer Vollzeitarbeit nachgehen, um sich das teure Leben in Tirol leisten zu können. Für sie wäre die Ganztageschule eine Entlastung. Aber auch die Kinder werden entlastet, weil sie die Aufgaben nicht mit nach Hause nehmen müssen.

11. Politische Bildung als Pflichtfach ab der 7. Schulstufe einführen:

Wer wählen darf, braucht Wissen: Wir wollen Politische Bildung als Pflichtfach ab der 7. Schulstufe verankern und Pilotprojekte zur Steigerung des politischen Interesses – wie beispielsweise das in Deutschland bereits seit Jahren erprobte Projekt „Juniorwahl“ – fördern. Als „Anhängsel“ im Unterricht für Geschichte und Sozialkunde ist politische Bildung nicht mehr zeitgemäß. Zu wichtig sind die Entscheidungen, zumal die Verantwortung junger Menschen seit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre deutlich gestiegen ist.

12. Kostenlose Nachhilfe für finanziell schwächer gestellte Familien gewährleisten:

Home Office und Heimunterricht haben uns in den vergangenen Jahren gezeigt, wie wichtig Nachhilfe und Betreuung für Kinder und Jugendliche ist, deren Eltern nicht die Zeit und nicht die Ressourcen haben, mit ihnen zu Lernen oder ihnen bei Schulaufgaben zu helfen. Vor allem finanziell schwächer gestellte Familien können sich das nicht immer leisten, weshalb Angebote zur kostenlosen Nachhilfe dringend notwendig sind.

13. Tägliche Turnstunde endlich umsetzen:

Seit Jahrzehnten wird darüber diskutiert und die Zuständigkeit zur Verteilung der Stundentafeln liegt beim Bund. Aber ausreichend Bewegung ist eine Investition in die Zukunft und die tägliche Turnstunde ein längst überfälliges Instrument, um unsere Kinder und Jugendlichen körperlich zu fördern. Die Folgekosten unsportlicher und ungesunder Kinder und Jugendlicher sind enorm, weshalb eine Investition in die tägliche Turnstunde eine wesentliche Maßnahme zur Prävention von Folgeerkrankungen ist, die langfristig das Gesundheitssystem entlastet.

14. Mehr Flexibilität in der schulischen Tagesbetreuung:

Derzeit müssen Kinder, die für die schulische Tagesbetreuung angemeldet sind, auch dann bis 16 Uhr in der Schule bleiben, wenn die Eltern an diesem Tag die Betreuungsleistung selber übernehmen könnten. Es besteht keine Möglichkeit zur Flexibilität, was für Schulleiter:innen, Eltern und Kinder höchst unzufriedenstellend ist. Bei der Hortbetreuung, die nicht in allen Gemeinden angeboten werden kann, ist diese Flexibilität bereits gegeben, die Rahmenbedingungen der schulischen Tagesbetreuung müssen dahingehend geändert werden.

15. Schulsozialarbeit in Tirol stärken:

Die Coronapandemie und das damit verbundene Home-Schooling haben gezeigt, wie wichtig ein psychosoziales Auffangnetz für viele Kinder und Jugendliche ist. Die steigenden Fallzahlen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Tirol unterstreichen diese Notwendigkeit zusätzlich. Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein und muss weiter ausgebaut werden. Außerdem darf es keinen Unterschied

machen, ob Kinder in Landes- oder Bundesschulen gehen. Alle Tiroler Kinder müssen das Recht auf Schulsozialarbeit haben.

16. School Nurses als Pilotprojekt für Tirol:

School Nurses sind in Großbritannien, Frankreich und Skandinavien nicht mehr aus der Schulsystem wegzudenken. Als Bindeglied zwischen Schulärzt:innen und Schüler:innen haben School Nurses den Vorteil, dass sie öfter anwesend sind, als Schulärztinnen, die je nach Schultyp oft nur wenige Stunden pro Woche oder gar nicht zu fixen Zeiten an der Schule sind. Wien hat heuer ein Pilotprojekt gestartet, das auch EU-gefördert ist. Erste Zahlen zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler die Dienste der diplomierten Pflegepersonen durchaus zahlreich in Anspruch nehmen.

17. Schulkosten-Beihilfe für Jugendliche über 15 Jahre:

Die Schulkosten-Beihilfe wird vom Land Tirol für Kinder und Jugendliche gewährt, die sich in der Schulpflicht befinden, also nicht älter als 15 Jahre alt sind. Der finanzielle Aufwand ist beim Besuch einer weiterführenden und höheren Schule teilweise noch deutlich höher als im Pflichtschulbereich. Deshalb wäre es zielführend, die Schulkosten-Beihilfe auch für diese Gruppe an Schüler:innen zu gewähren.

18. Mehr Interesse wecken – Direktor:innenberuf wieder attraktiver machen:

Mehrere Tiroler Pflichtschulen finden seit Jahren keine Nachfolger:in für den Direktor:innenposten. An manchen Schulstandorten machen die derzeit tätigen Direktor:innen weiter, um den Posten nicht vakant lassen zu müssen. Diesem Trend müssen wir entgegen wirken. Finanzielle Anreize, mehr Unterstützung zur Bewältigung des bürokratischen Aufwands, mehr autonome Entscheidungsmöglichkeiten für die jeweiligen Direktionen sind ein Gebot der Stunde. Eine gute Schulleitung ist essentiell für einen lebendigen und funktionierenden Schulstandort.

19. Sanierungsrückstände aufholen – Neubauten mit mehr Räumen ausstatten:

Was die Sanierungsrückstände angeht, gilt bei den Tiroler Schulen ähnliches wie bei den Kinderbetreuungseinrichtungen. Viele Gebäude sind mittlerweile in die Jahre gekommen und wir müssen die notwendig gewordenen Sanierungen dafür nützen, die räumlichen Voraussetzungen für modernen Unterricht zu adaptieren. Vor allem bei Neubauten ist darauf zu achten, dass Schulgebäude mittlerweile mit deutlich mehr Räumen als früher üblich auszustatten sind, um die Schüler:innen besser betreuen zu können. Binnendifferenzierter Unterricht braucht zusätzliche Räume für Gruppen- und Selbstlernphasen.

2.14 Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung

Was den Bereich Wissenschaft, Forschung und Digitalisierung betrifft fällt dem Land Tirol nur wenig Einfluss zu. Die meisten Entscheidungen in diesen Bereichen werden im Bund und damit in Wien getroffen. Als wichtiger Wissenschaftsstandort ist Tirol mit Hochschul- und Fachhochschulstandorten in Innsbruck, Hall in Tirol, Kufstein und dislozierten Standorten im Tiroler Oberland und Osttirol aber jedenfalls auch für die Tiroler Landespolitik interessant. Manche Professuren und Projekte werden vom Land Tirol finanziert, die vielen Studierenden im Land sind potenzielle Arbeitskräfte von morgen, aber vor allem Teil des sozialen Gefüges von heute. Bei gewissen Rahmenbedingungen kann das Land Tirol seinen Einfluss geltend machen und natürlich auch jederzeit auf den Bund einwirken, um Verbesserungen in Wissenschaft und Forschung voranzutreiben.

Was die Digitalisierung angeht sind neben dem Land Tirol auch die einzelnen Gemeinden wichtige Partner. Digitalisierung betrifft mittlerweile fast alle Politikbereiche, weshalb sich Inhalte und Ideen dieses Themas auch in allen anderen Kapiteln wiederfinden und hier nur die wichtigsten Eckpunkte erwähnt werden.

Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung – unsere Ideen & Initiativen:

1. MCI-Neubau im Sinne der Studierenden auf Herz und Nieren prüfen:

Beim MCI geht es um ein Bildungs- und Wirtschaftsunternehmen mit 3.500 Studierenden, 1.000 Lehrenden und 500 Mitarbeitern. Der geplante MCI-Neubau wird zur unendlichen Geschichte. Die Menschen haben sich endlich Klarheit und eine zukunftsfähige Lösung für den Bildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort verdient. Wenn die kolportierte Megasumme von 250 Millionen Euro für den Neubau nicht finanziert werden kann, muss eine dauerhafte Mietlösung von Seiten des Landes Tirol angestrebt werden. Um 250 Millionen kann das MCI viele Jahrzehnte in einem entsprechend großen Gebäude eingemietet werden.

2. Landesforschungsförderung für zukunftsweisende Projekte:

Das Land Tirol fördert bereits zahlreiche Stiftungsprofessuren, dislozierte Studiengänge und Projekte an den Universitäten und Fachhochschulen in Tirol. Nicht immer sind die Millionen Euro an Steuergeld zielgenau investiert. Die Probleme beim dislozierten Studiengang in Lienz in Osttirol haben das gezeigt. Deshalb sollten die Projekte zunächst auf Herz und Nieren geprüft und dann einer regelmäßigen, ehrlichen und transparenten Evaluierung unterzogen werden. Die Landesforschungsförderung soll aber weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Wissenschaftslandschaft in Tirol leisten.

3. Online-Einreichung von Rechnungen bei allen Krankenkassen ermöglichen:

Die Kranken- und Unfallfürsorge des Landes (KUF) ist für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Landesbediensteten einschließlich der Landeslehrer zuständig. Bei der

überwiegenden Anzahl an Versicherungsträgern hat in den vergangenen Jahren die digitale Abwicklung von Versicherungsleistungen Einzug gehalten und sich bewährt. Vor allem geht es hier um die Möglichkeit der Online-Einreichung von Rechnungen. Den Versicherten der KUF muss eine zeitgemäße Möglichkeit der Einreichung von Rechnungen angeboten werden.

4. Telemedizin ausbauen – Ärzt:innen und Patient:innen mit ins Boot holen:

Der Ausbau der Telemedizin ist das eine, die Akzeptanz durch Ärzt:innen und Patient:innen das andere. Was am Papier richtig klingt und zur Entlastung des bereits überlasteten Gesundheitssystems beitragen könnte, muss in der Praxis ordentlich umgesetzt werden. Die Telemedizin darf nicht als technisches Hilfsmittel zur Behandlung von Patient:innen am „Fließband“ werden, um möglichst viele Menschen schnell abfertigen zu können. Da oder dort kann es aber eine sinnvolle Ergänzung sein, wenn wir die Menschen an Randzeiten, in entlegenen Regionen oder zur schnelleren Zuteilung zu Fachabteilungen im Krankenhaus damit erreichen können.

5. Freies WLAN in Innsbruck und anderen Städten ausbauen:

Freies WLAN ist vor allem in städtischen Zentren ein wichtiger Faktor, damit sich Menschen digital vernetzen können. Innsbruck sollte hier Vorreiter sein und zunächst an allen wichtigen touristischen Hotspots freies WLAN anbieten. Schritt für Schritt sollte das freie WLAN dann auch auf alle öffentlichen Verkehrsmittel und flächendeckend in der Innenstadt angeboten werden. Digitalisierung ist Teil der gesellschaftlichen Teilhabe und andere Städte in Europa zeigen uns vor, dass freies WLAN keine Utopie sein muss.

6. Medienschutz für Kinder und Jugendliche ausbauen:

Lernen mit und über digitale Medien ist ein Prozess, der aktiv von Expert:innen begleitet werden muss. Wir müssen junge Menschen dazu befähigen, sich in einer digitalen Welt voller Chancen, aber auch Gefahren, eigenständig zurechtzufinden. Dabei spielt die Schule eine wichtige Rolle, wie bereits im Kapitel „Bildung & Schule“ erwähnt, aber auch Vereine sind ein wichtiger Baustein, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche vor gefährlichen Inhalten im Internet zu schützen. Die Angebote in Form von Workshops und Kursen müssen weiter ausgebaut werden.

7. Breitband-Ausbau forcieren – weitere Gemeinden mit schnellem Internet versorgen:

Der Ausbau des Breitband-Internets liegt zum Großteil in der Hand der Gemeinden und wird vom Bund gefördert. Das Land Tirol sollte die Gemeinden dazu ermutigen, den Ausbau weiter zu forcieren, weil viele Gemeinden bzw. Teile von Gemeinden noch immer nicht am Glasfasernetz hängen und damit kein ausreichend schnelles Internet gewährleisten können. Für die zukünftigen Herausforderungen der

Digitalisierung und für eine wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit auch in entlegeneren Regionen, müssen wir den Breitband-Ausbau unbedingt vorantreiben.

8. Open Data weiter ausbauen – mehr Inhalte zur Verfügung stellen, bestehende Inhalte regelmäßig aktualisieren:

Was Open Data betrifft, ist in den vergangenen Jahren viel passiert und zahlreiche Datensätze, Grafiken, Karten und Statistiken sind mittlerweile offen und für alle Menschen online abrufbar. Die Open Data Möglichkeiten müssen auch in Zukunft genützt, aktualisiert und bei allen möglichen Themen zum Einsatz kommen. Die Menschen verdienen Transparenz und Nachvollziehbarkeit und Open Data hilft dabei.

9. Servicestelle Datenschutz soll Initiativen zum Datenschutz vorantreiben:

Das Land Tirol soll eine Servicestelle Datenschutz schaffen, um Datenschutzmaßnahmen koordiniert und kontrolliert planen zu können. Gerade für ältere Menschen stellen Smartphones, Apps, Online-Banking, Viren und Malware eine große Herausforderung dar. Immer wieder hört und liest man von Online-Betrüger:innen, die mit ihren Täuschungen Erfolg haben und es schaffen, den unwissenden Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Diesen Gefahren müssen wir vorbeugen und den Menschen mit Kursen und koordinierter Aufklärungsarbeit zur Seite stehen.

10. Denkmäler und historische Bauten digitalisieren und für die Zukunft schützen:

Dank 3D-Scans durch Lasertechnologie konnte die Kathedrale von Notre-Dame in Paris wieder originalgetreu aufgebaut werden. An der Fassade der Stiftskirche Wilten mussten die Balustradenfiguren nachgebaut und mühsam rekonstruiert werden. Eine Möglichkeit zur sinnvollen Nutzung der Digitalisierung könnte darin liegen, 3D-Scans von den wichtigsten Denkmälern und historischen Bauten in Tirol anzufertigen und sie damit für eine leichtere Rekonstruktion in Zukunft abzusichern. Konkrete Pilotprojekte könnten Aufwand und Kosten aufzeigen, eine Prüfung der breiteren Notwendigkeit könnte folgen.

2.15 Energie

Beim Anteil erneuerbarer Energien ist Tirol ein Vorreiter, allerdings weitgehend abhängig von der Wasserkraft. Riesige neue Kraftwerksprojekte können nicht die Lösung sein, um den steigenden Stromverbrauch in Tirol abdecken zu können. Stattdessen wird es einen vernünftigen Mix der verschiedenen Energieformen in Tirol brauchen. Das Solarpotenzial ist enorm, das Windkraftpotenzial ist in Ansätzen vorhanden und es wird in den kommenden Jahren darauf ankommen, innovative Projekte voranzutreiben und umzusetzen.

Die Menschen in Tirol betreffen vor allem Preisgestaltung und die damit verbundenen massiven Preissprünge der vergangenen Jahre. Neben Maßnahmen im Sozialbereich, die auch im entsprechenden Kapitel zu finden sind, müssen wir mit einem intelligenten Angebotsmix auch sicherstellen, dass die enorme Teuerung bei Strom und Gas in Tirol nicht mehr vorkommt. Dabei gilt es vor allem auch, die Energieunabhängigkeit in Tirol weiter zu stärken und die Abhängigkeit von den Großhandelspreisen zu reduzieren.

Energie – unsere Ideen & Initiativen:

1. Mega-Pumpspeicherkraftwerk Kaunertal der TIWAG stoppen:

Die klare Entscheidung und massive Ablehnung der Söldener Bevölkerung (96% Nein-Stimmen gegen die Wasserableitungen bei rund 60% Wahlbeteiligung) im Zuge der Volksbefragung vom 09. Juni 2024 zum Kraftwerk Kaunertal ist zu akzeptieren. Die Pläne für den Bau des Mega Pumpspeicherkraftwerkes Kaunertal sind endgültig zu stoppen. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit soll hier nicht weiteres Steuergeld ausgegeben werden.

2. Preisberechnungen bei Fernwärme offenlegen:

Die mit Fernwärme versorgten Haushalte sind in Tirol in der Regel einem Monopolisten ausgeliefert. Der Energieversorger hat auf Grund seiner Position und Macht eine besondere Fürsorge- und Informationspflicht gegenüber seinen Kunden bzw. Vertragspartnern. Dies betrifft natürlich in erster Linie die Preisgestaltung. Diese sollte transparent und nachvollziehbar sein. Jedoch hat auch hier die TIWAG-Gruppe in den vergangenen Jahren jede Bemühung vermissen lassen. Die Preise sind teils sogar mehrmals massiv gestiegen, ohne als Konsument und Fernwärmebezieher auch nur im Ansatz nachvollziehen zu können, warum.

3. Tirol Zuschuss verlängern und für die Zukunft absichern:

In der Beantragungsperiode 2023 mussten aufgrund der enormen Wohn- und Energiekosten in Tirol mehr als 75.700 Haushalte einen Antrag für den „Tirol-Zuschuss“ und/oder den „Zuschuss für Wärmepumpen und Stromheizungen“ stellen. Zur Abfederung der Wohn- und Heizkosten in Tirol soll der „Tirol-Zuschuss“ neu aufgelegt und nachgebessert werden. Die Einkommensberechnung für unselbständige und selbständige Bezieher soll vereinheitlicht werden.

4. Landesförderung für intelligente Stromspeichersysteme PV wiedereinführen:

Die mit 31. Dezember 2018 ausgelaufene Landesförderung für intelligente Stromspeichersysteme bei Photovoltaikanlagen, etwa auch in Form moderner Salzwasserbatterien, soll wieder eingeführt und neu aufgelegt werden. Tirol will bis 2050 energieautonom werden und hinkt diesem Ziel derzeit

hinterher. Um dieses Ziel doch noch zu erreichen, müssen alle denkbaren Anstrengungen unternommen werden, Photovoltaik und deren Speichersysteme auszubauen.

5. Förderprogramm für Trinkwasserkraftwerke in Tirol umsetzen:

Bei Trinkwasserkraftwerken wird der Höhenunterschied von der Quelle hinunter ins Tal genützt, um mittels eingebauter Turbine zusätzlichen Strom zu erzeugen. Das Prinzip ist einfach, auch die Umsetzung. Viele Gemeinden bzw. Wassergenossenschaften könnten hier profitieren und ihre Wasserquellen somit doppelt nutzen, einerseits für die Wasserversorgung und andererseits für die Stromversorgung. Ohne neue Bauwerke oder Eingriffe in die Natur.

6. Umstieg auf LED-Beleuchtung in Gemeinden fördern:

Einige Gemeinden haben bei der Straßenbeleuchtung den Umstieg auf die wesentlich effizientere, energie- und somit auch kostensparende LED-Technologie vollzogen. Zahlreiche Gemeinden sind jedoch noch säumig. Die größte Hürde stellen wie so oft die mangelnden Gemeindefinanzen dar, gefolgt von einem Informationsdefizit. Hier soll das Land Tirol aushelfen und den Gemeinden bei dieser wichtigen Thematik der LED-Technologie zur Beleuchtung der Gemeindestraßen und -wege mit einem Informations- und Förderprogramm zur Seite stehen.

7. Unabhängige Energieberatung ausbauen und kostenlos anbieten:

Um den Ausstieg aus fossilen Energien zu schaffen, tauschen viele Tiroler:innen ihre Öl- und Gasheizungen aus. Bei der Wahl des künftigen Heizsystems helfen Energieberater:innen. Ziel muss es sein, die Beratung möglichst niederschwellig anzubieten. Es soll keine Hürden für die Bevölkerung geben, diese Beratung wahrzunehmen. Schon gar keine finanziellen Hürden. Es muss in unser aller Sinn sein, jedes Energiesparpotential und jeden Nachhaltigkeitsgedanken in Sachen Energie einzufangen und im Idealfall die entsprechenden Möglichkeiten dann auch in die Realität umzusetzen.

8. Ausbau der Fernwärme im Raum Innsbruck:

Das Fernwärmenetz in der Umgebung von Innsbruck wächst stetig. Das Potenzial für den Ausbau der Fernwärme von Schwaz bis Telfs sollte als langfristiges Ziel ausgelotet werden. Es geht vor allem auch darum, Fernwärme möglichst nachhaltig umsetzen zu können und dafür hauptsächlich industrielle Abwärme und Biogas zu nutzen. Ein Fernwärmeausbau auf Basis der Verbrennung fossiler Energieträger ist nicht zielführend. Einer Potenzialstudie soll ein Förderprogramm des Landes Tirol folgen.

9. Windenergie als Teil des Energiemix nutzen:

Von größeren Windkraftanlagen bis hin zu Kleinwindkraftwerken wird Tirol nicht umhinkommen, das Windpotenzial im Sinne eines vielfältigen Energiemixes zu nützen. Neben ersten Förderschritten, die das Land Tirol bereits gesetzt hat, wird es auch eine Gesamtstrategie und ein umfassendes Förderprogramm für kleinere Anlagen brauchen.

10. Abwasserkraftwerke – Potenzialstudie für Tirol ausarbeiten:

In Berlin und anderen Städten hängen bereits zahlreiche Abwasserkraftwerke am Netz bzw. versorgen kleinere und größere Sportanlagen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Unternehmen mit Energie. Auch in Wien ist bereits eine besonders große Anlage in Betrieb gegangen. Das Potenzial ist vorhanden, konstant Energie aus der Wärme des Abwassers zu gewinnen. Eine Potenzialstudie soll aufzeigen, wo diese Möglichkeiten am besten auszunützen sind, um erste Pilotprojekte in Betrieb bringen zu können.

11. Biomassekraftwerke und kleinere Anlagen ermöglichen:

Bei geeigneter Standortwahl können auch Biomassekraftwerke eine Ergänzung im Energiemix in Tirol sein. Daneben geht es aber auch darum, die volle Ausnützung des Potenzials von Biomasse schrittweise umzusetzen. Denn auch kleinere Anlagen können für landwirtschaftliche Betriebe Sinn machen und diese energieautark machen.

12. Photovoltaik-Anlagen auf bestehenden öffentlichen Gebäuden nachrüsten:

Schon seit Jahren wissen wir um das Solarpotenzial in Tirol, Studien dazu liegen vor. Aufgrund der Sanktionen gegen Russland und der ungewissen Energiezukunft wollen jetzt alle Länder alternative Energieformen forcieren. Wir könnten schon viel weiter sein in Tirol, aber ÖVP und Grüne haben die Energiewende verschlafen. Umso mehr muss es unser Ziel sein, jetzt auf jedem bestehenden, öffentlichen Gebäude eine Photovoltaik-Anlage zu installieren!

13. Installation von schwimmenden Photovoltaik-Anlagen auf bestehenden Speicherkraftwerk-Seen der TIWAG:

Beispielsweise könnte bei den Kraftwerken Kaunertal und Sellrain-Silz mit diesem Vorhaben begonnen werden. Infolge der Modulkühlung durch das Gewässer weisen schwimmende PV-Anlagen gesteigerte Erträge im Vergleich zu konventionellen Freiflächenanlagen auf. Im asiatischen Raum sind bereits einige Anlagen mit installierten Leistungen im zweistelligen Megawattbereich vorzufinden.

14. Ungleichbehandlung von Kraftwerksgemeinden beenden:

Es geht um mehr Geld für die Kraftwerksgemeinden, zusätzlich sollte ein Teil der erzeugten Strommenge kostenlos bzw. kostengünstig den betroffenen Gemeinden zur Verfügung stehen. Für die Liste Fritz steht außer Zweifel, dass es hier klare gesetzliche Vorgaben braucht, die den Umgang

zwischen den Gemeinden und der TIWAG regeln. Was gesetzlich verankert ist, ist einzuhalten. So lässt sich verhindern, dass die eine Gemeinde übervorteilt und die andere Gemeinde benachteiligt wird.

2.16 Wirtschaft & Industrie

Die Tiroler Wirtschaft ist nicht nur Tourismuswirtschaft. Von größeren Industriebetrieben, die in Tirol tatsächlich nicht sehr zahlreich vorhanden sind, über mittlere Unternehmen bis hin zu Klein- und Kleinstbetrieben. Alle tragen ihren Teil zu einer funktionierenden Wirtschaft in Tirol bei. Sie schaffen Arbeitsplätze, setzen innovative Ideen in die Tat um und machen Tirol als Wirtschaftsstandort attraktiver. Die Politik muss die Rahmenbedingungen vorgeben und in der Wirtschafts- und Standortpolitik hat Tirol immer noch einigen Nachholbedarf. Tirol muss die Arbeitgeber von morgen aktiv ins Land holen, muss kreative Köpfe fördern und Gründungen unterstützen.

Dazu müssen wir in Tirol Hürden für die Wirtschaft abbauen und sie mit proaktiven Förderungen unterstützen. Als Liste Fritz haben wir einige Ideen bereits im Tiroler Landtag eingebracht, wie wir die Tiroler Wirtschaft stärken wollen. Bei vielen neuen Impulsen braucht es als starken Partner für die Wirtschaft auch die Bundesregierung, die von der Tiroler Landespolitik daran erinnert werden muss, mehr für die Wirtschaft und Industrie in unserem Land zu tun.

Wirtschaft & Industrie – unsere Ideen & Initiativen:

1. Übernahmebonus für altes Handwerk umsetzen:

Traditionelles Handwerk in Österreich braucht mehr öffentliches Bewusstsein für seinen gesellschaftlichen Wert, um erhalten zu bleiben und fortgeführt zu werden. Ganze Berufszweige und das damit verbundene Wissen und Können sind vom Aussterben bedroht. Wir haben vorgeschlagen, den Übernahmebonus für „altes Handwerk“ pro Betrieb in einer Größenordnung von einmalig 50.000 Euro festzusetzen. 15.000 Euro sind dabei als nicht rückzuzahlende Förderung anzusehen, der Rest ist nach Weiterführen des Betriebs von mindestens fünf Jahren ebenfalls nicht zurückzuzahlen. Der Landtag hat sich bereits dafür ausgesprochen, noch offen sind die genaue Höhe der Förderung und welche Handwerksbetriebe unter „altes Handwerk“ fallen.

2. Reparaturbonus Plus für Bekleidung und Schuhe einführen:

Viel zu viele Taschen, Schuhe, Kleidung, Spielsachen, etc. werden heutzutage einfach weggeworfen anstatt repariert. Den Besitzerinnen ist oft nicht bewusst, welche Reparaturmöglichkeiten es eigentlich geben würde. Das führt dazu, dass kaputte, oft nur leicht beschädigte Gegenstände weggeschmissen werden, obwohl sie leicht repariert und weiter benützt werden könnten. Der Reparaturbonus für

Elektronikgeräte wird gut angenommen. Ein weiterer Reparaturbonus für Mode, Bekleidung und Schuhe soll dazu beitragen, dass noch mehr repariert und noch weniger weggeschmissen wird.

3. Steuerliche Benachteiligung bei der privaten Nutzung von E-Autos für EPU und Kleinstunternehmen muss bereinigt werden:

Die private Nutzung von Elektro-PKW für Arbeitnehmer:innen und für geschäftsführende Gesellschafter:innen, also für Unternehmer:innen von großen Firmen (GmbH, AG usw.) ist steuerfrei. Die private Nutzung von denselben Fahrzeugen für Einzelunternehmer:innen ist steuerpflichtig. Diese steuerliche Benachteiligung bei der privaten Nutzung von Elektroautos für Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und Kleinst-Unternehmen ist rasch zu bereinigen.

4. Kreativwirtschaftsscheck in Höhe von 1.000 Euro umsetzen:

Mittels eines Kreativschecks soll der unternehmerische Auftritt unterstützt werden, damit sich Unternehmen zum Beispiel auch im Schaufenster der digitalen Einkaufsstraße besser präsentieren können. Ein erstes Volumen dieser Förderung soll 150.000 Euro betragen und Unternehmen für Kreativdienstleistungsprojekte sollen mit je 1.000 Euro unterstützt werden. Davon profitieren sollen nur in Tirol angesiedelte Betriebe der Kreativwirtschaft mit maximal 9 Mitarbeitern, also Ein-Personen-(EPU) sowie Kleinst-Unternehmen, um vor allem in Zeiten der Teuerung auch diese durch Aktivierung neuer bzw. bestehender Kunden:innen zu unterstützen.

5. Visum für Digitale Nomaden soll neue Arbeitsformen rechtlich absichern:

Die derzeitige Gesetzeslage ist stark an der Vorstellung orientiert, dass Wohn- und Arbeitsort im selben Staat und am selben Ort liegen. „Digitale Nomaden“, also Selbständige oder Arbeitnehmer, die über mehrere Monate hinweg an einem Ort im Ausland wirtschaftlich tätig sind, sind eine Facette der Digitalisierung unserer Arbeitswelt. Neue Arbeitsformen wie „Workation“ - die Kombination aus Arbeit (work) und Urlaub (vacation) – erfreuen sich steigender Beliebtheit. Immer mehr Staaten, darunter zahlreiche EU-Staaten, haben bereits maßgeschneiderte Visa für digitale Nomaden aufgelegt. Doch während in Österreich die Anbindung ans Internet selbst in abgelegenen Orten meist recht gut ist, hinkt Österreich bei den rechtlichen Rahmenbedingungen hinten nach.

6. Neufassung der TIWAG-Satzungen – Landesunternehmen soll am Puls der Zeit agieren können:

Der Energiemarkt wurde in den vergangenen Jahren vor allem durch die russische Invasion in der Ukraine in seinen Grundfesten erschüttert. Die Auswirkungen waren und sind vor allem für die europäischen Staaten, die Energieunternehmen und die einzelnen Haushalte massiv. Die aktuelle

Satzung der TIWAG wird den neuen Anforderungen nicht gerecht. Die Tiroler Landesregierung hat eine komplette Neuaufstellung der TIWAG versprochen, aber ohne neue Satzungen wird diese Neuaufstellung nicht gelingen. Die TIWAG soll einem Landesunternehmen gerecht werden. Es soll am Puls der Zeit agieren können und müssen. Die Tiroler Bevölkerung muss einen Vorteil daraus haben, die Energieversorgung grundsätzlich in der eigenen Hand zu haben!

7. Unterstützungspaket für Klein- und Kleinstbetriebe in den Städten Tirols:

Zahlreiche Betriebe in den Innenstädten Tirols haben in den vergangenen Jahren zusperren müssen. Zuerst die Corona-Krise, dann die sinkende Kaufkraft aufgrund der Teuerung. Vor allem Klein- und Kleinstbetriebe haben sich zunehmend schwer getan, während sich immer mehr größere Ketten angesiedelt haben. Für diese Klein- und Kleinstbetriebe braucht es ein Anreiz- und Unterstützungspaket. Es ist ein Signal der Wertschätzung und Unterstützung, ein Signal zum Weitermachen. Das Land Tirol soll sich mit den jeweiligen Stadtgemeinden auf eine gemeinsame Finanzierung für ein Unterstützungspaket einigen.

8. Ansiedelung innovativer Unternehmen fördern:

Unternehmen und ihre Mitarbeiter:innen werden besonders vom technologischen Wandel betroffen sein. Die Arbeitsplätze von heute wird es morgen vielleicht schon nicht mehr geben. Tirol bietet alle Voraussetzungen dafür, dass sich innovative Betriebe ansiedeln, bestehende Betriebe neue Geschäftsfelder eröffnen und mutige Menschen neue Wege gehen. Als Land Tirol müssen wir Engagement in den Bereichen Digitalisierung, Robotik, Nanotechnik und vielen weiteren fördern und aktiv Anreize dafür setzen, dass Tirol auch in diesen Wirtschafts- und Industriezweigen ein Faktor werden kann.

9. Unternehmensnachfolgen erleichtern:

Immer wieder schließen kleinere und mittlere Betriebe für immer ihre Pforten, weil die Betreiber:innen keine geeigneten Nachfolger:innen finden. Oft liegt es auch daran, dass sich bestehende Mitarbeiter:innen nicht zutrauen, selbst den Schritt zu gehen und ein Unternehmen zu leiten. Dafür müssen gemeinsam mit den Kammern passende Unterstützungspakete geschnürt werden, die den interessierten Menschen den Ein- oder Umstieg in die Leitung eines bestehenden Unternehmens erleichtern. Diese Pakete können von Kurs- und Beratungsmöglichkeiten bis zu finanziellen Startanreizen alles beinhalten, was bei der Unternehmensnachfolge hilft.

10. Leistbare Gewerbeflächen in den Innenstädten:

Leistbare Mieten sind nicht nur für Wohnungssuchende ein brennendes Thema. Auch für Betriebe kann die Miete für einen Shop oder ein gastronomisches Angebot zum existenziellen Problem werden.

Privaten Eigentümern von Gebäuden und Gewerbeflächen können wir keine Vorschriften machen, wie viel Miete sie verlangen dürfen. Zahlreiche Gebäude in den Innenstädten Tirols sind aber in der öffentlichen Hand und können bei den Mietpreisen steuernd eingreifen und müssen sich am Mietwucher nicht beteiligen.

11. Nachhaltige Abfallwirtschaft und Kreislaufwirtschaft stärken:

Bei der Abfallwirtschaft sind in Tirol noch viele Fragen offen. Die unterschiedlichen Preise für den anfallenden Müll im Haushalt beschäftigen die Menschen und müssen dringend transparenter gemacht werden. Das neue Pfandsystem auf Plastikflaschen wird tausende neue LKW-Fahrten nach Ostösterreich bringen. Wir als Liste Fritz bekennen uns zu einer nachhaltigen und funktionierenden Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Dafür braucht es regional geeignete Standorte, engagierte Partner:innen und ein Konzept für ganz Tirol.

2.17 Kunst & Kultur

Die Tiroler Kunst- und Kulturpolitik orientiert sich vielfach an dem, was wir bereits im Land haben. Innovationen oder Initiativen, um mehr Menschen für Kunst und Kultur zu begeistern, sucht man oft vergebens. Vor allem jungen Menschen müssen wir zeigen, wie vielfältig die Kultur in Tirol sein kann. Sie brauchen einen möglichst niederschweligen Zugang, damit sie der Kultur dauerhaft mit Interesse und Leidenschaft verbunden bleiben. Wir als Liste Fritz bringen immer wieder Vorschläge im Tiroler Landtag ein, um die Kunst- und Kulturszene in Tirol weiter anzukurbeln. Aktive Kunst- und Kulturpolitik ist mehr als nur Förderungen und Finanzierungen auszuzahlen und anzupassen. Kultur braucht Raum, Kultur braucht Menschen, Kultur braucht frischen Wind damit sie die Tirolerinnen und Tiroler in ihren Bann ziehen kann.

Als Politik schaffen wir die Rahmenbedingungen, nur hat sich an den grundlegenden Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren wenig verändert. Das ist schade, weil es auch ganz deutlich zeigt, dass der zuständigen Landesregierung hauptsächlich daran gelegen ist, das bestehende Programm zu erhalten und keine neuen Impulse zu setzen. Die Landesmuseen haben in der Vergangenheit schon mehr Menschen angezogen, das Landestheater steckt in der Krise. Wir müssen alles daran setzen, der Kultur in Tirol neuen Schub zu geben und sie wieder in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.

Kunst & Kultur – unsere Ideen & Initiativen:

1. Innsbrucker Rotunde zum Haus für moderne Kunst umwandeln:

Trotz Bürgerbeteiligungs- und Ideenfindungsprozess zur Nachnutzung ist mit der Rotunde in den letzten zehn Jahren nichts Vernünftiges passiert. Dabei stehen hier mitten in Innsbruck 3.000 Quadratmeter Fläche in einem einzigartigen Ambiente zur Verfügung, die nur auf eine vernünftige Nutzung warten. Die Liste Fritz schlägt vor, die Rotunde in ein Haus für moderne Kunst umzuwandeln und so beispielsweise der Sammlung zeitgenössischer Kunst einen würdigen Platz zu verschaffen.

2. Landesmuseen attraktiver machen – freier Eintritt an einem Sonntag im Monat:

Ein Museum soll Interesse wecken und Menschen anziehen. Trotz toller Ausstellungen und Veranstaltungen in den Landesmuseen, bleiben die Besucherströme aus. Wirklicher Besuchermagnet sind die Landesmuseen nur an Tagen der offenen Tür oder der langen Nacht der Museen. Wenn sich das Museum nach außen hin öffnet, kommen auch die Menschen und das Interesse an Kunst wird gefördert. Wir als Liste Fritz können uns einen generell freien Eintritt in die Tiroler Landesmuseen durchaus vorstellen, als ersten Schritt soll es an einem Sonntag pro Monat einen Gratis Eintritt für alle geben.

3. Bekenntnis zur Kulturförderung – transparent und nachvollziehbar:

Wir als Liste Fritz bekennen uns zur Kulturförderung und auch zur GIS-Landesabgabe in Tirol, die in Kulturprojekte im Land investiert wird. Nachholbedarf gibt es aber bei der Transparenz. Wie bei vielen Finanzierungen und Förderungen durch das Land Tirol stellt die ÖVP-geführte Landesregierung das Thema Transparenz und Kontrolle nicht an erste Stelle. Gerade der Konflikt rund um das Tiroler Landestheater hat gezeigt, dass eine offene Kommunikation bezüglich Förderungen wichtig ist um Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

4. Innovationsfonds Kultur einrichten:

Die Tiroler Kunst- und Kulturszene braucht einen Innovationsturbo und dabei wollen wir sie als Liste Fritz unterstützen. Das Land Tirol soll einen Innovationsfonds für Kultur einrichten und auflegen. Dieser soll vor allem dazu gedacht sein, neue Konzepte und einmalige Events erproben und durchführen zu können. Besonderes Hauptaugenmerk des Fonds soll darauf liegen, dass Angebote für junge Menschen verstärkt umgesetzt werden. Sie sind es, die wir dauerhaft für Kunst und Kultur begeistern müssen.

5. Kunst- und Kulturguthaben für junge Menschen einführen:

In Deutschland bekommen junge Menschen mit Erreichen des 18. Lebensjahres einen Kulturpass in der Höhe von 200 Euro ausgestellt, den sie in Kunst und Kulturangebote investieren können. Dieser Pass stellt sozusagen ein Guthaben dar, das die jungen Menschen verbrauchen können und somit mit der Kultur in ihrem Land in Berührung kommen. Tirol soll diesem Beispiel folgen und als Bundesland

ebenfalls ein solches Guthaben einführen. Die genaue Höhe und die Modalitäten müssen dafür gemeinsam mit den Kulturbetrieben festgelegt werden.

6. Kunst und Kultur – Vermittlung beginnt in der Schule:

Kunst und Kultur braucht Nachwuchs. Nicht nur auf Seiten der Künstler:innen selbst, sondern vor allem auch auf Seiten des Publikums. Menschen, die früh mit Kunst und Kultur in Berührung kommen, bauen eher eine Verbindung dazu und ein Interesse dafür auf. Ein Programm mit Workshops, speziellen Projekttagen und regelmäßigen Besuchen in Museen, Theatern oder bei anderen Kulturveranstaltungen soll dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche bereits im Schulalter eine Verbindung zu Kunst und Kultur entwickeln können.

7. Leerstehende Geschäftslokale für Kunst und Kultur verwenden:

Immer wieder stehen zahlreiche Geschäftslokale in den Tiroler Innenstädten leer. Eine Belebung mit neuen Betrieben ist das primäre Ziel, aber eine vorübergehende oder dauerhafte Nutzung für die Kunst- und Kulturszene wäre eine mögliche Ergänzung. Zum einen wird die Geschäftsstraße wieder belebt, zum anderen bekommen die Menschen eine niederschwellige Möglichkeit mit Kunst in Berührung zu kommen. Die Suche nach Räumen für Kunst und Kultur gestaltet sich ohnehin schwierig. Außerdem wäre das eine zusätzliche Möglichkeit, Künstler:innen oder Kulturinitiativen zu fördern.

8. Förderungen für Kultur an Gewaltschutz knüpfen:

Im Kulturbereich führen Abhängigkeiten und Hierarchien zu großen Problemen, wenn diese schamlos ausgenutzt werden. Der Fall rund um die Festspiele Erl hat gezeigt, wie wichtig es ist, Künstler:innen vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Um solchen Fällen vorzubeugen braucht es aktiven Opferschutz, ein verpflichtendes Gewaltschutzkonzept und Ansprechpersonen vor Ort, die in solchen Fällen zuständig sind. Vor allem aber dürfen Betriebe, die durch solche Übergriffe auffallen nicht noch großzügig mit millionenschweren Förderungen aus dem Steuergeldtopf unterstützt werden.

9. Jugendkultur braucht Raum:

Freie Veranstaltungen, einmalige Events, vor allem aus dem Musikbereich, brauchen Raum, damit junge Menschen möglichst einfach, unbürokratisch und kostengünstig kulturelle Treffpunkte haben. Veranstaltungen auszurichten ist für junge Menschen ein Spießrutenlauf. Es fehlt an geeigneten Orten, die Auflagen sind oft überwältigend und die Probleme überwiegen die Vorteile bei weitem. Gerade in der Stadt Innsbruck braucht es ein bis zwei solcher Räume, die möglichst unbürokratisch und einfach bespielt werden können. Stadt und Land müssen dafür Sorge tragen, dass für Jugendkultur genug Platz da ist.

10. Clubkultur und Nachtclubszene absichern:

Es ist nicht die Aufgabe von Städten und Gemeinden, gastronomische Betriebe anzusiedeln und zu fördern. Aber die massive Ausdünnung des Angebots an Nachtclubs in Innsbruck hat sich auf die Clubkultur im Land Tirol spürbar negativ ausgewirkt. Wenn das Land Tirol eine Prämie für Tiroler Wirtshäuser auflegt, muss auch ein Programm zur Absicherung der Clubkultur für junge Menschen geschnürt werden. Clubs mit kuratiertem Programm sind ein wichtiger Baustein in der Jugendkultur Tirols.

2.18 Sport

Die Tiroler Sportpolitik der vergangenen Jahre war eine Sportpolitik die Sportgroßveranstaltungen den roten Teppich ausgerollt und auf den Breitensport vergessen hat. Wir als Liste Fritz waren immer schon der Meinung, dass zuerst das Notwendige erledigt werden muss und erst zum Schluss über Luxusprojekte wie WM-Austragungen nachgedacht werden darf. Viele Sportvereine fühlen sich zurecht ungerecht behandelt, wenn ihnen Förderansuchen vergleichsweise geringer Beträge abgelehnt werden und gleichzeitig Millionen Euro in Sportgroßevents fließen. Noch dazu haben die Budgets dieser großen Veranstaltungen nie gehalten und das Land Tirol war stets gezwungen, weitere Millionen an Steuergeld nachzuschießen.

Initiativen im Sport zu setzen hat gleich mehrere große Vorteile für die Gesellschaft in Tirol. Sport ist gesund, Sport schafft Gemeinschaft, Sport schafft Integration, Sport bietet einen wichtigen Ausgleich von Beruf oder Ausbildung. Sport ist essenziell für die Menschen. Die Rahmenbedingungen für die verschiedenen Sportarten müssen stimmen und Tirol hat in diesem Bereich jedenfalls Aufholbedarf. Alleine der Blick auf die Situation bei den Tiroler Schwimmbädern zeigt, dass die Infrastruktur überarbeitet, modernisiert und verbessert werden muss.

Sport – unsere Ideen & Initiativen:

1. Ehrliche Budgetplanung & strikter Budgetvollzug bei Sportgroßveranstaltungen in Tirol:

Was bei den Olympischen Jugend-Winterspielen 2012 begonnen hat, hat sich auch bei der Rad-WM und Nordischen Ski-WM nicht geändert. Mit bewusst niedrig gehaltenen Budgets in die Planung solcher Events starten, dann Budgetnachforderungen stellen, Kostenüberschreitungen produzieren und am Ende die Steuerzahler die Zeche zahlen lassen, das ist der falsche Weg! Wir als Liste Fritz erwarten uns eine ehrliche Budgetplanung, ein begleitendes Controlling und strikten Budgetvollzug bei der Durchführung von Sportgroßevents in Tirol.

2. Tiroler Schwimmbäder – Gemeinden brauchen langfristige Planungs- und Finanzierungssicherheit:

Nach dem Vorliegen der Bäderstudie und der Ankündigung eines Bädertopfs, der von einem Bäderbeirat verwaltet werden soll, brauchen die Tiroler Gemeinden endlich Planungs- und Finanzierungssicherheit zur Absicherung der Tiroler Schwimmbäder. Die angekündigte Finanzierung durch Land Tirol, Gemeinden und Tourismusverbände scheint keineswegs gesichert zu sein. Die Tourismusverbände haben sofort moniert, dass mit ihnen nicht gesprochen worden ist, die Gemeinden zeigen sich wenig begeistert Gelder aus dem Finanzausgleich zweckbinden zu müssen. Viele Fragen sind offen, die die Landesregierung rasch beantworten muss.

3. Breitensport fördern – Sportplätze und Vereine finanziell unterstützen:

Die Mieten für Hallen steigen, die Energiekosten sind explodiert, auch für Reisekosten und für Anschaffungen von Ausrüstung ist mehr zu bezahlen. Die finanzielle Lücke für die Sportvereine konnten Zuschauereinnahmen, Sponsoren oder Gemeinden als Unterstützer nicht mehr schließen. Als Liste Fritz bekennen wir uns zu einer vernünftigen Sportförderung, die den Tiroler Sportvereinen und Sportverbänden zu Gute kommt. Die Sportinfrastruktur im Land wird einem selbsternannten Sportland Tirol vielfach nicht gerecht und muss für einen funktionierenden Breitensport dringend modernisiert werden.

4. Tiroler:innen beim Kauf der Verbundkarten "Freizeitticket Tirol", "Tirol Regio Card" und "Snow Card Tirol" mit 10 Prozent finanziell unterstützen:

Die Tiroler Sportbegeisterten und Familien müssen tief in die Taschen greifen, wenn sie ihre Freizeit durch eine solche Karte noch abwechslungsreicher gestalten möchten. Aus diesem Grund regen wir eine 10-prozentige Stützung des Kaufpreises für die Käufer:innen der jeweiligen Ganzjahreskarten an. Angesichts der allgemeinen Teuerung sollen die Freizeitsportler:innen und Familien mit dieser Maßnahme einmalig, für eine Saison unterstützt werden.

5. Gesunder Rücken – Sportoffensive für Menschen mit schwerer körperlicher Arbeit:

Für Menschen mit schwerer körperlicher Tätigkeit ist es besonders wichtig, dass sie körperlich topfit sind und dies auch bleiben. Im Pflegeberuf zum Beispiel müssen die Pflegepersonen körperlich am Limit arbeiten und brauchen dafür den richtigen sportlichen Ausgleich. Sportmedizinische Kurse (Rückenfit oder andere) werden von den Personalvertretungen immer wieder angeboten. Das Angebot sollte allerdings noch breiter ausgerollt werden und für möglichst alle Beschäftigten zur Verfügung stehen. Ein entsprechendes Programm soll von Land Tirol und den entsprechenden Stellen eingerichtet werden.

6. Transparentes Vergabesystem für freie Sport- und Hallenplätze:

Vor allem in Innsbruck, aber auch in anderen größeren Städten gibt es sehr viele Vereine und nur sehr wenige Möglichkeiten an Sport- und Hallenplätze zum Trainieren zu gelangen. Ein einheitliches Vergabesystem soll zu mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Vergabe von Sportplätzen führen. Land und Gemeinden sollen sich auf ein System einigen, eine Testphase starten und das neue Vergabesystem nach ein bis zwei Saisons evaluieren.

7. Tiroler Sportgutschein nach Grazer Vorbild:

Immer mehr Kinder und Jugendliche sind übergewichtig. Diesem Trend muss die Tiroler Sportpolitik gegensteuern. Wir als Liste Fritz fordern einen Pilotversuch für einen Tiroler Sportgutschein nach Grazer Vorbild. Alle Mädchen und Burschen, die die 4. Klasse Volksschule besuchen, bekommen einen Sportgutschein für eine einjährige Gratismitgliedschaft in einem Sportverein, um ein Jahr lang eine neue Sportart ausprobieren zu können. Den Sportgutschein gibt es in Graz seit 2018 und er wird sehr gut angenommen.

8. Mikroplastik-Granulat in Kunstrasen ersetzen:

Auch Sportanlagen müssen gewisse Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllen. Die Voraussetzungen dafür haben sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt. Was früher gang und gäbe war, ist mittlerweile nicht mehr zeitgemäß. Das gilt eben auch für Kunstrasen-Sportplätze. Mehrere hundert Kilo Mikroplastik-Granulat müssen aufgrund von Verwehungen, Auswaschung oder Anhaftung an Kleidung und Schuhen pro Platz und Jahr nachgefüllt werden. Das Granulat wird meist aus alten Autoreifen gefertigt und ist ab 2031 EU-weit verboten. Bis dorthin sollten bei Sanierung und Instandhaltung schon jetzt Alternativen ausgebracht werden sollten.

9. Rahmenbedingungen für E-Sport und moderne Sportarten schaffen:

Die E-Sport-Welle hat Tirol bisher nur gestreift, aber weltweit erfreut sich E-Sport enormer Beliebtheit und E-Sport-Veranstaltungen füllen Hallen mit mehreren zehntausend Menschen. Das Land Tirol muss diesem Trend gerecht werden und heimische E-Sport-Vereine dabei unterstützen, wenn es darum geht Strukturen aufzubauen, Trainingsmöglichkeiten zu schaffen oder Turniere und Veranstaltungen auszurichten. E-Sport ist deutlich mehr als nur ein bisschen Computerspielen, dieser Trend wird auch an Tirol nicht spurlos vorbeiziehen.

10. Städte in Tirol werden zu „Active Cities“:

Kostenfreie Sportmöglichkeiten erobern den urbanen Raum auf der ganzen Welt. So genannte Sportmeilen mit frei zugänglichen Geräten gibt es auch in Tirol bereits. Wander-, Fahrrad- und

Laufstrecken sind ebenfalls Teil eines kostenfreien Sportangebots und müssen regelmäßig gepflegt werden. Bei beliebten Joggingstrecken im städtischen Umfeld kommt auch ein Sicherheitsaspekt dazu, etwa eine ausreichende Beleuchtung. Das bestehende Angebot soll stetig evaluiert und erweitert werden, damit die Tiroler Städte sich mit Stolz als „Active Cities“ positionieren können.

2.19 Landwirtschaft & Agrargemeinschaften

Weil unser Grund und Boden in Tirol begrenzt ist, müssen wir sorgsam damit umgehen. In Tirol gibt es 12% besiedelbarer Fläche, dort muss alles Platz haben – leben, wohnen, wirtschaften. Häuser, Straßen, Landwirtschaft und Freizeiteinrichtungen. Derzeit wird pro Tag (!) eine Fläche von rund 130.000 m² in Österreich verbraucht! So darf es nicht weitergehen. Vor allem mit Blick auf die Landwirtschaft müssen wir landwirtschaftliche Vorsorgeflächen schützen und bewahren. Umso verwunderlicher ist es, dass immer wieder Angriffe auf diese landwirtschaftlichen Vorsorgeflächen lanciert werden und dabei die Kapitalvermehrung alle anderen Interessen überdeckt. Wir als Liste Fritz anerkennen die Wichtigkeit der Landwirtschaft in Tirol und wollen dazu beitragen, dass diese die besten Voraussetzungen für eine gute Bewirtschaftung unserer Flächen vorfindet. Nutzungskonflikte und Probleme müssen gemeinsam und mit Weitblick gelöst werden. Was die Landwirtschaftsförderungen anbelangt erwarten wir uns mehr Transparenz, wie sie in anderen Förderbereichen in Tirol längst üblich ist. Das schafft Akzeptanz und eine gesunde Basis für die Zukunft der Landwirtschaft in unserem Land.

Landwirtschaft & Agrargemeinschaften – unsere Ideen & Initiativen:

1. Saubere Lösung für das Unrecht Agrargemeinschaften endlich flächendeckend umsetzen:

Es ist bedauerlich, dass bis heute viele Tiroler nicht wissen, worum es beim Tiroler Agrarunrecht geht. Es ist Unrecht passiert, indem den Gemeinden, also dem Volk, Grund und Boden weggenommen und den Agrargemeinschaften, also einigen Wenigen, zugeschanzt wurde. Es geht um Millionen an Tiroler Volksvermögen, die auf politischen und rechtlichen Weg von den Gemeindegutsagrargemeinschaften weg und zurück zu den Gemeinden geholt werden konnten. Aber nicht überall ist das bisher gelungen, bei vielen Agrargemeinschaften und Gemeinden gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung.

2. Landwirtschaftsförderung transparent durch das Land Tirol abwickeln:

Die Landwirtschaftskammer ist die einzige Kammer, die sich nicht über ihre Mitglieder finanziert, sondern auch Mittel von Seiten des Landes Tirol erhält. Knapp 6 Millionen Euro überweist das Land Tirol jährlich an die Landwirtschaftskammer. Damit finanziert die Landwirtschaftskammer interne Dienstposten zur Abwicklung von Landwirtschaftsförderungen. Es stellt sich die Frage, warum das Land Tirol nicht selbst diese Aufgaben erfüllt. Auch die Arbeitnehmerförderung und die

Wirtschaftsförderung sind nicht in die jeweiligen Kammern ausgelagert, sie werden von den Fachabteilungen des Landes abgewickelt.

3. Käferplage in Tirol – Tirols Wälder zukunftsfit machen:

Massive Windwürfe und Schneedruck haben in den vergangenen Jahren zu mehr Totholz in den Wäldern geführt und dem Borkenkäfer einen idealen Nährboden geliefert, um sich noch weiter auszubreiten. Besonders betroffen ist der Bezirk Osttirol, wo man mittlerweile an teilweise komplett kahlen Berghängen vorbeifährt, weil kein einziger Baum mehr gerettet werden konnte. Die Fichte in Monokultur verschärft das Problem noch, weil sie dem Klimawandel schlechter trotzen kann als andere Baumarten und der Borkenkäfer geschwächte Bäume leichter befallen kann. Jetzt braucht es vor allem eine rasche Lösung zur Wiederaufforstung mit verschiedenen Baumarten.

4. Riesige Mastbetriebe müssen Mindestabstand zu Siedlungsgebieten einhalten:

Die geplante massive Erweiterung eines Tiermastbetriebs am Ostrand in Obsteig hat das Problem mit großen Industriebetrieben in Siedlungsgebieten aufgezeigt. Ein Betrieb mit bis zu 25.000 Geflügeltieren ist einfach zu groß für den Standort in der Nähe eines Siedlungsgebietes. Das ist kein Bauernhof mehr, das ist ein riesiges Unternehmen, das es hauptsächlich auf Gewinnmaximierung abgesehen hat. Sowohl Tierschutz, als auch Raumordnung haben in diesem Fall versagt und für die Zukunft braucht es hier klare Regelungen, damit solche Betriebe nicht mehr mitten ins Siedlungsgebiet „gepflanzt“ werden dürfen.

5. Hochwertige landwirtschaftliche Flächen schützen – Bodenfraß wirklich stoppen:

Die Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen in Tirol, um auf diesem Boden riesige Gewerbegebiete aus dem Boden zu stampfen ist der falsche Weg. Bodenfraß stoppen, heißt verstärkt grüne Wiesen für die landwirtschaftliche Produktion zu bewahren, denn das ist Klimaschutz und letztendlich Menschenschutz. Es geht um die Zukunft unseres Landes, nicht um die Maximierung des Vermögens einer kleinen, aber einflussreichen Klientel.

6. Neophyten-Management breiter aufstellen:

Es gibt bereits eine umfassende Broschüre über die Gefahren von Neophyten in Tirol. Die Informationen zu invasiven Pflanzenarten und die damit verbundenen Gefahren müssen allerdings noch breiter unter die Bevölkerung gebracht werden. Die unkontrollierte Ausbreitung invasiver Pflanzenarten kann gefährlich für die heimische Flora und Fauna sein, die Gesundheit der Menschen in Tirol gefährden und den Ernteerfolg erheblich beeinflussen. Besonders schwierig wird es, wenn Menschen die Pflanzen unbewusst durch das Anpflanzen im eigenen Garten an der unkontrollierten Ausbreitung unterstützen. Ein geschärftes Bewusstsein ist daher unerlässlich.

7. Landwirtschaft bei der Digitalisierung unterstützen:

Neue Technologien und die Digitalisierung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse werden immer wichtiger. Die Tiroler Landwirt:innen brauchen Unterstützung bei der Umstellung auf neue Technologien und innovative Bewirtschaftungsformen. Das Land Tirol muss gemeinsam mit den Gemeinden die Infrastruktur dafür schaffen und damit den Grundstein dafür legen, dass die Digitalisierung dabei hilft, ressourcen- und klimaschonende Landwirtschaft möglich zu machen.

2.20 Tierschutz

Ein proaktiver Tierschutz ist vielen Menschen in Tirol ein besonderes Anliegen. Neben zigtausenden Haustieren, die eine optimale Versorgung brauchen, gibt es tausende wildlebende Tierarten, die wir gemeinsam schützen und erhalten müssen. Der Rückgang und das Aussterben verschiedenster Tierarten macht auch vor Tirol nicht halt und es wird eine Herausforderung der kommenden Jahre, die Nutzungskonflikte zwischen Mensch und Tier austarieren zu können. Auch wenn wir vieles nicht selbst und nicht in Tirol in der Hand haben, können wir trotzdem Impulse setzen, um den Tierschutz in Tirol zu verbessern und einen Beitrag zur Gesamtsituation zu leisten.

Die nachfolgenden Punkte zum Thema Tierschutz geben einen kurzen Einblick in die wichtigsten Teilbereiche, die wir im Land Tirol beeinflussen wollen. Neben dem aktiven Schutz geht es auch um die Versorgung verletzter und kranker Tiere, um die Tierzucht und um Probleme, wenn Menschen auf Tiere treffen. All das muss Tierschutz im Tirol im Auge behalten, damit sowohl Mensch als auch Tier eine lebenswerte Zukunft in unserem Land genießen kann.

Tierschutz – unsere Ideen & Initiativen:

1. Tierärztlichen Notdienst in Tirol unterstützen und aufrechterhalten:

Die Tierarztpraxen in Tirol leisten den Wochenend- und Nachtdienst freiwillig und ohne finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand. Mittlerweile kann dieser Wochenend- und Nachtdienst nicht mehr ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden. Beahlt werden vom Land derzeit nur die Sekretär:innen, die am Wochenende Telefondienst machen, aber keine Tierärzte. Würde es für den Notdienst finanzielle Unterstützung geben, könnten Tierarztpraxen auch angestellte Tierärzte für den Dienst aktivieren und müssten das nicht selbst finanziell stemmen.

2. Zonen-Management zum Schutz der heimischen Almwirtschaft vor Beutegreifern:

Die Bedrohung durch große Beutegreifer wirkt sich zunehmend auf die Almwirtschaft in Tirol aus. Die Wahrheit ist den Tirolern zumutbar: Es wird nicht gehen, alle Wölfe in Tirol abzuknallen. Aber wenn einzelne Wölfe oder Bären abzuschießen sind, muss das rechtlich einwandfrei möglich sein. Ein Zonen-

Management, das drei verschiedene Zonen zum Umgang mit Beutegreifern vorsieht, soll dabei helfen. Eine Schutzzone, in der keinerlei Entnahme stattfindet, eine Bewertungs-Zone, in der die Entnahme von einzelnen großen Beutegreifern nach vorheriger Bewertung möglich ist und eine Jagd-Zone, in der Wolf und Bär im Rahmen des Jagdgesetzes bejagt werden.

3. Schutz für Niederwild und Bodenbrüter verbessern:

Hasen, Fasane, Auer- und Birkhühner, Rebhühner und viele weitere zählen zum Niederwild und sind teilweise gefährdet bzw. im Bestand zumindest rückläufig. Hecken- und Blühstreifen am Rande bzw. am Übergang zu landwirtschaftlichen Flächen bieten dem Niederwild einen optimalen Lebensraum. Diese geeigneten Flächen werden immer weniger. Tirol muss daran arbeiten, den Lebensraum für diese Tiere dauerhaft zu verbessern. Futterstellen können da und dort eine sinnvolle Ergänzung sein.

4. Taubenproblem tierschutzgerecht in den Griff bekommen:

Tauben in der Stadt sind ein Paradebeispiel dafür, welche Probleme das Zusammenleben zwischen Mensch und Tier mit sich bringen kann. Tierfreunde füttern die Tauben aktiv, meist nicht mit artgerechtem Futter, was den Tauben zusätzlich schaden kann. Gegner der Tauben würden sie am liebsten gänzlich aus dem Stadtbild entfernt wissen. Die Lösung liegt irgendwo dazwischen und zwar im Finden passender Standorte für Taubenschläge, um eine Brutkontrolle durchführen zu können, den Bestand damit schrittweise zu reduzieren und die Tauben mit artgerechtem Futter füttern zu können.

5. Was tun mit Biber, Fischotter und Co.? Strategie zum Umgang mit geschützten Tierarten erarbeiten:

Die Rückkehr von Biber, Fischotter und Co. nach Tirol löst bei vielen Menschen Freude aus. Alle können sich darüber aber nicht freuen, weil diese Tierarten auch Probleme machen und zu Nutzungskonflikten führen können. Die Fischotter können Fischbestände gefährden, was einerseits das Gewässerökosystem ins Wanken bringen kann und die Fischer ärgert. Der Biber kann wichtige Einzelbäume auf öffentlichen und privaten Grundstücken fällen und damit für Ärger sorgen. Tirol braucht eine konkrete Strategie, wie mit diesen Nutzungskonflikten umgegangen werden kann, um den Bedürfnissen von Mensch und Tier gerecht zu werden.

6. Tirol braucht eine Tierklinik:

In Tirol leben geschätzt etwa 38.000 Hunde, dazu noch zigtausende Katzen und andere Haustiere. Ein nicht unerheblicher Teil davon dürfte in Innsbruck und Umgebung zu finden sein, was die Notwendigkeit einer Tierklinik durchaus rechtfertigt. Die nächste große Tierklinik für Kleintiere in der Nähe von Tirol befindet sich in München. Das Land Tirol soll bei der Suche nach Tierärzt:innen und

Standorten proaktiv vorgehen und Anreize setzen, damit sich Tierärzt:innen für ein Tierklinik-Projekt begeistern lassen.

7. Tiertransporte – Umsetzung strenger Auflagen engmaschig kontrollieren:

Die Auflagen bei Leberdiertransporten innerhalb der EU sind mittlerweile sehr streng und werden dem Tierschutz gerecht. Auflagen sind jedoch nur so gut, wie die begleitend durchgeführten Kontrollen. Zu wenige und zu wenig genaue Kontrollen können dazu führen, dass manche Frächter beginnen Grenzen auszuloten, aber beim Tierschutz darf es keinen Spielraum geben. Wir erwarten uns ein engmaschiges Kontrollnetz und werden das auch einfordern, wenn es darum geht den Tierschutz in Tirol zu stärken.

8. Tierschutzkonforme Schweinehaltung und Ferkelkastration einfordern:

Die Bundesregierung ist zuständig, die Rahmenbedingungen in der Tierhaltung in Österreich so anzupassen, dass sie tierschutzkonform sind. Gerade bei der Schweinehaltung geht Österreich unnötig zögerlich vor und hat eine zu lange Übergangszeit für das Verbot von Vollspaltböden genehmigt. Bei der Ferkelkastration ohne Betäubung hat Österreich noch immer keine rechtlich verbindliche Lösung präsentiert. In Deutschland ist diese Praxis bereits seit 2021 verboten. Das Land Tirol muss diese Tierschutzmaßnahmen beim Bund vehement einfordern.

9. Schutz von Insekten –aktiv gegensteuern beim Insektensterben:

Das Insektensterben ist längst in Tirol angekommen und das Land Tirol muss aktiv Maßnahmen ergreifen, um dem entgegenzuwirken. Mehr geschützte Gewässerstreifen, Biotope und Blühwiesenstreifen im öffentlichen Raum sind eine Möglichkeit, um den Insekten einen Lebensraum zu bieten. Beispiele im öffentlichen Raum verbunden mit Informationen für Privatpersonen sollen Schule machen und die Menschen dazu ermutigen, ihre eigenen Grünflächen für mehr Blühwiesen zu verwenden.

10. Tierheimfonds für Notlagen und außerplanmäßige Investitionen:

Die Coronapandemie hat zu einem regelrechten Boom bei Haustieren geführt. Viele Menschen haben sich für die Zeit der Pandemie und für das „daheim sein“ ein Haustier eingebildet. Viele dieser Tiere sind beim Übergang zur „Normalität“ im Tierheim gelandet. Für die Tierheime eine massive Zusatzbelastung. Genau für solche Fälle braucht Tirol einen Tierheimfonds, der in Notlagen und für außerplanmäßige Investitionen Geld zur Verfügung stellen kann, damit die Tierheime nicht in Schieflage geraten.